



Protokoll

Sitzung	Vorberatende Kommission 37.22.01 «Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals der Genossenschaft Olma Messen St.Gallen sowie deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft»	Aline Tobler Geschäftsführerin Parlamentsdienste Regierungsgebäude 9001 St.Gallen T +41 58 229 37 05 aline.tobler@sg.ch
Termin	Montag, 24. Oktober 2022 08.30 bis 16.40 Uhr (Richtzeit)	
Ort	St.Gallen, Regierungsgebäude, Kantonsratssaal	

St.Gallen, 3. November 2022

Kommissionspräsident

Ivan Louis-Nesslau

Teilnehmende

Kommissionsmitglieder

SVP	Bruno Dudli-Oberbüren, Transportversicherer
SVP	Ivan Louis-Nesslau, Unternehmer, <i>Kommissionspräsident</i>
SVP	Christian Spoerlé-Ebnat-Kappel, ehem. Gemeindepräsident
SVP	Markus Wüst-Oberriet, Unternehmer
SVP	Bernhard Zahner-Rapperswil-Jona, Comestibles-Händler
Die Mitte-EVP	Andreas Broger-Altstätten, Fachkader Sachschaden Haftpflicht & Bau
Die Mitte-EVP	Patrick Dürr-Widnau, Vizedirektor
Die Mitte-EVP	Adrian Gmür-Bütschwil-Ganterschwil, Rechtsanwalt
Die Mitte-EVP	Jascha Müller-St.Gallen, Kommandant Milizfeuerwehr
FDP	Raphael Frei-Rorschacherberg, Schulleiter Oberstufe und Unternehmer
FDP	Peter Nüesch-Diepoldsau, Meisterlandwirt
FDP	Jigme Shitsetsang-Wil, Stadtrat
SP	Martin Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann, Betreiber Kleintheater
SP	Susanne Schmid-St.Gallen, Mittelschullehrerin
GRÜNE	Thomas Schwager-St.Gallen, Geschäftsleiter Mieterverband Ostschweiz

Von Seiten des zuständigen Departementes

- Regierungsrat Marc Mächler, Vorsteher Finanzdepartement
- Stefan Schneider, Amtsleiter, Amt für Finanzdienstleistungen

Weitere Teilnehmende¹ (für Traktandum 2)

- Christine Bolt, Direktorin Olma Messen
- Thomas Scheitlin, Präsident Verwaltungsrat Olma Messen
- Roland Schegg, PwC
- Martin Engeler, PwC

¹ Nach Art. 52 Abs. 2 Satz 1 GeschKR bezeichnet die Kommission den Beizug von Sachverständigen und Interessenvertretern. Ist ein Mitglied der Kommission mit dem Vorschlag nicht einverstanden, meldet es dies nach Erhalt der Einladung der Kommissionspräsidentin oder dem Kommissionspräsidenten.

Geschäftsführung / Protokoll

- Aline Tobler, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste
- Simona Risi, Stv. Geschäftsführerin, Parlamentsdienste

Bemerkungen

- Für die Kommissionsmitglieder sind die Sitzungsunterlagen in der Sitzungsapp² zu finden.
- Erlasse sind in elektronischer Form der Gesetzessammlung des Kantons St.Gallen³ sowie der systematischen Rechtssammlung des Bundes⁴ zu entnehmen.

Traktanden

1	Begrüssung und Information	3
2	Einführung und Vorstellung der Vorlage	4
2.1	Inhalt gemäss Botschaft	4
2.2	Stellungnahme Olma Messen	4
2.3	Stellungnahme PwC	5
3	Allgemeine Diskussion	30
4	Spezialdiskussion	43
4.1	Beratung Botschaft	43
4.2	Beratung Beschluss	48
4.3	Aufträge	50
4.4	Rückkommen	51
5	Gesamtabstimmung	51
6	Abschluss der Sitzung	52
6.1	Bestimmung der Berichterstatterin/des Berichterstatters	52
6.2	Medienorientierung	52
6.3	Verschiedenes	53

² <https://sitzungen.sg.ch/kr>

³ <https://www.gesetzessammlung.sg.ch>

⁴ <https://www.admin.ch>

1 Begrüssung und Information

Louis-Nesslau, Präsident der vorberatenden Kommission, begrüsst die Mitglieder der vorberatenden Kommission und folgende Personen:

- Regierungsrat Marc Mächler, Vorsteher Finanzdepartement
- Stefan Schneider, Amtsleiter, Amt für Finanzdienstleistungen
- Christine Bolt, Direktorin Olma Messen
- Thomas Scheitlin, Präsident Verwaltungsrat Olma Messen
- Roland Schegg, PwC
- Martin Engeler, PwC
- Aline Tobler, Geschäftsführerin, Parlamentsdienste
- Simona Risi, Stv. Geschäftsführerin, Parlamentsdienste

Seit der Kommissionsbestellung in der Septembersession nahm der Kantonsratspräsident keine Ersatzwahlen in die vorberatende Kommission vor.

Für die heutige Sitzung hat sich niemand entschuldigt. Ich stelle fest, dass die vorberatende Kommission beratungsfähig ist.

Ich bitte die Kommissionsmitglieder allfällige Interessenbindungen offenzulegen.

Nüesch-Diepoldsau legt seine Interessen als Genossenschafter als Präsident des St.Galler Bauernverbandes offen.

Wir behandeln Botschaft und Entwurf der Regierung «Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals der Genossenschaft Olma Messen St.Gallen sowie deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft» vom 16. August 2022. Der vorberatenden Kommission wurden nach der Zustellung der Einladung zusätzliche Unterlagen verteilt bzw. zugestellt:

- Beilage 6: Antworten des FD und der Olma Messen auf die Fragen der Delegationen
- Beilage 6a: OLMA Belegungsprognose H1 Stand Oktober 2022
- Beilage 6b: OLMA Bericht PWC Zusammenfassung IST-06-2022-09-V2
- Beilage 6c: OLMA finanzielle Eckwerte
- Beilage 6d: OLMA Revisionsbericht 2020
- Beilage 6e: OLMA Revisionsbericht 2021

Ich weise darauf hin, dass die Beratung elektronisch aufgezeichnet wird, was der Geschäftsführung die Fertigstellung des Protokolls erleichtert. Deshalb bitte ich Sie, nur zu sprechen, wenn ich Ihnen mit Ihrem politischen Namen das Wort erteile. Die Geschäftsführung dankt für die Abgabe der Manuskripte, insbesondere zur allgemeinen Diskussion. Für das Protokoll gilt das gesprochene Wort. Eine weitere Information, vor allem als Hinweis für die Mitglieder, die zum ersten Mal in einer vorberatenden Kommission mitwirken: Sowohl die Kommissionsberatungen nach Art. 59 des Geschäftsreglements des Kantonsrates (sGS 131.11; abgekürzt GeschKR) als auch das Kommissionsprotokoll nach Art. 67 GeschKR sind vertraulich. Erst mit der Rechtsgültigkeit rechtsetzender Erlasse, nach Ablauf der Referendumsfrist, entfällt die Vertraulichkeit.

Zu Beginn wird die vorberatende Kommission eine Einführung durch den zuständigen Regierungsrat Mächler in die Vorlage erhalten. Danach folgt eine Stellungnahme der Olma Vertretung durch Christine Bolt und Thomas Scheitlin und eine Stellungnahme der PwC durch Roland Schegg und Martin Engeler.

Danach führt die Kommission eine allgemeine Diskussion anstelle einer Eintretensdiskussion. Anschliessend führt die vorberatende Kommission die Spezialdiskussion sowie die GesamtAbstimmung durch. Die weiteren Teilnehmenden verlassen die Sitzung vor Beginn der allgemeinen Diskussion. Fragen sind deshalb direkt im Anschluss an die Referate zu stellen.

Der Kommissionspräsident schliesst die Einführung mit einigen administrativen Hinweisen.

2 Einführung und Vorstellung der Vorlage

2.1 Inhalt gemäss Botschaft

Regierungsrat Mächler: Ausführungen gemäss Präsentation (Beilage 7)

2.2 Stellungnahme Olma Messen

Thomas Scheitlin: Ausführungen gemäss Präsentation Folien 1– 14(Beilage 8)

Christine Bolt: Ausführungen gemäss Präsentation ab Folie 15 (Beilage 8)

Fragen:

Dudli-Oberbüren: Was berechtigt das Agio anzurechnen von immerhin 100 Franken pro Aktie, welches bestehende Genossenschaftler nicht, aber neue Aktienzeichner zahlen müssen?

Roland Schegg: Mit diesen Aktien hat man ziemlich viele Transaktionskosten. Man muss das ganze administrativ abwickeln. Es ist gesetzlich geregelt, dass man das Agio verlangt. Wir sehen die Bereitschaft und das ist sehr wertvoll, dass bestehende Genossenschaftler ihren Anteil erhöhen. Dieses Geld kommt zeitnahe. Wir sind noch keine Aktiengesellschaft, das heisst, das läuft noch nach Genossenschaftsrecht. Sie gehen im Prinzip mehr ins Risiko, weil sie jetzt schon das Geld in der Form der Genossenschaft geben. Die Wandlung zur AG erfolgt erst im Frühsommer 2023. Die Kosten für die Kapitalerhöhung sind nicht ganz günstig, diese gilt es abzudecken und dass man erfolgsneutral keinen Aufwand generiert. Das ist eigentlich der Punkt. Das ist auch die Idee des Gesetzgebers des Obligationenrechts, dass man so ein Agio verlangen kann.

Wüst-Oberriet: Meine Haltung zur Vorlage ist sehr kritisch. Ich brauche wirklich noch ganz viel Überzeugungsarbeit, bis ich dem zustimmen kann.

Sie geben für 20 Mio. Franken Aktien aus, handelt es sich um 20'000 Aktien? Rechnet man 1'000 Franken pro Aktie und diese 100 Franken Agio braucht man als Aufwand? Sind die 8,4 Mio. Franken des Kantons 8'400 Aktien oder sind das weniger?

Thomas Scheitlin zum Wandlungsprozess: Diejenigen Genossenschaftler, die jetzt zeichnen und auch die 8,4 Mio. Franken des Kantons werden vor der Generalversammlung (GV) im April 2024 gewandelt und damit werden sie zu Genossenschaftskapital, das dann gewandelt wird zu Aktienkapital. Das erfolgt 1:1. Es muss nicht noch ein Agio draufgezahlt werden für alle Genossenschaftler, die schon lange dabei sind und Risiko getragen haben. Für die neuen Aktionäre, die man akquirieren musste, haben wir einen Zusatzaufwand und das soll mit dem Agio gedeckt werden.

Christine Bolt: Der Zusatzaufwand für Kommunikation, Beratung von PwC und Anwälte sind unglaublich hoch. Ich glaube es ist legitim, dass wir das nicht gerade den neuen Eigentümern übergeben. Zum Vergleich: Die FC St.Gallen Aktie kostet 100 Franken mit einem Nennwert von 10 Franken, es ist also sehr üblich, dass man das macht.

Roland Schegg: Die Kapitalerhöhung steht unter der Aufsicht der Finanzaufsicht des Bundes (FINMA). Das heisst, es gibt gesetzliche Grundlagen zu beachten. Das ist sehr taff, weil es darum geht, dass diejenigen, die mitmachen, rechtlich Transparenz haben. Es wird eine Prüfung des einzureichenden Prospekts geben; man muss ein umfassendes Dokument erstellen, indem man erklärt, worum es geht. Die Personen, die formell Aktien zeichnen, müssen wissen, worauf sie sich einlassen. Das Dokument ist rechtlich sehr restriktiv, das verursacht viel Aufwand, vor allem auf rechtlicher Seite aber man muss auch eine Spezialprüfung machen. Es gibt von der FINMA nur zwei Unternehmen, die das machen dürfen. Das ist nicht PwC. Diese Kosten muss

man abdecken und dafür ist das Agio da. Es handelt sich um ein wirklich sehr anspruchsvolles Verfahren, worauf man sich einlässt. Das Unterfangen, diese 20 Mio. Franken von Dritten zu bekommen, ist komplex und das Vorgehen, bis das Ziel erreicht ist, ist anspruchsvoll.

2.3 Stellungnahme PwC

Roland Schegg: Wieso wandeln wir in eine Aktiengesellschaft um? Das ist eine Frage, die sehr beschäftigt. Ich war anfangs sehr kritisch, aber, wenn man die rechtlichen Rahmenbedingungen anschaut und das im Kontext zu der Kapitalerhöhung, die man machen müsste, sind wir immer mehr zum Schluss gekommen, dass es im Rechtskleid der Genossenschaft nicht möglich ist. In der Genossenschaft ist das Eigenkapital nicht geschützt. Man kann als Genossenschafter und Genossenschafterin eine Einlagenrückgewähr jederzeit verlangen. Das bedeutet, im schlimmsten Fall hätten wir einen Run auf das Kapital und man müsste es zurückzahlen. Das sieht das Genossenschaftsrecht vor. Das Genossenschaftsrecht selber empfinde ich, in meiner subjektiven Wahrnehmung, eher als schon ein bisschen älter vom Recht her. Sehr wahrscheinlich wäre es sinnvoll, wenn man das Recht modernisieren würde. Für eine formell korrekte Kapitalerhöhung fehlt im Genossenschaftsrecht die Regelung. Man kann das Kapital der Genossenschaft nur über das Zeichnen von Anteilsscheinen erhöhen, was man aber jederzeit zurückrufen kann. Das führt im Ergebnis dazu, dass man keinen strukturierten Prozess hat, wie man es im Aktienrecht schon seit vielen Jahren hat. Das Erhöhen von Aktienkapital ist ein sehr stabiler Prozess gemäss diversen Ausführungen im Obligationenrecht. Bei der AG hat die Finanzaufsicht ein Auge darauf, im Genossenschaftsrecht ist man in einem Graubereich.

Das ist ein wesentlicher Grund, wieso man dieser Wandelung ins Auge gefasst hat. Im Wissen, dass es eine hohe Schwelle ist. Sie können versichert sein, ich bin auch Ostschweizer. Selbstverständlich versucht man die DNA der Olma Messen mitzunehmen.

Zu Folie 6 (Beilage 6b): Das ist die erste Analyse aus dem Jahr 2020 mit den Szenarien 2 und 3, also wir sind jetzt bei Szenarien 6 und 7 (vgl. Folie 30). Wir aktualisieren das immer wieder; es kommen neue Bedingungen und Ausgangslagen hinzu. Man hat aber schon bei Szenario 2 gesehen, dass wir rechnerisch eine Lücke von 22,6 Mio. Franken haben. Dahinter steht ein integrales Finanzmodell mit Erfolgsrechnung, Bilanz, Mittelfluss. Wir sind auf die Lücke gekommen im Szenario 2, welches sie durch die Rettungspakete finanziert haben. Darlehen wirken so, dass man Cash, aber nicht Eigenkapital gibt. Ein Darlehen ist Fremdkapital, das man verzinsen und zurückzahlen muss. Im Zeitpunkt des Beschlusses war das auch richtig. Das schlimmste im Sanierungsbereich ist, wenn man ein Unternehmen übersaniert.

Zu Folie 7 und 8: Das entspricht der Zusammenfassung, wie man auf 20 Mio. Franken Lücken kommt. Die Situation hat sich verändert; das Szenario 3 anstatt 2 ist eingetreten. Aufgerundet entsteht eine Differenz von zusätzlich 10 Mio. Franken. Die anderen 10 Mio. Franken sind grösstenteils der Bauteuerung und der Reserve geschuldet. Die Wandelung in Eigenkapital ist nötig, weil man die Geldflussrechnungen anschaut. Mit dem Bau der Halle 1 hat man einen sehr langen Investitionszyklus.

Geldmässig wird man von der Amortisation dieser 16,8 Mio. Franken sehr geplagt und auch die Zinsen sind erheblich. Wenn sie es in Eigenkapital wandeln, gibt es eine wirklich wichtige Entlastung auch im Cashflow. Das ist der Grund, warum man aus Schulden Eigenkapital machen möchte.

Martin Engeler zu Folie 9: Wir machen regelmässig eine Berichterstattung, in der wir eine unabhängige Sicht, vor allem auf die finanzielle Entwicklung und den finanziellen Ausblick machen und da gibt es immer wieder neue Effekte, die reinkommen, z.B. die Entwicklung der Strompreise. Vor einem halben Jahr oder vor einem Jahr hatte das in diesen Rechnungen noch nicht so explizit einen Effekt wie jetzt.

Bei all diesen Updates, die Grundthematik bleibt immer gleich: Es braucht eine zusätzliche Finanzierung für die Fortführung und den Fortbestand der Olma Messen.

Zu Folie 11 f. und zum Thema Strategie31: PwC wurde von den Olma Messen hinzugezogen für eine unabhängige Sicht und für die Plausibilisierung dieser Strategie. Das hat dazu geführt, dass man gewisse finanzielle Effekte nachher auch erarbeitet hat, die auch in die Finanzplanungen einfließen.

Zu Folie 12 und zum Thema Messengeschäft: Es gibt das Thema Fachmesse und es gibt das Thema Publikumsmesse.

Bei der Fachmesse geht es vor allem um B2B Kommunikation und bei der Publikumsmesse geht es um das Publikum – das, was wir jetzt bei der Olma erlebt haben. Logischerweise sind beide von Unsicherheiten geprägt. Vor allem, als man die Plausibilisierung dieser Strategie vorgenommen hat, da waren wir noch mittendrin in der Pandemiesituation. Da gab es noch keine Veranstaltungen ohne Einschränkungen und auch die Branchenexperten waren sich uneinig darüber, was nach der Pandemie passiert. Gibt es überhaupt eine Rückkehr zu so einer hohen Bedeutung von Messen oder verlagert sich alles in den digitalen Raum? Jetzt sieht man, dass die Live-Kommunikation weiterhin eine hohe Bedeutung hat. Man sieht im Bereich Fachmessen, dass es ein anspruchsvoller Markt ist, der auch regional starken Playern, wie der Olma, eine Chancen geben möchte. Die Voraussetzungen für die Olma sind hervorragend. Das heisst nicht, dass es ein Selbstläufer ist, aber man hat hohe regionale Bedeutung. Man hat nachher eine topmoderne Infrastruktur und muss darum den Bereich, die Stossrichtung nutzen können. Im Bereich Publikumsmesse hört man manchmal, dass es aus der Mode kommt. Ich denke, die Olma und die Offa und auch andere Formate sind der Gegenbeweis. Die Olma war sehr stabil unterwegs vor der Pandemie. Die beiden Pandemie-Jahre waren, wie für andere Branchen, eine Katastrophe und mit grosser Unsicherheit verbunden.

Die Zahlen der Olma 2022 setzen ein klares Signal, dass das Publikum auch weiterhin Publikumsessen wünscht in diesen Formaten. Die Olma Messen sind ideal positioniert, um den Bereich weiterhin erfolgreich voranzutreiben. Im Bereich Veranstaltungen, Events, Kongresse gehen eigentlich oder sind auch damals schon Branchenexperten davon ausgegangen, dass eine Rückkehr schneller stattfinden wird zum Niveau wie vor Covid, als im grösseren Format, wie es bei Fachmessen und Publikumsessen der Fall ist. Auch das ist in meiner Wahrnehmung aus unseren Gesprächen oder den Gesprächen mit der Olma Messe bestätigt worden, da sehr viele Anfragen, Offerten und geplante Veranstaltungen uns in den letzten Monaten sehr zuversichtlich stimmen.

Zu Folie 16 und zum Thema Zusatzgeschäfte: Dieser ist ein wenig kürzer gehalten, wie erwähnt aus dem Grund, dass es im Moment die bedeutende Stossrichtung vom Namenssponsoring der Hallen gibt, was auch in der Finanzplanung Einfluss nimmt. Weitere Potentiale sind hier im Moment noch nicht berücksichtigt. Auch aus dem Grund einer möglichst angemessenen und vorsichtigen Planung.

Zusammenfassend ist die Strategie31 plausibel, aber auch alternativlos. Es braucht eine Vorwärtsstrategie und zusätzliche Deckungsbeiträge. Das Niveau vor der Pandemie genügt nicht. Es braucht mehr und es ist ambitioniert. Es ist kein Selbstläufer, sondern es braucht einen Effort von der Olma, um diese Ziele zu erreichen.

Zu Folie 17 ff.: Darin ist die Finanzplanung für das Szenario 7 aufgeführt. Das Szenario 7 berücksichtigt die strategischen Stossrichtungen, also wie will die Olma bei der Umsetzung der Strategie31 zusätzliche Deckungsbeiträge erreichen. Sie berücksichtigt auch die Wandlung dieser 16,8 Mio. Franken Darlehen der Stadt und Kanton St.Gallen und die 20 Mio. Franken Kapitalerhöhung, die es braucht, dass man hier von einem Fortführungscase ausgehen kann.

Zu Folie 26: Wichtig ist die rot markierte Finanzierungslücke, die eigentlich die wichtigste Kennzahl in dieser Finanzplanung ist. Sie ist auf Folie 29 als Kurve dargestellt.

Da sieht man, es ergibt sich ein Liquiditätsbestand aus der Finanzplanung heraus. Es gibt Rahmenlimiten der Banken, da kann die Olma Messen für saisonale Schwankungen ins Minus gehen, wie beispielsweise kurzfristig einen Kredit aufnehmen. Den kann man bei einer Liquidität anrechnen und man rechnet einen Sicherheitskorridor ein.

Zu Folie 27: Man spricht von einem Planungshorizont bis 2030-2037, natürlich hat es hier Unsicherheiten drin. Es resultiert eine Lücke, das ist die Finanzierungslücke, auch bezeichnet als MAX Lücke. Wenn diese positiv ist, heisst das, dass man im Plus ist und wenn sie negativ ist, heisst das eigentlich, dass man die Reserve von diesen 5 Mio. Franken ankratzt. Das passiert hier auch in diesem Szenario 7 mit 20 Mio. Franken Kapitalerhöhung in diesem Zeitraum, vor allem 2027-2032 und das heisst, dass das Szenario, was wir hier abbilden (Kapitalerhöhung oder zuerst einmal Wandelung, Kapitalerhöhung von 20 Mio. Franken und das Erreichen der Strategie31), ist ein Minimalpfad, den man erreichen muss. Es hat hier keine Reserven oder Luft drin.

Zu Folie 29: Die rote Kurve ist das Szenario 7 inklusive Kapitalerhöhung und die gelbe Kurve ist ohne Kapitalerhöhung und da sieht man, wie es ins Minus geht. Man sieht auch – das sind die schwarzen Punkte auf der linken Seite – wie schnell das der Fall ist, nämlich anfangs 2024. Daraus ergibt sich auch die zeitliche Dringlichkeit. Anfangs 2024 fliessen die Schlusszahlungen vom Bau der Halle 1 in die Planung und die Sozialkredite und andere Finanzierungsmöglichkeiten sind dann ausgereizt.

Im gelben Szenario 6 wäre das eben Geld, das man zahlen müsste, das nicht mehr zur Verfügung steht. Konkret würde das dann heissen, dass im ersten Halbjahr 2024 der Konkurs drohen würde. Man sieht es hier auf einer weiteren Zeitachse bis 2037 abgebildet. Im gelben Szenario taucht man immer weiter ab, die rote Kurve fängt sich und stagniert um den Nullpunkt herum, schwankt und geht ab den 2030er Jahren auch wieder langsam aufwärts.

Roland Schegg: Ein Diskussionspunkt ist, dass man einfach eine Auffanggesellschaft macht und die alten Schulden fallen lässt. Es gibt hierzu zwei Szenarien, die man auf keinen Fall anstreben sollte

- Szenario Nachlassstundung (mit der Auffanggesellschaft). Das wäre für die Olma Messen ein ganz schwieriges Verfahren und auch nicht wirklich realistisch denkbar und was im Konkursfall hypothetisch, rechnerisch passieren würde. Da hat es Schätzungen drin, aber es scheint mir jetzt wichtig, dass Sie diese Verfahren sehen. Ich habe versucht, das Verfahren Nachlassstundung bestmöglich und praxisnah zusammenzufassen. Wenn man in die Nachlassstundung gehen würde, erfolgt ein amtliches Verfahren, das der Richter beaufsichtigen würde. Das heisst, der Verwaltungsrat oder ein wichtiger Gläubiger würde einen Antrag auf Nachlassstundung stellen und das Gericht würde darüber befinden, ob es überhaupt realistisch wäre. Man muss einen Sanierungsplan bereits schon bei einem solchen Gesuch beilegen, dass die Aussicht auf Sanierungsfähigkeit wenigstens im kleinsten Grad besteht. In der Regel befürwortet das Gericht dies. Ich habe schon einige solche Verfahren aus BWL Sicht begleitet. Dann wird ein Sachwalter eingesetzt, der die Oberaufsicht über das ganze Verfahren hat. Der Sachwalter wird vom Richter bestimmt und das Management wird dann ausgehebelt, im Sinn von wichtigen Entscheiden und was wichtig ist, definiert dieser Sachwalter. Alles läuft über seinen Tisch; das Management darf nicht mehr selber agieren. Das ist auch richtig so, weil das oberste Gebot dieses Verfahrens der Gläubigerschutz ist. Der Gläubigerschutz bedeutet auch, dass sämtliche Schulden im Zeitpunkt der Eröffnung der Nachlassstundung stillstehen, es ist quasi gestundet. Man kann auch nicht mehr betreiben, das ist alles ausgesetzt. Als Lieferant der Olma Messe werden sie nur noch gegen Vorauszahlung etwas leisten, weil man nicht weiss, ob es weitergeht. Das bedeutet, es gibt eine sehr hohe Belastung im Umlaufvermögen, indem sämtliche Leistungen, bei denen man 30-

60 Tage Zeit hat zu bezahlen, plötzlich vorauszahlen muss. Derzeit läuft der Bau der Halle 1, dort gibt es sehr viele Schnittstellen, bei denen Schlüssellieferanten Druck aufbauen werden. Allenfalls gilt es alte Forderungen aufzulösen, bevor diese weitermachen mit dem Bau. Das Risiko, dass wegen der Komplexität sehr viel ins Stocken geraten kann, ist relativ hoch. Häufig leisten Ausstellende der Olma Messen aber auch für Events eine Anzahlung und das ist sehr intelligent. Auch das würde niemand mehr machen. Sie deponieren kein Geld, welches Sie unter Umständen dann verlieren. Das heisst auch, da gibt es eine Hebelwirkung auf das Umlaufvermögen, also auch hier müssen sie es ausfinanziert haben, bevor sie in dieses Verfahren gehen können. Die Ausstellenden oder jemand, der ein Event macht und muss auch in die Vorleistung gehen. Sie müssen einen Messestand aufbauen, Personal dafür haben, das organisieren und vorbereiten. Da entstehen sehr hohe Kosten, die die Olma Messen gar nicht betreffen. Also die Schwelle, dass man dann überhaupt noch etwas macht mit dem angeschlagenen Gefäss Olma Messen ist wesentlich erhöht, auch kundenseitig.

Damit man in eine Nachlassstundung reingehen kann, braucht man einen «Massakredit» (Kredit zur Umgehung von Liquiditätsproblemen während der Nachlassstundung). Das ist Geld, das eingeführt wird, dass man genau die Schwankungen im Umlaufvermögen oder Schwankungen beim Umstellen von Lieferanten ausfinanzieren kann. Ohne einen Massa Kredit ist es von Anfang an aussichtslos und es würde vom Richter nicht bewilligt werden. Im Minimum wird man sicher ungefähr 8-12 Mio. Franken brauchen. Es kann schnell doppelt oder dreifach so viel werden, weil sehr hohe Investitionen mit der Halle 1 auch noch laufen und das ist die offene Flanke, unter welcher die Olma Messen seit der Pandemie leiden. Aus meiner Sicht ist das Nachlassstundungsverfahren im Fall der Olma Messen aussichtslos. Der vorgeschlagene Weg mit der Wandelung von diesen 16,8 Mio. Franken und die Bestrebung 20 Mio. Franken im offenen Kapitalmarkt zu finden, ist der bessere Weg, weil die normale Unternehmensführung fortgeführt werden könnte. Man zerstört nichts und hat keine Unsicherheit, keine Ängste usw.

- Zum Szenario Konkursverfahren habe ich ein paar Mal so locker gehört: «Dann gehen wir halt Konkurs und müssen alles abschreiben und die Banken sowieso alles rausstreichen und der Kanton kann wertberichtigen und verzichten usw. und dann kann man ja wieder anfangen». Sobald keine Aussicht mehr auf Fortführungsfähigkeit besteht, ist die Verwaltung der Genossenschaft Olma Messen gezwungen zum Richter zu gehen, um anzuzeigen, dass man zahlungsunfähig wird. Also wenn man es heute schon weiss, muss man es heute schon machen, denn, wenn man warten würde und keine Aussicht auf Sanierung besteht, würde man den Schaden, den die Gläubiger erfahren, schrittweise erhöhen, bis anfangs 2024, wo es sowieso eintreten würde. Da kommen Haftungsfragen auf. Wenn mit der Kapitalerhöhung von 20 Mio. Franken nicht Aussicht besteht, dass wir das schaffen, dann muss man eigentlich jetzt schon überlegen, dass man zum Richter geht. Die Banken spielen eine zentrale Rolle, denn diese haben bis jetzt die Kreditlinie immer offen gehalten, das heisst, obwohl Olma Messen massiv unter Druck steht, haben sie immer noch den Neubau finanziert. Das ist erstaunlich, obwohl ja Vertragsverletzungen vorliegen. Also das ist wirklich etwas extrem Wertvolles und hat auch massiv Vertrauen geschafft, dass die Olma heute im Moment überhaupt noch existiert. Die Banken hätten jederzeit den Kredit zumachen können und wir hätten eine halbfertige Baustelle gehabt. Dazu kommen sehr viele Forderungen und Gewährleistungsansprüche, die im Konkurs dann auch kommen. Auf Folie Folie 38 ist der mögliche Schaden ersichtlich als Schätzung; Aufgrund von Nichterfüllung von Verträgen, die man eingegangen ist, gibt es Gewährleistungsansprüche, die Vorbereitungen auf der Baustelle, den ganzen Stahlbau, der schon in der Fabrik oder im Betrieb vorbereitet und jetzt nicht mehr geliefert werden kann usw.

Die Gewährleistungsansprüche sind sehr hoch, da wir im Moment auch noch eine Grossinvestition am Laufen haben nebst dem normalen Geschäft. Im Konkurs würde hier noch sehr viel mehr, auch als Forderung für die Olma Messen oder auf den Konkursverwalter zukommen. Konkurs heisst auch, dass der Betrieb sofort stillgelegt wird. Der Konkursverwalter dreht sofort den Schlüssel, alle Mitarbeitenden haben keine Stelle mehr und müssen etwas anderes suchen und der ganze Betrieb wird stillgelegt, damit das Verfahren abgewickelt werden kann, dass eigentlich die Aktiven verwertet werden können und das sehen sie auch im Kollokationsplan gemäss SchKG. Der Konkursbeamte hört weder auf die Politik noch auf die Bank, sondern muss im Sinne des Gläubigerschutzes möglichst viel aus dem Tafelsilber noch machen, das noch vorhanden ist. Ein solches Verfahren dauert mindestens 2-3 Jahre oder auch länger. Der Konkurs ist aus meiner Sicht ganz übel, aber auch eine Nachlassstundung mit Auffanggefäss erachte ich als sehr unrealistisch, denn auch wenn ich den Weg über die Nachlassstundung mache, muss ich einen Nachlassvertrag haben. Das heisst, irgendjemand muss trotzdem wieder mit allem einverstanden sein und das ist fast nicht verhandelbar für die Olma Messen. Das bedeutet, man wäre sehr schnell auch in der Nachlassstundung, dann im Konkurs und der Schaden, den ich hier ausrechnen kann, ist 125 Mio. Franken. Das kann noch massiv abweichen aber das ist jetzt mal so ein Näherungswert. Das ist der direkte Schaden, den man geldmässig generieren würde.

Und dann haben sie ja noch das gesamte wirtschaftliche Umfeld volkswirtschaftlich und wir haben dann auch noch totes Gelände.

Deshalb kommen wir auf die vorgeschlagene Lösung, dass wir 20 Mio. Franken extern finden und die Wandlung von einer Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft. Einen anderen Weg sehen wir bei besten Willen nicht.

Pause 10.00 bis 10.20 Uhr

Fragen:

Dürr-Widnau: Das Parlamentariertreffen an der Olma hat genützt, dass die Vertretung der Olma sich nochmals für die Vorlage starkmachen konnte. Für die Mitte-EVP-Delegation ist die Transparenz wichtig. Die Vorbesprechung hat gezeigt, dass die Delegation nicht gleicher Meinung ist. Es gibt auch kritische Stimmen. Es ist wichtig, dass man heute Fragen wirklich beantworten kann, damit man mit einem guten Gefühl in die Fraktionssitzungen gehen kann. Ich war an der letzten Kommissionssitzung zum Darlehen dabei (38.20.01 «Kantonsratsbeschluss über die Unterstützung der Genossenschaft Olma Messen St.Gallen in Folge des Coronavirus»), auch dort hat PwC gewisse Pläne erstellt. Was mir in der derzeitigen Phase, in der wir von einer Sanierung sprechen, schwierig erscheint ist, dass man jetzt eine Vorwärtsstrategie macht und den Kostenblock massiv erhöht. Die Personalkosten steigen um fast 2,7 Millionen Franken gegenüber dem letzten Plan. Im Jahr 2020 und 2021 sind wir im Szenario 2, da passt es. Erst ab dem Jahr 2022 haben wir Probleme. Hat man beim letzten Mal die Bespielung der Halle 1 in den Personalkosten nicht drin gehabt? Ist es wirklich sinnvoll in einer Sanierungsphase eine Wachstumsstrategie zu führen? Weshalb sind die Personalkosten um 20 Prozent höher als beim letzten Plan? Ich habe den Eindruck, dass gewisse Personalkosten nachträglich finanziert werden, welche man jetzt einsparen musste. Diese Zusatzgeschäfte bzw. die sieben Personaleinheiten können nicht über 2 Mio. Franken mehr Kosten verursachen. Die erhöhten Energiekosten sind nachvollziehbar.

Christine Bolt: Der Entscheid für die 175 Mio. Franken und zum Bau der Halle 1 war ein Entscheid für Wachstum. Wir brauchen die gesteigerten Umsätze, um Kredite zurückzuzahlen. Man hat viel mehr Schulden, viel mehr investiert, viel mehr Fläche und das muss man irgend-

wie rentabilisieren. Also müssen wir wachsen. Wir brauchen mehr Messen, mehr Veranstaltungen und mehr Umsatz. Vielleicht würde man dies jetzt nicht so definieren. Aber das ist gegeben; dieser Entscheid wurde schon vor ein paar Jahren getroffen worden.

Wir brauchen dafür mehr Personen, nicht nur für die Zusatzgeschäfte, sondern im Verkauf, Marketing, Entwicklung und in der Innovation. Diese Strategie hat es schon länger gegeben, man hat diese nun vorgezogen und während der Pandemie überarbeitet.

Roland Schegg: Wenn sie einen Investitionsentscheid gefällt haben, sind sie vom Zeitpunkt an, in dem sie die Investition auslösen und auch schon am Bauen sind, im Prinzip blockiert. Das heisst, man ist nicht mehr frei. Es besteht eine hohe Abhängigkeit, auch schuldenmässig mit der Finanzierung bei den Banken.

Man kann den Bau nicht ohne riesigen Schaden stoppen. Investition sind wie «versenkte Kosten», d.h. ein Fixkostenblock; vom Kapitaleinsatz her, welcher aus dieser Halle resultiert, welchen sie dann über den Umsatz cash generieren, dass sie den Kredit bedienen können, mit Zins und Amortisation, sind sie gezwungen zu wachsen. Also es gibt gar keinen anderen Weg. Dies ist mit dem Investitionsentscheid entschieden worden.

Martin Engler zur Zahlendifferenz, die von Dürr-Widnau angesprochen wurde:

Die 9,5 Mio. Franken und die dargelegten Szenarien 1,2 und 3 im Rahmen der vorberatenden Kommission zum Geschäft 38.20.01 war ganz am Anfang der Pandemie. Da hat man einen anderen Betrachtungszeitraum angelegt, man hat viel kurzfristiger geschaut. In diesen Zahlenreihen finden sie nur Modellrechnungen bis ins Jahr 2026. Diese waren viel einfacher. Man hat sich Szenarien überlegt, da ging es darum, ob im Herbst 2020 wieder Olma stattfinden könne. Dies war im Zeitraum Mai-Juni 2020. Das zweite Szenarium war, man könne Anfangs 2021 wieder mit Messebetrieb ohne Einschränkungen loslegen und das zweite war im Sommer 2021 wieder. Man konnte überhaupt nicht abschätzen, wie lange und wie stark sich die Pandemie tatsächlich auswirken wird. Der Grundgedanke war, dass es sich um eine kurze oder ein bisschen längere Welle handelt und man ist nachher wieder auf Kurs und wirtschaftet mit Erträgen und Kostenstrukturen, wie es vorher der Fall war. Dann sind wir auf dem Level von diesen 9,5 Mio. Franken Personalkosten gewesen. Bei den späteren Berichten ist der Betrachtungszeitraum viel weiter, und nimmt diese mittel-längerfristige Problematik mit, welche sich auch aus strategischer Sicht ergibt. Sie bildet auch explizit die Strategie31 ab. Diese bedingt auch gewisse Vorinvestition in Kompetenzen und Personal, damit man Mitte der 20er-Jahre auch beginnen kann, diese zusätzlichen Deckungsbeiträge zu ernten. Es handelt sich also um zwei zeitlich unterschiedliche Betrachtungshorizonte. Die Bedeutung der Strategie31 ist jetzt viel relevanter. Daraus ergibt sich dieser Unterschied.

Regierungsrat Mächler: Ich meine, eine Frage von Dürr-Widnau ist noch nicht ganz beantwortet. Er fragt, warum man das Jahr 2020 nicht schon in den Modellen drin hatte. Da haben wir auch ein ungutes Gefühl gehabt. Darum habe ich gesagt, diese Strategie muss im Hinblick auf diese jetzige Kapitalisierung verfeinert, ausdetailliert werden und ich will einen Dritten, der diese Strategie hinterfragt. Das macht nun PwC. Darum ist es jetzt viel granularer, und logischerweise auch sehr viel zeitgerechter und man hat sich dem Thema, der Bespielung der Halle 1, viel mehr annehmen müssen, als dies in den Businessplänen, die der Botschaft im Jahr 2020 zu Grunde lagen, der Fall war. Da gibt es eine Differenz. Diese wurde damals auch etwas zu wenig beleuchtet. Das ist insbesondere der Grund, warum die Stadt und der Kanton gesagt haben, wir brauchen eine neue Strategie, diese muss validiert werden und diese muss in den Businessplan rein und sie muss von einem Dritten plausibilisiert werden. Darum sind wir jetzt an einem sehr viel komfortableren Ort. Im Jahr 2020, weil Corona so schnell kam, musste man die Vorlage schnell aus dem Boden stampfen. Dürr-Widnau hat richtig erläutert, dass es eine Differenz gibt. Man hat jetzt mehr Personal mit dieser Wachstumsstrategie. Diese Halle macht nur Sinn, wenn man sie bespielen kann. Eine leere Halle mitten in der Stadt zu bauen, wäre eine

Katastrophe und sie ist auch noch teuer. Sie ist auf der Autobahn; wir haben miteinander entschieden, dass dieser Deckel gemacht werden soll.

Dürr-Widnau: Ich stelle fest, es ist vergessen gegangen. Man kann nicht die Erträge der neuen Halle reinnehmen und die Aufwendungen nicht aufführen. Das nehme ich zur Kenntnis. Für mich liefern die Ausführungen von Regierungsrat Mächler und Martin Engeler eine plausible Begründung. Ich halte fest, dass man dies in der Kommissionssitzung zum Geschäft 38.20.01 / 40.20.04 anders erzählt hat. Dass die Kosten für die Bespielung der Halle 1 auch drin sind. Es ist ja logisch, muss man eigentlich auch reinnehmen, wenn auf der Ertragsseite die neue Halle reingenommen wird, dann muss man auch die Ausgaben rein nehmen. Das bitte ich jetzt einfach mitzunehmen.

Thomas Scheitlin: Wir haben in der Strategie, als wir die Halle initialisiert haben und am Anfang waren, andere Themen drin, z.B. hatte man das Geschäft mit der zusätzlichen Agentur und mit allem drum herum. Dies hatte man nicht in dieser Höhe, wie man es jetzt vorsieht, definiert. Man hatte eine ähnliche Strategie, wollte aber die Agentur mit eigenen Leuten aus dem eigenen Betrieb bestücken. Man kann intern eine eigene Agentur machen und das ist dann wie der Auslöser oder Treiber für die Akquisition für die Zusatzgeschäfte in dieser Halle. Im Rahmen dieser Pandemie und was alles dazu gekommen ist, musste man merken, es braucht viel grössere Aufwände und hat die Strategie von der Agentur geschärft und hat diese mit sehr viel mehr Leuten bestückt. So wie es jetzt läuft, brauchen wir mehr Power dort drin, sonst bringen wir das nicht hin. Ursprünglich ist man davon ausgegangen, man macht das mit den eigenen Leuten im Sinne einer Agentur oder externen Agentur, wo man die gewissen Akquisitionen machen kann. Das ist auch eine Konsequenz in der Weiterentwicklung und der Schärfung auch durch die Pandemie. Weil wir wirklich nichts machen konnten. Aber es hat dies gegeben und man hat es nicht in diesem Ausmass eingerechnet, weil man einen anderen Ansatz wählte.

Schwager-St.Gallen: Ich bin wie Wüst-Oberriet sehr kritisch eingestellt. Man kann mich immer noch überzeugen.

Auf S. 7 der Botschaft finden wir im Jahr 2019 das Jahresergebnis von 2,3 Mio. Franken. In Beilage 6c finde ich beim Jahresergebnis 2019 mit 274'000 Franken eine zweite Zahl. In Beilage 5 auf S. 10 steht beim Jahresergebnis 300'000 Franken. Was ist die Erklärung dafür?

Zu Christine Bolt: Ich habe die Ausführungen zu den Aktienreservierungen nicht mitbekommen. Wieviel Prozent vom Zielwert, welchen man angestrebt hat, ist jetzt Stand heute erreicht? Sowohl was die privaten Zeichner, was diese Reservierungen anbelangt, wie auch von den 160 bestehenden Genossenschaffern, die auch weiter mittragen sollten.

Zu Martin Engeler: Was befähigt sie, als Wirtschaftsprüfer das Messegeschäft zu beurteilen und entsprechend auch die bestehenden Risiken und Chancen zu beurteilen? Sie haben gesagt, diese Strategie sei plausibel. Sie sei aber auch alternativlos. Ich frage mich, ist sie plausibel, weil sie alternativlos ist oder ist alternativlos, weil sie plausibel ist?

Es gibt auch die Messe Schweiz in Basel, da ist der Kanton im Juni 2022 zum zweit grössten Aktionär avanciert und insgesamt mit Darlehensverzicht – welche es auch gegeben hat, so wie bei uns vorgesehen – 40 Mio. Franken investiert hat. Was ist der Unterschied von einer Messe in Basel, da gehört auch die Messe Zürich dazu, welche eine internationale Ausrichtung hat? Wo sind hier die Risiken und Chancen? Wo sind die Unterschiede dieser beiden Messeorganisationen?

Stefan Schneider: Wir haben für die Botschaft mit den Zahlen der PwC gearbeitet. Und diese Zahlen für die Vorjahre, die in der Botschaft sind, finden sie auf Folie 20 (Beilage 6b). Wir haben mit den Zahlen der PwC gearbeitet, weil das die betriebswirtschaftlichen Zahlen sind,

nachdem PwC die Aktiven neu bewertet hat. In der Rechnung der Olma Messen hat es stille Reserven drin. Wenn man diese rausrechnet, kommt man zum Schluss, dass die Olma sich in den Vorjahren schlecht dargestellt hat und jetzt zu gut. Weil sie die Halle sehr schnell abgeschrieben haben. So gesehen, sind die Ergebnisse der Vorjahre zu schlecht. Die Olma Messen schreiben in ihrer Zusammenfassung, dass sie Überabschreibungen gemacht haben. Das ist in Beilage 6c auch so vermerkt.

Christine Bolt zum Stand der Zeichnung: Zeichnen kann man Aktien noch nicht, nur registrieren dafür. Jetzt sind 3'127 Aktien registriert (vgl. Beilage 8, Folie 30). Mit den Genossenschaffern laufen im Moment noch viele Gespräche. Wir sind bei 3,8 Mio. Franken, das entspricht 19 Prozent.

Martin Engeler: PwC macht Wirtschaftsprüfungen. Wir sind nicht als Wirtschaftsprüfer, sondern als Wirtschaftsberater in diesem Projekt involviert. Unsere Aussagen können sie nicht mit irgendeinem Revisionsstandard oder so gleichsetzen. Was heisst das Plausibilisieren von einer Strategie? Das heisst im ersten Moment oder ein wesentlicher Punkt davon ist, wie nachvollziehbar ist es? Wie transparent ist es? Kann man nachvollziehen und kann man begründen, was die Überlegungen der Unternehmensleitung sind. Kann man sie nachvollziehen, kann man sie auch mit gewissen Zahlenkränzen in Übereinstimmung bringen? Ist das in sich ein geschlossenes, sinnvolles Gebilde? Oder gibt es irgendwelche Auffälligkeiten, die nicht glaubwürdig sind oder es sich um einen sehr kritischen Punkt handelt. Dann findet auch eine Diskussion mit dem Unternehmen statt. Da spiegelt man gewisse Sachen zurück, welche Sachen man genau sehen möchte. Man prüft, was hinter Annahmen steht. Kann man dies nachvollziehen und auch in einer Relation setzen, was ist beispielsweise historisch gelaufen. Wieso geht ihr davon aus, dass sich dies in Zukunft so und so entwickeln wird. Das heisst, das ist einmal ein wichtiger Teil von diesem Element Plausibilisierung. Niemand weiss, wie sich der Messemarkt in den nächsten 10 bis 15 Jahren entwickelt.

Wir haben die Möglichkeit, innerhalb vom PwC-Netzwerk auf Kollegen zuzugehen, die Erfahrungen haben in anderen Messemärkten, teilweise auch mit anderen Messeunternehmen. Diese werden hier nicht namentlich erwähnt. Das hilft, um Annahmen zu prüfen, dass man beispielsweise im Fachmessebereich wachsen möchte. Ist es plausibel, ein neues Format aufzubauen, macht das Sinn, ist es nachvollziehbar. Das sind Kontextfaktoren, die helfen. In der Summe befähigt uns das, um eine Strategieplausibilisierung vorzunehmen. Was wir sehr häufig auch in verschiedensten Märkten machen, nicht nur im Messebereich.

Schwager-St.Gallen meinte «plausibel, weil alternativlos oder alternativlos, weil plausibel». Es ist keines von beidem, sondern mit einem und dazwischen. Es sind zwei Kriterien. Plausibel habe ich probiert zu erklären. Alternativlos habe ich gesagt, um nochmals aufzuzeigen, es gibt nicht einen Plan B oder eine Alternative, die man einschlagen könnte, wenn dieser Weg nicht klappen wird.

Roland Schegg: Ich bin Wirtschaftsprüfer und im Zahlenkranz schauen wir sehr genau. Wir gehen übrigens immer von der Buchhaltung aus, d.h. auch die Differenz der Ergebnisse 2019. Das war im Prinzip einer der ersten Schritte, die wir gemacht haben, ein Anlagebuch zu rekonstruieren anhand von historischen Anschaffungswerten, sodass man die stillen Reserven als absoluten Wert feststellen kann. Bei einer Sanierungssituation muss ich diesen Wert haben, damit ich überhaupt weiss, wo das Eigenkapital betriebswirtschaftlich ist. Weil dies mehr Aufwertungsmöglichkeiten gibt. Im Notfall, wenn ich eine Bilanzsanierung durchbuchen muss. Das muss man hier nicht, weil man genug Eigenkapital in diesem Sinne hat, weil man wirklich ein schönes Niveau an stillen Reserven hat. Stille Reserven in diesem Sinne sind auch etwas Gutes. Mit diesen Reserven ist man nicht geplagt, dass man eine Überschuldungssituation lösen müsste. Das ist für uns Grundhandwerk.

Zur Frage zu den Personalkosten: Es ist drin, aber nicht direkt ersichtlich. Wir können es ihnen nachher vielleicht bilateral ausführen. Auf Stufe Deckungsbeitrag ist es berücksichtigt.

Wenn wir ein Mandat erhalten, ist das in der Regel ein Notfall, wie es auch hier ist. Dann muss man relativ schnell nach 80/20, also lieber ungefähr richtig als haargenau falsch, im ersten Schritt erste Übersichten generieren. Man muss das Wesentliche versuchen zu fassen. Dann kann man jedes Mal genauer reingehen und detaillierter werden. Auch mit Blick auf die Zukunft. Die ersten Szenarien sind nur bis ins Jahr 2026 gegangen. Aber man kann dann weiter rechnen. Wir haben festgestellt, der Hallenneubau ist ein Riesending, d.h. man muss es mitplanen, dass diese Halle schon einige Jahre im Vollbetrieb ist, so dass man nachher weiss, wie die freien Cashflows sind. Was heisst das? Das ist das Geld, das ich brauchen kann für Rückführungen von Schulden z.B. Wo geht das hin? Wo kommt man in einen tragbaren Bereich? Deshalb auch die Simulation in das Jahr 2030.

Roland Schegg: In unserem weiten Teamkreis gibt es eine Person, die viele Jahre die Messe Schweiz begleitet hat. Ich selber habe auch z.B. Bern Expo unterstützt. Am Anfang der Pandemie sehr intensiv. Ich habe auch einem anderen Messeveranstalter geholfen. Ich habe schon vor vielen Jahren bei der kleineren Rheintalermesse mitgeholfen. Das ist schon einige Jahre zurück, noch bevor sie sich erneuern mussten, weil sie abgestürzt sind. Der Markt, auch in Bezug auf die Olma Messen, ist zwar stabil. Es ist quasi träge, auch die Nachfrage. Aber er ist nicht unbeweglich. Es bewegt sich ja auch. Was mich sehr gefreut hat, sind auch die guten Zahlen von der Olma 2022.

Gerade die Olma Messen haben ein Portfolio, da muss man wahrscheinlich Ostschweizer sein, dass man sieht, was genau die DNA der Olma ist. Von aussen ist dies nicht so einfach nachvollziehbar. Sonst kommt man in ein oberflächliches Managen und man ist nicht mehr am Führen. Führung und Management ist nicht unbedingt das Gleiche. Leadership und Management ist auf Neudeutsch nicht das Gleiche. Management ist nur ein Verwalten und wir brauchen jetzt viel mehr Leadership. Aber man kann von einer soliden Grundbasis ausgehen. Der Neubau der Halle 1 ist jetzt im Prinzip ein riesiger Klumpen. Aber auch eine Chance, weil es zwingt zur Erneuerung. Es ist wie die erste Eurokrise. Diese hat auch sehr viele Ostschweizer Unternehmen gezwungen zum Handeln und sich neu zu erfinden. Darum ist im Moment die Ostschweizer Wirtschaft so kompetitiv. Die Eurokrise war vor paar Jahren eine Chance. Und das ist bei der Olma-Messe hier auch. Krise ist im chinesischen auch immer eine Chance. Das muss man auch so sehen.

Schwager-St.Gallen zu Christine Bolt: Sie haben die Zahlen von diesen neu gezeichneten oder reservierten Akten genannt. Wie steht es um die 160 bisherigen Genossenschafter? Da weiss ich, dass der Kanton Thurgau offenbar abgelehnt hat, den Anteil entsprechend zu erhöhen. Liegen hier andere Zu- oder Absagen vor?

Christine Bolt: Ich verweise auf Folie 30 (Beilage 8). Wir haben bis jetzt 290'000 Zusagen von bestehenden Genossenschafter. Es sind sehr viele Verbände am Sprechen und am Diskutieren. Diese haben im November/Dezember Sitzungen. Da haben wir gute Signale. Insbesondere auch aus der Landwirtschaft.

Zum Kanton Thurgau: Der Thurgau ist nicht ein Teil der politischen Lösung, sondern als Genossenschafter gefragt gewesen. Der Thurgau hat vor zwei Jahren, als wir alle Genossenschafter gebeten haben, um 20 Prozent zu erhöhen, um 50 Prozent erhöht. In weiser Voraussicht, dass es vielleicht nicht reichen wird. Sie haben damals schon gesagt, dann ist es wahrscheinlich schwierig. Wir haben davon bereits im Juni 2022 Kenntnis gehabt. Thomas Scheitlin und ich haben alle Regierungen persönlich besucht. Im ersten Medienbericht hat der Kanton Thurgau gesagt, jetzt einmal noch nicht. Er vertraue dem Publikum und würde dann allenfalls auch

nachschiessen. Von anderen bestehenden Genossenschaftler haben wir gute Signale. Auch der Gewerbeverband, die IHK und alle Bauernverbände von allen Olma-Kantonen senden positive Signale. Sie werden nächste Woche medial gemeinsam Stellung nehmen. Es läuft momentan sehr viel. Wir müssen aber auch noch sehr viel machen. Es ist eine sehr intensive Aufgabe, aber auf das werden wir uns in den nächsten Monaten sehr fest fokussieren.

Regierungsrat Mächler: Man darf nicht verkennen, dass verschiedene Genossenschaftler jetzt einmal abwarten. Abwarten, um zu schauen, ob die Olma funktioniert. Das wissen wir jetzt mit den Zahlen 2022. Sie warten auch ab, was die Politik in diesem Bereich macht. Momentan ist niemand verpflichtet, etwas zu machen. Diese Umwandlung ist noch nicht beschlossen. Das kommt dann im April 2023.

Darum wird es ganz entscheidend sein, wie das Signal des Kantons St.Gallen sein wird. Ich habe immer gesagt, als Stadt und als Kanton mit dieser Entscheidung der Umwandlung, legen wir das Fundament. Man könnte die Vorlage an die Bedingung knüpfen, dass 20 Mio. Franken kommen. Das habe ich abgelehnt. Die einzige Bedingung ist, dass die Stadt St.Gallen gleich mitzieht. Dann machen wir die Wandlung von Genossenschaft zur AG. Ich bin überzeugt, das gibt den Boden, um nachher auch die Sicherheit gegen aussen zu zeigen. Damit senden wir das Signal, die öffentliche Hand steht hinter dem Konstrukt.

Nachher können diese, die sich zusätzlich auch noch an der Olma engagieren wollen, auf dem bauen. Das ist ganz entscheidend. Bei solchen Sanierungsübungen muss irgendjemand einmal den ersten Schritt machen. Diesen können wir heute machen. Unser Engagement und unsere Signale werden gehört. Auf diese wird man schauen. Darum ist jetzt auch wichtig, dass wir diesen politischen Prozess jetzt führen. Am Schluss entscheidet der Kantonsrat in seiner Hoheit. Aber das sind entscheidende Signale, die jetzt in den nächsten Monaten kommen.

Frei-Rorschacherberg: Ich war bei der letzten Kommission im 2020 auch dabei und wir haben dort die Frage gestellt und auch bemängelt, dass es kein Worst-Case Szenarium gibt. Die Antwort war, es gibt kein viertes Szenario. In der Zwischenzeit sehe ich, es gibt sieben Szenarien. Ist jetzt hier wirklich ein Worst-Case Szenarium drin? Kann es noch schlimmer kommen oder nicht?

Was heisst das für die Zukunft? Ich nehme an, jetzt sind wir gerade auf der Kante. Ich nehme nicht an, dass die Olma Messen erwarten, dass darüber hinaus noch Geld kommt. Dafür wären wir auch nicht bereit. Letztes Mal haben wir ein Darlehen mit Zinsen gegeben. Wenn jetzt wieder etwas kommt, geben wir ein Darlehen ohne Zinsen? Was für Varianten gibt es hier?

Ich bin immer noch etwas kritisch. Ich habe im Jahr 2020 gesagt, die FDP-Delegation ist noch nicht bereit. Vielleicht wird es jetzt, je nach Diskussion heute.

Zu Regierungsrat Mächler: Wenn wir als Kanton jetzt mitmachen würden, wie sind die Zeichen der Stadt? Macht die Stadt St.Gallen mit? Wie sieht es dort aus?

Roland Schegg: Es ist ganz wichtig, dass man in einer Sanierung in Szenarien denkt. Wir sind jetzt im Szenario 7. Weil immer wieder neue Erkenntnisse kommen. Jetzt ist für mich Worst-Case Konkurs, eine Nachlassstundung unrealistisch.

Als sie damals das Rettungspaket geschnürt haben, haben sie das Szenarium 2 ausfinanziert. Wir haben aber auch das Szenarium 3 dargestellt. Jetzt ist das Szenarium 3 eingetreten. Das bedeutet retrospektiv sind wir jetzt im Worst-Case oder im schlechteren Szenarium. Worst-Case was heisst das? Das heisst jetzt wird das nachgeholt, was wir damals gehofft haben, was nicht kommen wird. Der Zahlenkranz steht, auch wenn mit Aktualisierungen noch aufgrund der Energiekrise mehr Stromkosten, Energie usw. einzurechnen sind. Das sind Faktoren, die das Management teilweise abfedern muss. Das ist auch der graue Balken auf Folie 8 (Beilage 6b) über die 20 Mio. Franken, da ist das Management gefragt, um dies zu lösen. Aus meiner Sicht heisst Planen, eine Annahme so gut wie möglich zu treffen. Wir haben in der Planung sehr viele

Parameter, die relativ stabil sind. Das mit den Energiekosten kann immer passieren. Die Planung im Moment ist so ausgerichtet, dass man aufgrund der vorhandenen Information und von den Einschätzungen, mit gesundem Menschenverstand, auf diesen Korridor kommen wird. Es hilft nicht, wenn ich noch ein Szenario rechne. Weil dann brauchen wir wirklich nochmals Geld. Dann kommen wir auch in Bereiche, die man nicht mehr kommunizieren kann. Dann müsste man auf dem Kapitalmarkt noch mehr als 20 Mio. Franken generieren. Wenn man überzeichnet und 25 Mio. Franken generiert, ist das auch gut. Aber man muss realistische Ziele setzen, mit einer gesunden Ambition drin. Die 20 Mio. Franken sind ein runder Wert, das ist sicher eine Ambition, aber erreichbar. Wenn wir hier immer viel höher gehen, ist es nicht zielführend.

Der Kantonsrat entscheidet jetzt darüber, sein Darlehen, das Fremdkapital, in Eigenkapital umzuwandeln. Ich empfinde das als einen kleinen Schritt. Wie Regierungsrat Mächler gesagt hat, ist es aber ein enorm starkes Signal, das sie aussenden, gerade auch an Private. Sie kommunizieren, dass der Kanton bereit ist und mitmacht, und ich hoffe, auch die Stadt wird mitziehen. Dann haben wir eine sehr gute Grundlage für die Kommunikation durch Christine Bolt, dass wir diese 20 Mio. oder vielleicht auch 25 Mio. Franken einholen können. Wenn man bei Privaten Geld sucht, heisst das Kapitalmarkt. Dafür braucht man den ausgearbeiteten Prospekt.

Zu Frei-Rorschacherberg: Ich glaube, weitere Szenarien helfen hier nicht, weil es noch komplizierter werden würde. Jetzt finanzieren Sie das, was Sie damals im Szenario 2 nicht in Eigenkapitalform ausfinanziert haben. Das kommt jetzt im Prinzip als zweite Tranche. Es ist nicht die Absicht des Managements, noch mehr Geld zu bekommen. Wenn man die 20 Mio. Franken auf dem Kapitalmarkt nicht erreichen würde, müssen wir wieder irgendeine Brücke bauen. Aber das kann nicht nur die öffentliche Hand sein, sondern da spricht man wieder mit Banken usw. Aber das lösen wir dann, wenn es soweit kommen würde. Jetzt müssen wir erst diesen Schritt probieren und dafür kämpfen, dass man dies hinbekommt.

Christine Bolt: Es hat keine Luft drin; es fehlen uns 40 Mio. Franken. 10 Mio. Franken aus der Pandemie, weil man nicht arbeiten konnte und wegen dem Bau der Halle 1 30 Mio. Franken. Die Politik, aber auch die Bevölkerung und die Region muss sich die Frage stellen, ob man weiterhin einen Kongress- und Messestandort sein und die Wertschöpfung aus der Stadt und dem Kanton haben möchte? Die Firma Olma Messen macht dies nicht zum Selbstzweck oder um reich zu werden, sondern sie ist vom Kanton, der Stadt und der Landwirtschaft gegründet worden. Die Generierung von 20 Mio. Franken auf dem Kapitalmarkt sind ambitioniert. Zum Vergleich; die Messe Basel hat gerade 34 Mio. Franken à fonds perdu vom Kanton erhalten.

Regierungsrat Mächler zur Stadt St.Gallen: Für den Kanton St.Gallen ist entscheidend, dass die Stadt vollumfänglich dahinterstehen muss. Der Stadtrat steht dahinter, das war nicht von Anfang an so. Das haben wir geschafft. Das haben wir errungen. Es gab verschiedene Varianten; nun ist es die richtige und der Stadtrat setzt sich dafür ein, damit man das durchbringt.

Wir wussten, die Brisanz der Sanierungsvorlage ist im städtischen Parlament höher und die politische Unsicherheit grösser. Das hat unter anderem auch mit der Zusammensetzung zu tun, die anders ist als der Kantonsrat. Es handelt sich um eine heiklere Sache und die Stadt hat zudem momentan noch andere Themen, die hineinspielen, z.B. die Spitexorganisation, die in eine AG umgewandelt wurde. Das ist politisch eine ganz heikle Situation. Darum wird das städtische Parlament ein schwieriger Faktor sein, das man überzeugen muss. Hier liegt es an den entsprechenden Vertretern der Olma und den PwC-Vertretern. Diese Diskussionen finden jetzt aktuell statt. Die Geschäftsprüfungskommission (GEG) behandelt das Geschäft. Ich glaube, wir haben eine Chance, aber es ist in der Stadt kein Selbstläufer. Das ist meine politische Einschätzung. Dort braucht es jetzt wirklich Überzeugungsarbeit, es braucht auch Darlegungen, wie diese Varianten entstanden sind.

Der Kantonsrat hat es nun in der Hand. Den aufgezeigten Weg sollte für den Kanton akzeptabel und sicherlich auch finanziell stemmbar sein. Das können wir machen. Schlussendlich stellt sich für den Kanton die Frage, wie wichtig ist uns der Messeplatz?

Zum Worst-Case: Das wäre, wenn die Banken sagen, die damals abgemachten Zinskonditionen sind verletzt und sie werfen den Konsortialkredit hin. Dann sprechen wir vom maximal 114 Mio. Franken. Wenn das passiert wäre, hätten wir ein echtes Problem gehabt. Die Stadtpräsidentin und ich wären zur Verantwortung gezogen worden. Wir können nicht einfach einen Bankkredit ablösen. Diese Kompetenz hat auch nicht der Kantonsrat, sondern das Volk. Wir hätten keine Handlungsfähigkeit mehr gehabt und die Olma wäre heute schon Konkurs. Wir hätten nichts machen können. Diesen Worst-Case konnten wir zumindest abwenden, indem man intensiv in den letzten 18 Monaten mit den Banken in ein Gespräch gegangen ist und versucht hat, Lösungen aufzuzeigen, wie wir alle dieses Unternehmen retten können. Das ist bis dato gelungen. Ob das gelingt, wenn allenfalls ein Partner aussteigt, kann ich nicht garantieren.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass gewisse Zinsbedingungen nicht mehr erfüllt werden. Das Bankenkonsortium kann zu Recht sagen, es ist nicht mehr erfüllt und wir werfen den Kredit hin. Natürlich wissen die Banken auch, dass sie ein Reputationsproblem haben, es handelt sich nicht um irgendeine Gesellschaft. Dieser Verantwortung sind sie sich bewusst.

Frei-Rorschacherberg: Die Frage ist wirklich, ob wir einen Messeplatz wollen. Frankfurt und Basel haben sich diese Frage auch gestellt und dann mit der öffentlichen Hand entsprechend reagiert. Roland Schegg sagt, es ist relativ einfach. Für den Kanton ist es doch ein wenig anders. Wir überführen es von einem Zinsdarlehen ins Eigenkapital und das kostet den Kanton doch etwas. Wie ist die Einschätzung, kommt nochmals etwas auf uns zu in den nächsten Jahren? Ich weiss nicht, wen ich dies sonst fragen kann.

Roland Schegg: Ich bin sehr erleichtert, dass die Olma 2022 320'000 Besucher hatte. 250'000 Besucher wären zu wenig gewesen. Wir haben ein starkes Signal erhalten unter Post-Covid-Bedingungen, dass man wieder in einen geordneten Betrieb kommt. Ich sehe auch das Management, das spult und sich bemüht. Ich sehe, dass strategisch noch nicht alles so ist, wie wir es schlüssig gerne hätten. Darum sind wir recht kritisch. Wir waren am Anfang noch viel kritischer, da hatte es noch nicht viel Fleisch am Knochen. Das kommt nun immer besser, man arbeitet daran. Im Management, in der Ebene der Geschäftsleitung mit Direktorin Christine Bolt und dem Verwaltungsrat ist eine positive Dynamik drin. Es findet eine Unternehmensführung statt. Früher hatte die Olma immer gute Jahre und konnte bis ins Jahr 2019 immer sehr viel stille Reserven bilden. Wir sehen das in den Zahlen. Man hat das Unternehmen mehr verwaltet. Es ist gut gelaufen, man hatte gute Zeiten. Nun ist es sehr anspruchsvoll geworden und es hat in der Führung der Olma Messen aber auch beim Personal ein riesiger Change stattgefunden.

Zu Frei-Rorschacherberg: Ich kann die Frage nicht beantworten. Es gibt verschiedene Indizien, die mir ein gutes Bauchgefühl geben. Man weiss nicht, was global, politisch usw. noch alles auf uns zukommt. Wenn es einigermaßen ordentlich läuft und die Welt vielleicht etwas zur Ruhe kommt, dann glaube ich, dass diese Zahlen so erreichbar sind. Die Olma Messen sind ein regionaler Player. Die Unternehmensführung und auch die Sanierungstätigkeit haben eine Annahme zu treffen. Ich meine, das ist eine realistische Annahme, die so ungefähr eintreffen kann, wobei man sich in einem ungefähren Korridor bewegt. Abweichungen wird es immer geben. Sie haben keine Sicherheiten für das, aber wir sind unternehmerisch unterwegs. Wir haben eine grosse Investition, die wir jetzt bespielen müssen und das könnte so aufgehen, wie wir es berechnet haben. Aber es ist noch viel Arbeit zu leisten.

Thomas Scheitlin: Wir haben sehr bewusst in der finanziellen Führung oder im Management festgehalten, wir wollen ein Quartalsreporting respektive wir wollen quartalsweise eine Adjustierung haben. Diese Adjustierung erfolgt langfristig. Weil wir wissen, dass wir uns auf einem schmalen Grat bewegen. Man hat es an der Kurve auf Folie 29 (Beilage 6b) gesehen; wir bewegen uns um Null. Darum ist uns sehr wichtig, dass wir quartalsweise wissen, jetzt passiert etwas. Wenn irgendetwas anders läuft, z.B. das Thema Stromkosten, dann haben wir das sofort eingegeben, damit wir sofort wissen, was die Auswirkungen sind. So können wir früh Massnahmen ergreifen, damit wir eben nicht in ein Horrorszenarium laufen.

Dürr-Widnau: Ich schliesse an das Votum von Frei-Rorschacherberg an. Wir müssen das in den Fraktionen erklären können. Wir müssen eine gewisse Transparenz haben, wie das funktioniert. Ich kann mir nicht vorstellen, dass politisch ein drittes Paket möglich ist. Dieser Wurf muss also sitzen.

Es gibt offenbar keinen Plan B. Was passiert, wenn man die Kapitalerhöhung von 20 Mio. Franken nicht erreicht? Hat man etwa 5 Mio. Franken Liquiditätsreserve aus der Kontokorrentlimite? Ist das ein Puffer? Was passiert, wenn man nur 15 Mio. Franken zeichnet? Wenn es weniger ist, werden die Lichter gelöscht?

Roland Schegg: Ich stelle mir diese Frage auch. Eine Sanierung kann man nie durchführen, wenn man rundherum nur immer Angst macht. Wir setzen uns mit 20 Mio. Franken ein klares Ziel. Wenn wir nur 15 Mio. Franken erreichen, ist die Alternative ein Korridor. Wir haben teilweise über das Jahr bei den Olma Messen starke Schwankungen im Umlaufvermögen. Das ist Geld, das kurzfristig in der Bilanz parkiert ist und dann wieder frei wird, z. B. wenn die Olma Messe durch ist, werden Gelder frei, weil das Ganze dann abgewickelt ist. Diese Schwankungen fängt der Korridor ab und gleichzeitig ist das meine Reserve, dass ich eine Schwankung auffangen kann, auch wenn ich jetzt bei der Kapitalerhöhung nicht ins Ziel komme. Eine weitere Möglichkeit ist auch, dass das Management nochmals mit der Bank diskutiert und überlegt, ob wir z.B. die Amortisation strecken. Diesen Spielraum gibt es. Die Zinsen kann man mit den Banken nicht verhandeln, auch aufgrund der Regulatorien, die sie befolgen müssen. Wobei diese Zinsen m.E. jetzt bereits intelligent ausgehandelt wurden. Aber man kann sicher mit Amortisationen noch etwas arbeiten.

Die Umwandlung der kantonalen und städtischen Gelder, dieser 16,8 Mio. Franken, ist entscheidend, damit wir Geldabflüsse aus Amortisation verhindern können. Auch der Zinsendienst, der aus diesen Geldern entsteht, ist ein wesentliches Element, das wir brauchen, damit dieser schmale Korridor, den wir im Szenario 7 ausrechnen, überhaupt so eintreten kann. Wir brauchen das, damit wir auf diesem Grat gehen können. Aber Frei-Rorschacherberg hat recht, es ist auch geldwirksam. Umgekehrt besteht die Aussicht, wenn es der Olma in der Zukunft besser geht, dass man dann auch etwas zurückgeben könnte mit einer Verzinsung des Eigenkapitals, so, wie man es in guten Jahren beim Genossenschaftskapital viele Jahre lang machen konnte. Dann heisst es einfach Dividende.

Martin Engeler: Ich würde bei den 5 Mio. Franken effektiv nicht von Luft sprechen. Wir sprechen über einen Planungshorizont bis ca. 2030. Wir müssen diesen Unsicherheitskorridor abbilden, aber das ist nicht Luft in der Planung. Wenn man jetzt zu wenig Geld durch die Kapitalerhöhung gewinnt, bräuchte es einen Notfallplan oder eine Alternative. Die Strategie31 würde dann in Frage gestellt werden. Dann befinden wir uns schon nicht mehr in einem sinnvollen geschlossenen System, um hier einen Zahlenkranz abzubilden, der so weit geht, sondern das hätte dann wirklich weitreichendere Folgen. Aus diesem Grund kann man das jetzt nicht nochmals mit einem Alternativszenario abbilden.

Regierungsrat Mächler: Was passiert, wenn diese 20 Mio. Franken nicht zusammenkommen? Was muss der Kanton dann allenfalls noch machen? Diese Frage liegt auf dem Tisch, schon von Beginn an. Die Olma hätte es natürlich gerne gehabt, wenn wir auch einen Teil dieser 20 Mio. Franken gezeichnet hätten. Die Regierung hat sich dagegen entschieden. Aus unserer Sicht machen wir schon überdurchschnittlich viel. Der Kanton wird mit der Umwandlung mit 17 Prozent Anteilseigner, heute sind wir bei 9 Prozent. Hätte ich Ihnen den Vorschlag gemacht, dass der Kanton zusätzlich für 2 Mio. Franken Aktien einkauft, wäre dies, nach meiner politischen Einschätzung, nicht durchgekommen.

Wenn Sie das Gefühl haben, es sei zu knapp kalkuliert und zu unsicher, dann kann der Kantonsrat in seiner Hoheit sagen, dass er nochmals 2 Mio. Franken oder wie viel auch immer zeichnen möchte. Gegen aussen würde das nochmals ein starkes Zeichen senden. Der Kanton und die Stadt trauen den Olma Messen zu, dass sie die 20 Mio. Franken einholen. Es wäre zu einfach gewesen, wie die Basler und Zürcher zu sagen, dass wir etwa 30 Mio. Franken reinstecken. Das hätten wir machen können, der Kantonsrat hätte zustimmen müssen und ab 30 Mio. Franken dann auch die Bevölkerung. Ich meine, das sei nicht der Weg für die Sanierung der Olma und darum haben wir von Anfang an gesagt, dass wir bereit sind, über diese 8,4 Mio. Franken zu sprechen, aber nicht mehr. Die Stadt war der gleichen Meinung. Das hat dazu geführt, dass die Publikumsöffnung nötig ist. Das war zu Beginn nicht der Plan, man habe immer verschiedene Varianten geprüft. Jetzt haben wir diesen Plan und zu diesem stehe ich. Ich glaube, es ist letztendlich auch eine Chance. Roland Schegg hat schön gesagt: «Jede Krise ist letztendlich auch eine Chance.» Wir haben diese Chance jetzt, wir wollen sie der Olma geben. Ich bin der Meinung, dass wir die Olma durch diese Vorlage stützen, aber nicht so viel, dass sie sich zurücklehnen können. Es besteht eine Wahrscheinlichkeit, dass nicht 20 Mio. Franken zusammenkommen. Die Voraussetzungen sind da, die schaffen wir mit dieser Vorlage.

Wüst-Oberriet: Ich habe etwas ein mulmiges Bauchgefühl. Ich bin wohlwollend gegenüber der Olma Genossenschaft, aber es ist eine riesige Leistung der Olma Messen nötig. Wenn ich als Unternehmer oder auch als Investor genau hinhöre, rüttelt es mich fast ein bisschen. Von der Sicherheit, die ich mir heute Morgen gewünscht habe, habe ich alles andere als eine gute Basis bekommen. Ich habe gehört, dass die Halle 1 10 Mio. Franken überschreitet. Das ist nichts Neues. Bei einem Neubau werden die Kosten in der Regel zu irgendeinem Zeitpunkt überschritten. Weiter höre ich, dass es einen ganz schmalen Grat gibt oder dass keine Luft vorhanden ist.

Macht man einen Plan über die nächsten 10 Jahre, kann man diesen als Unternehmer eher restriktiv, neutral oder positiv machen. In dieser Planung sind alle Zeichen überaus positiv. Wenn nur das absolut kleinste Lüftchen kommt, dann geht das nicht mehr. Es beginnt schon, wenn man die 20 Mio. Franken Eigenkapital nicht hinbringt. Weiter geht es, wenn der Besucherstrom zurückgeht.

Zu Christine Bolt: Was machten Sie, wenn der Umsatz nur zu 97 Prozent und nicht zu 100 Prozent erreicht wird? Sie müssen 100 Prozent erreichen. Es liegt nichts mehr drin. Ich finde das optimistisch. Sie haben sich hohe Ziele gesteckt, es ist fraglich, ob die Rechnung auch aufgeht. Ich wünsche es Ihnen wirklich, aber ich sehe es einfach sehr knapp.

Auf Folie 30 (Beilage 6b) sehen wir, dass wir 2027 schon bei plus 2 Mio. Franken sind. Aber wenn wir das Budget anschauen und die Unsicherheitsfaktoren, dann sind die 2 Mio. Franken nichts mehr. Es gibt noch ganz andere Faktoren, was passiert, wenn sich der Strompreis verdoppelt? Dann sind wahrscheinlich die 2 Mio. Franken schon weg.

Zu Christine Bolt: In der Botschaft auf S. 7 ist das Jahresergebnis von diesen minus 10 Mio. Franken ausgewiesen. In der Bilanz haben sie einen Umsatz von 8,5 Mio. Franken und 10 Mio. Franken minus. Können Sie dort nochmals ausführen, was die wichtigsten Punkte sind? Es

sind in dieser Bilanz relativ hohe Personalkosten enthalten. Diese sollten eigentlich über die Kurzarbeit abgedeckt werden können.

Zu Thomas Scheitlin: Haben Sie sich damit auseinandergesetzt, was im Jahr 2027 passiert, wenn man diese 2 Mio. Franken plus nicht erreicht? Sind Sie schon so weit, dass Sie über solche Sachen diskutieren? Aus meiner Sicht ist die Wahrscheinlichkeit sehr gross, dass man hier bei Abweichungen von nur 2-3 Prozent schon unter die Nulllinie gerät.

Christine Bolt: Ich habe jetzt die Erfolgsrechnung nicht detailliert hier, aber normalerweise machen die Olma Messen einen Umsatz von 30 Mio. Franken und einen Gewinn von 7 bis 8 Mio. Franken. Warum minus 10 Mio. Franken? Im Jahr 2020 konnte man bis im Januar/Februar normal arbeiten, dann kam die Pandemie und Ende Februar 2020 wurden die Grossveranstaltungen verboten. Man ist davon ausgegangen, dass man zwei bis vier Wochen nicht arbeiten könne. Zuerst hat man dann die Immo-Messe abgesagt, dann die OFFA, ging jedoch davon aus, dass die Olma stattfinden kann. Das hat sich dann weitergezogen. Das ist auch ein Punkt, wieso Kurzarbeit für Veranstalter ein sehr schwieriges Instrument ist. Man hat zwar sofort sämtliche Leute, die im Tagesgeschäft sind – also Auf- und Abbau betreiben –, in die Kurzarbeit geschickt. Man hat Covid-Kredite eingeholt. Aber alle, die im Verkauf oder in der Planung tätig sind, die haben weitergearbeitet. Man konnte nicht riskieren, diese nach Hause zu schicken, und dann allfällige Veranstaltungen nicht durchführen zu können und entsprechend keine Erträge zu generieren. Aufgrund dieser Problematik hat eigentlich ein Jahr später der Nationalrat den Schutzschirm ins Leben gerufen, der dann aber auch ein politischer Rohrkrepierer wurde. Aber das war die Problematik mit der Kurzarbeit und darum haben wir im Schnitt, wenn ich es richtig im Kopf habe, zwischen 20 und 40 Prozent der Leute in die Kurzarbeit geschickt, weil wir immer wieder meinten, wir könnten arbeiten, geplant haben und nach einem oder zwei Monaten ging es dann bergab und wir mussten die Leute bezahlen. Wir haben 2020 sofort Sparmassnahmen ergriffen und keine Investitionen gemacht. Wir haben zweimal eine Lohn-Nullrunde gemacht und der Verwaltungsrat hat auf das Sitzungsgeld verzichtet. Wir haben zweimal variable Löhne nicht ausgezahlt, d. h. es gab eine Kürzung von 5 bis 10 Prozent für viele Leute. Diese Lohnkürzungen hatten wir jetzt über zwei Jahre. Es ist sehr schwierig, so weiterzumachen, weil wir die guten Leute nicht verlieren dürfen. Defizitäre Produkte haben wir auch sofort aus dem Portfolio genommen. Wir haben dort also sehr schnell reagiert.

Thomas Scheitlin zu den Zukunftsaussichten: Was machen wir im Jahr 2027, wenn wir das nicht erreichen? Wir haben einen strategischen Pfad, der von Massnahmen der Geschäftsleitung unterlegt wird. Diese muss Bericht erstatten. Wir haben im Moment in jeder Verwaltungsratssitzung eine Berichterstattung über die Umsetzung der Strategie und Massnahmen mit einem Reporting zum jeweiligen Stand der Massnahmen. Dadurch können wir sicherstellen, dass der strategische Pfad, für den wir uns entschieden haben, realisiert werden kann. Erreicht man die Ziele nicht, gibt es weitere Massnahmen, die durch die Geschäftsleitung ergriffen werden müssen, um den Pfad einzuhalten. Es ist nicht so, dass wir dann einfach schauen, was wir machen. Es gibt einen Pfad und dieser ist einzuhalten, mit allen Massnahmen, die entsprechend gemacht werden müssen.

Wüst-Oberriet: Es kann aber sein, dass das Geschäft oder irgendetwas nicht ganz so läuft, wie geplant. Wir sprechen hier von einem schmalen Grat mit wenig Luft nach oben. Wenn nur 5 Prozent nicht erreicht werden, könnte es schon schwierig werden. Sind hier Massnahmen geplant, die greifen, wenn das nicht erreicht wird? Z.B. könnte man Personal abbauen, den Gürtel noch enger schnallen oder es gibt einen Plan C, den man aus der Schublade nimmt?

Thomas Scheitlin: Wenn man Umsätze aus gewissen Gründen nicht erreicht, gibt es zwei Möglichkeiten: Entweder holen wir mehr Ertrag oder wir vergrössern unsere Marge. Unsere Marge erhöhen wir, indem wir Kosten sparen. Dann muss man Leute entlassen usw. Man muss

schauen, wo die strategischen Punkte sind und worauf man sich fokussieren möchte, damit man den Ertrag halten und die Kosten decken kann. Jedes Geschäft basiert auf Menge mal Preis. Wenn Sie den Preis nicht erhalten und einbringen können, dann muss man entweder die Menge vervielfachen oder kürzen damit man die Kosten runterbringen kann. Das ist aber eine Sache der Geschäftsleitung. Sie muss dann reagieren und die entsprechenden Massnahmen treffen, sodass man diese Marge und die Pfade halten kann. Wenn die Geschäftsleitung dem Verwaltungsrat meldet, sie könne den Pfad nicht halten, fragt dieser zurück: Und was machen Sie jetzt?

Wüst-Oberriet: Für mich sind das alles Sachen, die man als Unternehmer in seiner Verantwortung hat. Mir geht es eigentlich darum, die Komfortzone zu verlassen. Ich spüre hier raus, dass es kein Papier gibt, das den Worst-Case kurz vor dem Konkurs wiedergibt. Soweit sind die Gedanken noch nicht. Mir geht es nicht darum, dass ich das verlange, sondern heraus spüre, wie blauäugig Sie denken, dass Sie das so hinkriegen.

Roland Schegg: Es ist eine grosse Investition bewilligt worden, diese ist im Bau, das sind versunkene Kosten. Die Halle 1 haben wir ein bisschen am Hals. Wir müssen diese jetzt bespielen, so ist dieses Szenario auch ausgerichtet. Aufgrund der aktuellen Wissenslage ist es ein realistischer Case, der ambitioniert, aber erreichbar ist. Natürlich machen wir auch viel im Sanierungsbereich, wenn das Unternehmen nicht gut läuft und wir das Wasser wirklich ganz oben haben. Wie können wir die Arbeitsplätze retten usw. Da ziehen wir das ganze Handwerk. Wenn es sein muss, mache ich auch eine Nachlassstundung, was ich hier jedoch als unrealistisch erachte. Ich muss zum Glück keine Bilanzsanierung machen, weil ich kein Überschuldungsthema habe. Man muss einfach schauen, dass wir zahlungsfähig bleiben. Bei der Liquidität haben wir den 5 Mio. Franken Korridor. Martin Engler hat mit Recht gesagt, dass wir diesen haben müssen, weil wir immer Schwankungen haben. Im Notbetrieb, den Sie erwähnen, würde dieser Korridor genutzt, um die erste Not zu lindern, dass z.B. Löhne rausgehen. Dann habe ich die Möglichkeit, die Zahlungsziele, z.B. von Kreditoren, etwas zu dehnen. Ich kann mit Schlüssellieferanten diskutieren und man wird in solchen Situationen recht schnell auch mit Banken diskutieren, weil man sicher keine Amortisationen von Krediten macht, wenn man in einer Notlage ist usw. In der Regel findet man hier auch eine Lösung, aber ich kann es jetzt auch nicht absolut sagen. Der Notbetrieb ist uns sehr bewusst. Wenn wir zu dem greifen müssen, dann haben wir den auch sehr rasch. Ich und Martin Engler haben uns an diesen Notbetrieb bei vielen Unternehmen auch gewöhnt. Es ist das Überleben zu sichern, wenn man in den Notbetrieb gehen muss. Natürlich kann man auch Leute rausnehmen usw., aber das ist eine Problematik. Einerseits das Thema Kurzarbeit, damit haben wir Christine Bolt auch immer geplagt, wieso sie jetzt nicht alle in die Kurzarbeit jagt. Dann haben wir die Löhne gedeckt und haben keinen so hohen Verlust. Wenn man aber nicht weiss, wann es weitergeht, war es schon ein Dilemma, das konnte ich nachvollziehen. In Zukunft, wenn wir die Halle 1 bespielen und auslasten müssen, und das Wachstum von rund 5 Mio. Franken Umsatz erreichen müssen mit einer passenden Marge, dann muss man etwas machen. Das führt zu Personaleinsatz, wo man teilweise die Kompetenzen aufbauen muss. Bis 2019 war die Olma sehr statisch geführt. Man hat jedes Jahr das gemacht, was man immer gemacht hat, man konnte das sehr schlank machen und war auch fit darin. Jetzt ist die Welt eine andere. Schon mit dem Beschluss des Neubaus der Halle 1 ist die Welt sofort eine andere geworden. Die Covid-Krise war in dem Sinn auch eine Chance, dass man jetzt intensiv nachdenkt und dann auch bereit ist, wenn die Halle 1 da ist.

Die Notfallszenarios haben wir schon im Kopf, aber das Problem und die Herausforderung in einer schwierigen Sanierungssituation ist auch immer: Wenn man in einen schlechtredenden Teufelskreis reinkommt, gewinnt man keinen Blumentopf. Wenn man so etwas macht, muss man es vom Mindset her wie ein Sportler sehen und kann nicht sagen, man kommt nie ans Ziel, nur, weil der eine oder andere sagt, man schaffe es nicht. Ein 100 Kilometer Lauf ist auch eine

Herausforderung. Nach 60 Kilometern schmerzen die Knie. Beim Sanieren ist es vielfach das gleiche Szenario.

Thomas Scheitlin zu diesen Szenarien: Als die Pandemie kam, hatten wir vom einen zum anderen Tag keine Liquidität mehr. Das heisst, wir hatten schon einmal einen Einbruch und wir haben das wie eine Übung für das Jahr 2027 bereits einmal durchgespielt. Wir haben sofort sicherstellen müssen, dass wir wieder zur Liquidität kommen. Wir mussten mit den Banken, der Stadt und dem Kanton sprechen. Wir haben vom einen Tag auf den anderen keinen Umsatz mehr gemacht. Wir wissen, wie man damit umgeht.

Christine Bolt: Ganz wichtig ist jetzt, dass man ein Controlling aufbaut, das vorausschauend feststellt, ob es nächstes Jahr reicht oder ob man frühzeitig finanziell, betrieblich oder auch in den strategischen Projekten Korrekturmassnahmen ergreifen muss. Es braucht ein sehr konsequentes Kostenmanagement und eine Professionalisierung und Stärkung des Managements; da sind wir intensiv dran. In den zehn Jahren vor der Pandemie herrschten andere Spielregeln und das ist anspruchsvoll aber wir sind intensiv daran, das mit dem Management zu schaffen.

Dürr-Widnau: In der Botschaft sind 2,8 Mio. Franken fürs Kostenmanagement vorgesehen (S. 12). Sind diese 2,8 Mio. in der Planerfolgsrechnung drin? Zu Roland Schegg: Wo könnte man diese 2,8 Mio. Franken einsparen? Meine Vermutung ist, dass man schaut, wie das Geschäft läuft und wenn man es nicht braucht, dann macht man es nicht.

Dudli-Oberbüren: Es gibt noch einen zweiten Punkt. Im Geschäft Kantonsratsbeschluss über einen Sonderkredit für die Überdeckung der Stadtautobahn in St.Gallen (33.27.04), sollten auch 2,25 Mio. Franken an Verwaltungsaufwand eingespart werden. In den Revisorenberichten, die wir bekommen haben, ist der Verwaltungsaufwand zwischen den Jahren 2019 auf 2020 um 0,8 Prozent gestiegen und vom Jahr 2020 auf das Jahr 2021 nochmals um 17,3 Mio. Franken. Es sind also nicht nur die 2,8 Mio. Franken, die im vorliegenden Geschäft eingespart werden sollen, sondern es kommen 2,25 Mio. aus dem vorangehenden Geschäft hinzu. Mittlerweile sind wir bei über 5 Mio. Franken, die die Olma Messen irgendwie einsparen müssen. Wie soll das von statten gehen?

Thomas Scheitlin: In der Vorlage zur Autobahnüberdachung war meiner Ansicht nach noch nichts drin, das war ein Baukredit. Hingegen hat man in der Olma-Covid-Vorlage (38.20.01) gesagt, dass die Olma 5 Mio. Franken Eigenkapital selbst beschaffen und 2 Mio. Franken einsparen muss.

Zu den Verwaltungskosten: Wir haben relativ viele Kosten in den Bereichen Beratung, Rechtsberatung, Unterstützung durch Wirtschaftsprüfer usw. Da brauchten wir zusätzliche Beratungszeiten für Ernst & Young, die unseren Abschluss mehrmals mit uns diskutiert haben. Da ist einiges an Kosten zusammengekommen, die wir aber über das Agio decken. Es ist schwierig, das jetzt im Detail anzuschauen.

Dudli-Oberbüren: Es geht darum, 2,8 Mio. Franken einzusparen und trotzdem lese ich in der Botschaft, dass Personal aufgestockt wird. Es wird eine Herkules-Aufgabe sein, einerseits einen grösseren Personalaufwand und andererseits einen Einsparungsauftrag des Kantonsrates unter einen Hut zu bringen. Ich weiss nicht, wie man das umsetzen will.

Christine Bolt: Wir haben bereits einiges umgesetzt. Die 2,8 Mio. Franken sind berücksichtigt und letztlich planen wir diese Deckungsbeiträge zu erreichen. Dann muss man bei den einzelnen Produkten oder bei den einzelnen Kostenträgerinnen und Kostenträgern so schrauben, dass man effizienter und effektiver wird. Ein Sparprogramm über die gesamte Organisation ist relativ schwierig. Wir bauen unser Controlling aus und werden schauen, welche Fixkosten wir

mittelfristig variabilisieren können. Wir sind mit der PwC dran, uns noch mehr Transparenz zu verschaffen und sonst gibt es einfach innerhalb von den Produkten eine Effizienzsteigerung. Man könnte auch bei der Halle 1 weniger Personal oder weniger Marketing vorsehen, aber so füllen wir die Halle nicht.

Dürr-Widnau: Roland Schegg, Sie sind als Wirtschaftsberater unterwegs. Wo sehen sie die Möglichkeit, diese 2,8 Mio. Franken einzusparen?

Roland Schegg: Das ist eine Frage der Unternehmensführung. Wir sehen vor, 20 Mio. Franken von extern zu holen, die Differenz liegt aber bei 22.8 Mio. Franken, daher kommen die angesprochenen 2,8 Mio. Franken. Das ist die Managementaufgabe, die noch zu lösen ist über verschiedene Aspekte. Im Moment haben wir beispielsweise eine rechte Teuerung, dies bietet aber auch eine Chance, die Preise zu erhöhen. Im Management und ich glaube auch auf Stufe des Verwaltungsrats wird diskutiert, die Preise umzugestalten, um auch einen Teil der Energiekosten abzuwälzen. Es ist gedacht, dass man die ganzen Kosten, die wir aus der Kapitalerhöhung haben, – das Schreiben des aufwändigen Prospekts mit Spezialanwälte usw. – aus dem Agio zahlen. Diese Spezialanwälte sind nicht wir. Der Aufwand ist im Moment in der Aufwandrechnung drin, das heisst eigentlich könnte das erfolgsneutral parkiert werden. Das macht man aber nicht aufgrund des Vorsichtsprinzips. Wir sind seit bald drei Jahren im Überlebenscamp und jetzt wird auf nächstes Jahr eine Kosten-Leistungsrechnung eingeführt nach Industriestandards. Im Hintergrund läuft enorm viel und die Vorgaben sind von der Führung zu erfüllen. Da gibt es verschiedene Möglichkeiten, wo auch laufend Massnahmen definiert werden müssen. Je nachdem, wird eine Veränderung provoziert, das ist so, das spüre ich auch von der Führung her.

Dudli-Oberbüren: Eine Erhöhung der Deckungsbeiträge ist als solches eine gute Sache. Wenn ich aber die prognostizierte Hallenauslastung 1 für das Jahr 2025 anschau, dann haben wir 67 Tage Eigenmessen, wo es eine Auslastung gibt und das Ziel ist es letztlich, 310 Tage im Jahr auszulasten. Wie soll man die restlichen 250 Tagen mit externen Kooperationen usw. füllen?

Nicolo Paganini sagte anlässlich der voKo zur Überdachung der Autobahn mit dem Olma-Deckel: «Wenn es zu Kostenüberschreitungen kommt, ist es das Problem der Olma Messen St. Gallen. Wir müssen damit umgehen, Stadt und Kanton sind dann nicht mehr als Geldgeber im Rahmen des Sonderkredits, aber indirekt als Genossenschafter betroffen.» Wir sind jetzt eigentlich wieder am gleichen Punkt. Ich frage mich, wie es sich verhindern lässt, dass man in einigen Jahren nochmals das gleiche Problem hat?

Thomas Scheitlin: Wenn Covid nicht wäre, dann hätten wir jetzt in diesen drei Jahren 16 Mio. Franken mehr Gewinn gehabt. Wir hätten die 10 Mio. Franken der Teuerung locker wegstecken können und sogar 6 oder 7 Mio. Franken zur Verfügung gehabt zur Investition in die Weiterführung und Entwicklung der neuen Halle. Covid kam aber und anstelle eines Gewinns von 16 Mio. Franken haben wir 13 Mio. Franken Verlust gemacht. Zum Glück haben wir keine Bilanzprobleme, wir konnten es in der Bilanz problemlos abbuchen, aber diese 16 und 13 Mio. Franken fehlen. Dadurch, dass wir 2,5 Jahre nicht arbeiten konnten, fehlen uns die Gelder, mit denen wir das alles hätten abfedern können. Die Cashflows fehlen uns und diese 30 Mio. Franken holen sie in einer Unternehmung, die einen Cashflow von 7-8 Mio. Franken im Jahr hat, nicht von einem Tag auf den anderen.

Christine Bolt zur Auslastung der Halle 1: Seit wir wieder auf dem Markt sind, vermarkten wir die Halle 1 intensiv mit Kampagnen und persönlichem Verkauf. Wir stocken da noch eine Person auf. Diese Auslastung im erste Jahr ist redundant und im zweiten Jahr sind wir jetzt etwa in der Hälfte. Wir gehen aber davon aus, dass wir nicht nur über die Auslastung in der Halle 1 sprechen, sondern dass wir die Auslastung des Gesamtgeländes steigern. Wenn eine kleine

Messe in der Halle 1 stattfindet, haben wir die Halle 9 beispielsweise zur Verfügung, welche wir jetzt nicht hätten. Diese Aufbauphase für die nächsten Jahre haben wir in den Finanzplänen drin. Stand heute sind wir auf Kurs.

Broger-Altstätten: Ich frage mich, ob der Preis von 1'000 Franken am Ziel vorbeischießt. Ihr führt auf der Homepage aus, dass jeder ein Teil von der Olma werden kann, grosse und kleine Unternehmen, Private und auch Fans, verlangt aber so einen hohen Preis. Der FC St.Gallen verlangt nur 100 Franken für eine Aktie, das ist eine Volksaktie. Was sind die Beweggründe und die Idee einer Volksaktie mit einem Preis einer Mittelstandsaktie?

Thomas Scheitlin: Es ist keine «Volksaktie». Wenn man bei einem Aktienkapital von 20 Mio. Franken nur 100 Franken pro Aktie verlangt, gäbe es viel zu viele Aktionäre.

Wir haben geschaut, was der Markt verträgt. Die Sântisbahnen verlangen z.B. über 1'000 Franken für eine Aktie. Sie haben 14 Mio. Franken platziert in dieser Zeit. Das gleiche gilt für die Kastenbahn (Seilbahn Hoher Kasten). Deshalb wollten wir in ein ähnliches Segment gehen. Tiefer zu gehen hat die Konsequenz, dass die Generalversammlung so teuer wird, dass wir uns das nicht mehr leisten können.

Roland Schegg: Einen Aktionär muss man über lange Zeit pflegen. Sie müssen ihn einladen, ihm je nachdem auch ein «Goodie» geben, sie müssen eine Generalversammlung veranstalten und das bedeutet relativ hohe Kosten. Darum ist man nach intensiver Diskussion auf diese 1'000 Franken gekommen.

Dürr-Widnau: Ich sehe den Punkt mit den Kosten. Dennoch sind die 1'000 Franken ein Problem der Mittelschicht der Bevölkerung. Ich weiss nicht, ob man die Olma Messen mit dem FC St.Gallen vergleichen kann, aber auch der muss eine Generalversammlung machen. Ist der Betrag fix oder kann man das nochmals diskutieren?

Christine Bolt: Die Bewirtschaftung eines Aktionärs pro Jahr kostet 50 bis 100 Franken und wir müssen bis ins Jahr 2037 planen. Wir haben das von der Kostenperspektive aus angesehen und gesagt, dass eine Aktie lebenslang ist und auch vererbt wird.

Der FC St.Gallen ist über die Kosten für die Aktionäre bereits erschrocken. Sie haben derzeit eine Generalversammlung mit 700 Leuten und sind zu uns gekommen und haben gefragt, ob sie nächstes Jahr einen Raum haben können für 4'000 Leute. Der FC St.Gallen hat einen anderen Anspruch. Bei ihnen geht es nicht darum, Kapital zu beschaffen, sondern eine breitere Fangemeinde zu haben. Das ist ein ganz anderer Case. Wir wissen, dass wir mit 1'000 Franken gewisse Bevölkerungsschichten ausschliessen, aber wir kommen dadurch am Schluss eher zu den 20 Mio. Franken und es ist nachhaltig. Sobald wir die Kapitalerhöhung durchhaben, möchten wir einen «Supporter Club» gründen, um die Leute abzuholen, die sich engagieren, aber nicht so viel Geld ausgeben möchten.

Zahner-Rapperswil-Jona: Ich denke, dass diese Zeichnungsfrist des FC St.Gallens und jetzt die Reservationszeit von der Olma nicht ganz vergleichbar ist, da viele in der Bevölkerung schon FC St.Gallen Aktien gezeichnet haben und kein Interesse haben, jetzt noch zusätzliche zu zeichnen. Hingegen bin ich da gleicher Meinung wie Dürr-Widnau. Auch mir ist vielfach gesagt worden, wäre die Aktie 250 oder 500 Franken, würden die Leute unter Umständen auch mehrere Aktien zeichnen.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Für mich lässt sich die Diskussion wie folgt zusammenfassen: Wir hatten ein gesundes Unternehmen bis Corona und es kam unverschuldet zu einem Arbeitsstopp. Der Schuttschirm griff nicht, weil der Staat mit mehr als 10 Prozent beteiligt ist und keine

Härtefallentschädigungen ausbezahlt wurden. Der Halle 1 wurde mit einem Rekordhoch zugestimmt, ist im Bau und kostet die Olma Messen viel Geld. Jetzt bestehen zwei Varianten; entweder wir wollen weiterhin einen Messe- und Kongressstandort St.Gallen aufrechterhalten mit einer Dienstleistungskette, von der viele Menschen profitieren, oder wir lehnen das ab und lassen es mittelfristig an eine Wand fahren.

Besteht ein Szenario nur mit dem Kanton? Es heisst immer, der Kanton mache nur mit, wenn die Stadt auch ja dazu sagt. Wieso ist dem so? Theoretisch wäre es auch möglich, dass das Stadtparlament ablehnt und wir den ganzen Betrag sprechen.

Gibt es ein Szenario nur mit Privaten? Wenn Kanton und Stadt ablehnen würden, besteht auch die Möglichkeit 36,8 Mio. Franken Aktienkapital zu suchen, oder ist das keine Alternative?

Regierungsrat Mächler zur Frage ob es nur der Kanton sein soll: Wenn sich eine Gesellschaft in einer Sanierung befindet, dann erwarte ich bei jeder «Witterung» eine Solidarität. Es kann nicht sein, dass der grösste Genossenschafter – und das ist heute die Stadt St.Gallen – sagen kann: «Wir interessieren uns nicht für diese Sanierung und machen nicht mit. Der Kanton soll alles machen». Ich behaupte, dass die kantonalen politischen Gremien dies auch nicht verstehen würden. Die Stadt hat durch die Olma Messen auch die grösste Wertschöpfung. Das wäre ein Trittbrettfahren, das ich nach meiner politischen Einschätzung nicht für opportun halten kann. Das Mitmachen der Stadt ist als unsere einzige Bedingung aufgestellt. Ansonsten geht etwas nicht mehr auf. Der Kanton ist heute Genossenschafter mit 9 Prozent. Wenn die Stadt uns den Vorwurf machen sollte, wir seien knausrig, dann gebe ich die Antwort: «Liebe Stadt, dann zeichne bitte noch 4 Mio. Franken Aktienkapital, das würde allen dienen und ihr würdet euch in der Linie befinden, die wir erwarten.» Der Kanton ist in dieser ganzen Thematik bestimmt nicht knausrig.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Das behaupte ich nicht. Ich frage nur, ob dies ein alternatives Szenario wäre. Theoretisch ist es möglich, dass die Stadt ablehnen wird. Ich bin zu 100 Prozent Ihrer Meinung, auch ich wünsche mir, dass die Stadt mitmacht.

Thomas Scheitlin zu den 36 Mio. Franken: 20 Mio. Franken sind bereits ambitiös, 36 Mio. Franken wäre noch ambitiöser. Ich behaupte, wenn wir diese im Markt gewinnen müssten, würden wir das nicht schaffen, ausser man würde einen Investor finden, der 16 Mio. Franken investiert. Aber beim jetzigen Ansatz sind 36 Mio. Franken nicht möglich.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Das würde bedeuten, wenn das Kantons- oder Stadtparlament ablehnt, dass Sie trotzdem weitersuchen werden und auch Grossinvestoren anfragen?

Thomas Scheitlin: Man muss unterscheiden; was Stadt und Kanton wandeln ist nicht liquiditätswirksam, sondern stärkt unsere Eigenkapitalbasis und ist erst in der langen Frist liquiditätswirksam. Was wir brauchen sind 20 Mio. Franken Liquidität, damit wir das, was wir während der Coronazeit verloren haben und nicht mehr investieren können, wieder investieren können. Deshalb würden wir unter diesem Titel trotzdem weitermachen. Es wäre aber ein schlechtes Zeichen, vor allem auch um diese 20 Mio. Franken zu finden, wenn Kanton und Stadt nicht mitmachen.

Dürr-Widnau: Thomas Scheitlin hat richtig erwähnt, dass diese Wandlung nicht liquiditätswirksam sei. Theoretisch könnte man das Darlehen auch länger zins- und amortisationslos geben. Ist es die Auflage der Banken, dass man das Darlehen in Eigenkapital umwandeln muss oder hat dies keinen Einfluss?

Thomas Scheitlin: Es ist nicht so, dass man sagen kann, wer das bestimmt hat. Man hat gemeinsam ein Paket geschnürt, dass es beim Ganzen diese Wandlung braucht, weil man damit

ein Zeichen aussendet, um diese 20 Mio. Franken zu erreichen. Damit besteht eine gute Ausgangslage, wir verbessern dadurch auch unsere Equity Ratios. Wenn wir uns im Markt bewegen, dann ist es auf der einen Seite klar, sowohl für die Olma als auch für die Banken, für den Kanton kann das eine gute Grundlage sein. Es handelt sich mehr um ein Zeichen nach aussen. Natürlich wäre es eine Variante, das herauszuschieben und zinslos zu machen. Bezogen auf die Liquidität hat das eine positive Konsequenz, wie wenn man es umwandeln würde. Aber weil es sich um ein Gesamtpaket handelt und wir die 20 Mio. Franken finden müssen, wäre es gut, wenn man es wandeln würde. Das wäre das Zeichen, dass alle dazu stehen und dabei sind. Es war nicht ein expliziter Druck von Seiten der Banken, sondern man fand gemeinsam, dass wenn man diese drei Massnahmen realisieren und die 20 Mio. Franken finden will, dann müssen wir diese drei Massnahmen in ein Paket einbinden.

Regierungsrat Mächler: Wenn wir dieses Darlehen geändert hätten, hätten wir auch damit in den Kantonsrat gehen müssen. Man hätte also den ganzen politischen Prozess trotzdem, und man müsste sich dabei schon fragen, wie nachhaltig das wäre? Ich habe immer gesagt, dass dies die nachhaltigste Lösung wäre, indem wir in das Eigenkapital gehen. Für mich war dabei entscheidend, dass wir damit das Fundament legen, um der Olma Messen die Chance zu gewähren, dass sie diese 20 Mio. Franken zusammenbekommt. Es ist entscheidend und ein wichtiges Zeichen, dass wir das machen – darauf kann man aufbauen. Wenn wir auch weiterhin auf einem Darlehen bestehen, sendet das psychologisch ein anderes Zeichen. Ich habe früher als Banker auch ab und zu bei den Kapitalmarkttransaktionen gearbeitet. Bei der Kapitalmarktwelt hat man das Gefühl, es sei alles nur zahlengetrieben, dabei ist die Psychologie wichtig. Auch bei der Börse spielt die Psyche stark mit. Deshalb dürfen wir das Zeichen, das wir damit setzen, nicht unterschätzen – es ist ganz wichtig, dass wir das jetzt auch nachhaltig machen. Natürlich gibt es auch andere Varianten, aber die sind meiner Meinung nach nicht nachhaltig, deshalb wäre es besser, wenn wir jetzt umwandeln.

Schmid-St.Gallen: In Zusammenhang mit dem Sanierungsfall FC St.Gallen wurden zwei unterschiedliche Aktiengesellschaften gegründet. Die «Immobilien AG» und die «Betriebs AG». Stand diese Variante für die Olma Messe nie zur Diskussion?

Thomas Scheitlin: Dieses Szenario haben wir uns auch überlegt. Man prüfte z.B. die Genossenschaft als Becken für das Kapital stehen zu lassen und darunter eine Aktiengesellschaft zu gründen. Dann hätte man zwei Aktiengesellschaften gebildet, die Betriebs AG und eine Immobilien AG. Der Kanton St.Gallen wäre dann an einer leeren, substanzlosen Genossenschaft beteiligt. Die Gegenposition in der Bilanz wäre das Genossenschaftskapital mit der Beteiligung. Es wäre kein Wert mehr in der Genossenschaft, weshalb man davon absah und entschied, weiter in einer Gesellschaft zu bleiben, dann ist die Substanz in der Gesellschaft und es besteht auch eine Beteiligung an dieser Gesellschaft. Man findet einfacher Investoren, wenn man Substanz in einer Gesellschaft hat. Sobald man die Immobilien und der Betrieb herausgenommen werden, ist es eine zahllose Firma. Dieses Modell wurde auch mit der PwC diskutiert, aber wieder verworfen.

Schwager-St.Gallen: Es wurde ausgeführt, dass, wenn dieses Vorhaben scheitern sollte, der Kanton und auch die Stadt einen Imageschaden davon tragen werden. Dieser Imageschaden fällt auch bei den Banken an. Wenn es sich um eine günstigere Volksaktie handeln würde, diese dann andere Probleme mit sich ziehen würde. Hat man mit den Banken diskutiert, ob sie bereit wären, selber auch Aktienkapital zu zeichnen und zu übernehmen? Dann hätten wir weniger Vertreterinnen und Vertreter an der jährlichen Generalversammlung, die man verköstigen müsste, was auch ein Vorteil wäre.

Christine Bolt hat ausgeführt, dass aufgerundet rund 20 Prozent des Aktienkapitals reserviert wären. Ich gehe davon aus, dass man Vorstellungen bis Ende Jahr 2022 gemacht hat; wie viel

Prozent dann vorhanden sein müssten (Zielwerte). Befindet man sich jetzt innerhalb dieser definierten Zielwerte?

Auf S. 4 der Botschaft werden Ausführungen zur regionalwirtschaftlichen Bedeutung gemacht. Es wird auch auf eine Studie der HSG verwiesen. Zu den Vertretern von PwC: Ich habe in der Tabelle bei den Indikatoren zwischen den Jahren 2011 und 2018 negative Werte festgestellt von minus 17,4 Prozent bei der Anzahl der allgemeinen Publikumsmessen, minus 12,3 Prozent bei der Anzahl Messtage, minus 8,5 Prozent bei den Messebesucherinnen und -besuchern. Der einzige Positive Wert in dieser Studie ist die Besucherzahl insgesamt (Events, Kongress) mit plus 4,4 Prozent. Wenn wir von Plausibilität sprechen, kann ich mir nicht vorstellen, dass man mit gesamtschweizerisch 10,6 Prozent weniger Messeveranstaltungen an allen Messestandorten, trotzdem auf plus 4,4 Prozent mehr Besucherinnen und Besucher kommt. Wurde das geprüft und wie beurteilen Sie diese Studie, die im Auftrag der Olma zustande gekommen ist?

Regierungsrat Mächler zur Beteiligung der Banken: Eines der grössten Probleme der Konsortialkredit war, dass verschiedene Zinsbedingungen verletzt wurden. Wir waren immer mit den Banken im Dialog und diese akzeptierten diese Verletzungen und behielten den Konsortialkredit bei. Das hätten die Banken aber nicht tun müssen. Es hätten Gründe für einen Ausstieg bestanden. Es war immer mein Worst-Case-Szenario, dass sie den Kredit platzen lassen.

Bei der Kapitalerhöhung von 5 Mio. Franken im Jahr 2020 haben die Banken als Genossenschaftler vollumfänglich partizipiert. Sie sagen auch, dass sie wieder ihren Anteil als Genossenschaftler leisten werden, warten jetzt aber die Reaktion der öffentlichen Hand ab. Das ist für sie wichtig in Bezug auf den Kredit. Das Wording der Banken ist, dass sie ihren Beitrag auch bei der Kapitalerhöhung leisten werden. Die verschiedenen Banken müssen diese Themen bis in den Verwaltungsrat tragen, um diese Kapitalerhöhung umsetzen zu können. Der Verwaltungsrat der St.Galler Kantonalbank wird das in der Dezembersitzung besprechen. Ich war bereits bei der ersten Kapitalerhöhung im Ausstand und werde dies wieder tun.

Roland Schegg: Die Studie lag nicht in unserem Fokus. Ich habe gesehen, dass es sie gibt, wir haben sie kurz überflogen. Es ist eine makroökonomische Volksbetrachtung. Was wir machen ist mikroökonomisch. Wir prüfen ein konkretes Unternehmen in einer realen unternehmerischen Situation. Gleichzeitig haben wir die gesamten Markteinschätzungen teilweise auch mit Süddeutschland abgestimmt, sowie mit Kollegen im Netzwerk PwC in Österreich und in der Schweiz, aber auch gleichzeitig die eigenen Beobachtungen einfließen lassen. Die Markteinschätzungen unterliegen einer gewissen Subjektivität. Den vorliegenden Fall muss man prüfen, insbesondere, weil die Olma Messen nicht direkt mit anderen vergleichbar ist und auch nicht so stark über das Management geführt wurde wie z.B. international ausgerichtete Messegefässe in der Nordwestschweiz usw. Wir müssen v.a. unseren Fall prüfen. Hier besteht eine sehr starke Marke mit einer starken Verwurzelung. Die Olma wird auf eine gewisse Art und Weise auch mit dem Oktoberfest verbunden, es handelt sich um eine spezielle Atmosphäre an der Olma. Es ist nicht nur eine Gewerbe- und Wirtschaftsausstellung. Ich finde diese Modeströmungen heikel. Viele denken, jetzt sei man nur noch digital, aber das sind wir gar nicht – der Mensch ist immer noch analog. Ich kann dazu eine Gegenargumentation übernehmen, auch wenn wir hier sehr digital unterwegs sind, letztlich bin ich zu Hause immer froh, wenn ich in der Nacht einen analogen Lichtschalter besitze, so dass ich ihn auch im Dunkeln finde.

Auch in der Unternehmensführung ist nicht immer alles so digital wie man denkt, auch in Bezug auf Messeformate. Ich darf z.B. ein Gefäss begleiten, bei dem Kongresse in einem spezifischen Segment durchgeführt werden. Sie hatten es sehr schwer während der Corona-Zeit und mussten von heute auf morgen auf digital umstellen, das hat funktioniert, indem man sehr agil war.

Heute entwickeln sich daraus teilweise hybride Formate, bzw. man geht wieder zurück zu analogen Formaten, denn der Mensch ist immer noch das gleiche Lebewesen. Das hat auch die diesjährige Olma Messe mit 320'000 Besucherinnen und Besuchern gezeigt. Eine Olma kann nicht digital gehen. Auch der Verkaufsprozess Business to Business (Maschinen, Gastgewerbe usw.) kann hybrid laufen. Dass man physisch zusammenkommen will, wird auch in Zukunft so bleiben, das wird keine App verdrängen können.

Christine Bolt zu den Registrierungen: Wir haben uns zum Ziel gesetzt, bis zur Genossenschaftsversammlung im April 2023 rund die Hälfte zu erreichen, das wären 10 Mio. Franken. Mit den rund 3,8 Mio. Franken liegen wir bei 19 Prozent, damit liegen wir auf Kurs und sind für den Moment zufrieden.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil zum Themenkomplex Umwandlung / Kapitalerhöhung: Der Rechtskleidwechsel ist aus meiner Sicht richtig. Es wurde aber nicht ganz korrekt dargestellt, dass man das Kapital jederzeit abziehen könne. Das kann man nur, wenn die Statuten das so vorsehen. Bei der Umwandlung besteht ein Umwandlungsplan, den man den Genossenschaftler auflegen muss. Im Bericht der PwC steht, dass vorgesehen ist, zuerst diese Umwandlung zu vollziehen, d.h. das Genossenschaftskapital des Kantons wird in Aktienkapital gewandelt. In einem zweiten Schritt, spätestens bis Dezember 2023 wird im Rahmen der Kapitalerhöhung auch noch über die Umwandlung dieses Darlehens diskutiert. Es heisst dort: «gegebenenfalls auch früher». Wie läuft dies auf der Zeitachse genau ab?

Roland Schegg: Die Idee ist, die Darlehen so schnell wie möglich in Anteilscheinkapital zu wandeln. Im Rahmen des Wandels in eine Aktiengesellschaft soll dieses Kapital in Aktienkapital gewandelt werden. Dadurch können wir mit dem Faktor 1:1 arbeiten. Ihre Entscheidung ist, dass man das Vertrauen schaffen kann, dass die öffentliche Hand auch symbolisch zur Olma steht, so dass man noch private Investoren für 20 Mio. Franken finden kann.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil: Aus der Zusammenfassung liest es sich etwas anders, dann habe ich es falsch interpretiert.

Roland Schegg: Dort handelt es sich um einen Verlauf (Folie 19, Beilage 6b). Teilweise wussten wir nicht genau, wann was kommt. Wir wussten auch nicht, wann die heutige Sitzung stattfindet. Das wurde laufend aktualisiert.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil zur Planerfolgsrechnung: Der wesentliche Treiber dieser ganzen Sache sind die zwei Jahre Covid, die ein Loch in die Kasse gerissen haben. Mit Blick auf die Planerfolgsrechnung werden wir bis ins Jahr 2031 im negativen Bereich sein. Wir werden vor allem in den Folgejahren 2024 bis 2026 noch massiv im Minus sein. Wenn wir diese zwei Covid-Jahre rechnerisch wegdenken würden, müssten wir uns aufgrund der diesjährigen guten Besucherzahlen, im Jahr 2023 sicher wieder im positiven Bereich befinden. Wenn ich diese Zahlen betrachte, kann Covid nicht der ganze Einfluss sein, denn sonst müsste man wieder mit positiven Zahlen rechnen können. Wo besteht hier der Gap?

Roland Schegg: Man hat das Projekt «Neuland» bewilligt mit den entsprechenden Zahlengrundlagen. PwC war zu jenem Zeitpunkt noch nicht im Projekt. Wir kamen hier an eine Situation und haben aufgrund der dann bestehenden BWL-Parameter neu gerechnet (unter anderem Ermittlung des bereinigten Eigenkapitals, wofür man auch die Sachanlagen neu bewertet und vor allem die Abschreibungen neu berechnet).

So wie wir es rechnen, hätte man für die Halle 1 sowieso noch ein Brikett in der Ertragsfähigkeit dazugeben müssen. Das bedeutet, dass man in der Ertragsfähigkeit nebst dem, dass Covid eine sehr grosse Bürde aufgelastet hat, auch generell an der Ertragsfähigkeit hätte arbeiten

müssen. Dies ist auch klar, wenn man 160 Mio. Franken investiert. Das ist ein grosser Betrag, da muss man etwas machen, damit Marge entsteht, um die Kredite und Kosten zu bedienen.

Martin Engeler: Es gibt noch einige Faktoren, die hier mitspielen, wenn Sie diese Zahlenreihen betrachten. Zum einen haben wir Strompreise mit einer Differenz seit der Welt vor Covid und heute. Diese massiven Unterschiede werden die nächsten Jahre beeinflussen. Wir haben andere Kostentreiber im Zusammenhang mit der Wandlung / Kapitalerhöhung (Beratungs-, Kommunikations- und juristischen Kosten) sowie die Vorläuferkosten aus der Strategie31. Diese Kostentreiber kumulieren sich in den nächsten Jahren. Ich kann Ihre Frage nachvollziehen, aber aus diesem Grund dauert dies so lange. Hier sind v.a. auch die Cashflows relevant und nicht eigentlich die Erfolgsrechnung, bis man sich wieder auf diesem Level befindet.

Roland Schegg: Allein die Abschreibung aus der Halle 1 wird ab dem Jahr 2023 zu jährlich 2,3 Mio. Franken führen. Sie müssen schon ab dem Jahr 2023 jährlich 2,3 Mio. Franken zusätzliche Abschreibungen tragen, die vorher nicht bestanden. Diese Abschreibungen (ohne Zins) muss man über den Umsatz decken können, ansonsten kann man die Kredite bezüglich der Amortisationen nicht bedienen. Die Gegenspieler von Abschreibungen sind in der Mittelflussrechnung immer Amortisationen gegenüber den Fremdkapitalgebern.

Dürr-Widnau: Die Abschreibungen «Neuland» bestanden bereits im alten Szenario, es handelt sich nicht um etwas Neues.

PwC schreibt in Beilage 6b im Minimum 20 Mio. Franken Kapitalerhöhung. Es könnte ja der optimistische Fall auftauchen, dass man mehr Kapital findet. Steht die Option offen, dass man mehr als 20 Mio. Franken Kapital aufnehmen kann?

Die Baukostenrisiken sind etwas minimiert, weil der Bau sich dem Ende zuneigt. Haben Sie die Baukostenreserven noch im Griff? Wie hoch sind die Baukostenreserven?

Thomas Scheitlin: Diese Kosten haben wir insofern im Griff, als dass diese gemäss Vorlage 5 Mio. Franken (S. 9 der Botschaft) ausmachen. Die Ingenieurkosten belaufen sich auf 2 Mio. Franken mehr, es bleiben als 3 Mio. Franken in der Reserve übrig. Das wird so in der Botschaft ausgeführt.

Dürr-Widnau: Ich gehe davon aus, dass diese Reserve bereits aufgebraucht wurde, denn Sie haben geschrieben, dass Sie viel höhere Auslagen aufgrund der Ingenieurkosten von 5 Mio. Franken hatten. Entsprechend müssten diese 5 Mio. Franken aufgebraucht sein.

Thomas Scheitlin: Bei den Ingenieurkosten haben wir 1,4 bis 1,5 Mio. Franken Mehrkosten. Dazu haben wir noch einen Vergleichsfall mit einem Ingenieur von 270'000 Franken, das macht rund 2 Mio. Franken bei den Ingenieurmehrkosten und es verbleiben noch rund 3 Mio. Franken Reserven. Wir sind uns bewusst, dass diese Reserven sehr dürftig sind bei einem Bauvolumen von 160 Mio. Franken. Wir machen ein sehr enges, rigides Kostenmanagement auf dem Bau. Alle grösseren anfallenden Kosten werden hinterfragt. Wir machten Abänderung, um Kosten zu reduzieren. Alles was wir bis jetzt gebaut haben, befand sich innerhalb des Kostenrahmens. Alles was noch kommt, sind die Bauteuerungen, die wir bis anhin hatten.

Dürr-Widnau: Nebst den 3 Mio. Franken bestehen sicherlich noch andere Reserven oder wurde die alle aufgebraucht?

Thomas Scheitlin: Die Reserven wurden aufgebraucht. Im Tiefbau bestanden Reserven, die haben wir in den Hochbau übernommen und sind aufgebraucht.

Nüesch-Diepoldsau: Der Betriebsaufwand wird ab dem Jahr 2023 im Budget rund 5 Mio. Franken höher sein. Jetzt sollen die Eigentümer / Genossenschafter zusätzlich Kapital finanzieren.

Zudem will man Preiserhöhungen an die Nutzer weitgeben. Wir haben einige Kostentreiber, seien es Energie, Personal usw., die soll man an die Nutzer weitergeben. Ist das ein realistisches Szenario, dass diejenigen, die von der Olma Messe profitieren, auch ihren Beitrag dazu leisten?

Die Halle 1 soll im Jahr 2023 genutzt werden können. Kann man davon ausgehen? Was würde passieren, wenn es zu Verspätungen kommen sollte? Wer würde diese Ausfälle finanzieren?

Christine Bolt: Im nächsten Jahr schlägt v.a. der Energiepreis extrem zu Buche. Wir konnten zum Glück für die Jahre 2023 bis 2026 gute Preise sichern. Wir versuchen, was möglich ist auf die Kundschaft (Aussteller und Besucher) zu überwälzen. Dazu müssen wir aber immer den Markt und was möglich ist betrachten. Es muss das überwälzt werden, was auch akzeptiert und bezahlt wird, aber es hindert die Leute nicht daran, die Messen zu besuchen oder auszustellen. Dazu planen wir im nächsten Jahr eine Preiserhöhung von 5 bis 10 Prozent.

Aktuell sind wir beim Bau voll auf Kurs. Aber wir wissen, in der Welt gibt es Unwegsamkeiten. Wenn es zu Verspätungen kommen sollte, wäre das fatal. Solange wir die Olma im Frühling und Herbst durchführen können und die Halle 1 im März 2024 eröffnen können, sind wir auf Kurs. Sollte etwas passieren, das zu einem Jahr Verzögerungen führen sollte, wird das auch Verzögerungen in den Erträgen zur Folge haben.

Müller-St.Gallen: Der Kanton Thurgau hat das Aktienkapital nicht erhöht, aber die Anteilscheine von 320'000 Franken auf 500'000 Franken erhöht, was ein sehr positives Signal ist. Beteiligen sich die anderen Kantone und das Fürstentum Liechtenstein finanziell gleich?

Thomas Scheitlin: Wir stellten allen Kantonen dieses Konzept vor und fragten sie an, ob sie bei der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft dabei sein würden. Alle standen dem positiv gegenüber und haben eine ähnliche Haltung wie der Kanton St.Gallen eingenommen. Die Olma Messen sollen sich an diese 20 Mio. Franken herantasten und sie werden dann das weitere Vorgehen prüfen. Sie gewährten noch keine Carte Blanche.

Regierungsrat Mächler: Es gibt auch auf politischer Ebene unter den Regierungen Diskussionen. Die nächste Sitzung findet morgen, 25. Oktober 2022 mit Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden und Thurgau statt, das Thema Olma ist traktandiert. Die anderen Kantone wollen wissen, was der Kanton St.Gallen macht. Wenn wir diesen Schritt machen, werden die anderen Kantone folgen und ihren Teil übernehmen. Wenn wir aber abklemmen, dann fragen sie sich auch, warum müssen wir etwas leisten und der Kanton St.Gallen nicht? Sie stehen grundsätzlich hinter der Olma, das hat sich auch bei der diesjährigen Eröffnung klar gezeigt, als Vertreter dieser Kantone dabei waren, mit denen auch nochmals Gespräche geführt wurden. Sie warten aber noch etwas ab. Ich bin gespannt auf die morgige Diskussion.

Der Entscheid des Kantons Thurgau wurde medial etwas zugespitzt. Der Kanton Thurgau hat in der ersten Runde, als es um die 5 Mio. Franken ging, mehr gezeichnet als sie mussten. Regierungsrat Walter Schönholzer meinte, der Thurgau hat in dieser Zeit mehr gemacht, nun seien die Privaten an der Reihe. Der Kanton Thurgau müsse nicht nochmals zwingend mitmachen, es wird aber auch nicht explizit ausgeschlossen. Ich habe nochmals mit ihm persönlich gesprochen und er meinte, wenn das am Schluss nicht zustande kommt, wird es sicher nicht am Kanton Thurgau scheitern. Dann gehen sie über ihre Bücher und zeichnen Aktien.

Schwager-St.Gallen: Bei der Belegungsprognose der neuen Halle 1 rechnet man für das Jahr 2025 mit sechs Konzerten und im Jahr 2024 mit immerhin vier Konzerten. Die Stadt St.Gallen ist bekannt für das Open Air als grosser Konzertveranstalter, aber dass an der Olma Konzerte stattfinden gab es zwar schon, ist aber sicherlich nicht das, wofür das Messegelände der Olma

bekannt wäre. Haben Sie dazu mit Veranstaltern gesprochen, die es im Jahr 2025 als realistisch betrachten, dass man alle zwei Monate ein grosses Konzert in der Olma Halle 1 durchführt? Ist die Olma Halle 1 auch akustisch entsprechend für Konzerte ausgerichtet?

Christine Bolt: Das ist ein neuer Markt für uns. Es gab schon Konzerte oder Comedy, grundsätzlich kann man in diesen Hallen alles durchführen. Wir sind mit den sechs führenden Veranstaltern im Gespräch, auch mit dem Open Air St.Gallen, für Konzerte oder ein Winterfestival. Man kann diese Halle gut für Konzerte nutzen, man muss allerdings etwas machen. Es handelt sich um eine multifunktionale Halle, d.h. man kann sie für alles brauchen, muss aber entsprechend auch noch etwas gestalten. Akustisch diskutieren wir jetzt eine Lösung mit Holzverkleidung im Innern der Halle, die jedoch viel teurer ist als eine Alternative, die weniger schön und gut ist. Uns ist bewusst, dass für Konzerte die Akustik ein sehr wichtiger Punkt ist.

3 Allgemeine Diskussion

Dudli-Oberbüren (im Namen der SVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Wir anerkennen die Wichtigkeit der weit über die Kantonsgrenze hinaus bekannten Olma und wir alle sind uns bewusst, dass die Genossenschaft nicht nur die Olma Messe umfasst, sondern auch diversen anderen Veranstaltungen Gastrecht gibt. Aktuell befindet sich die Genossenschaft in einer sehr herausfordernden Lage. Die Liquiditätssituation der Genossenschaft ist angespannt, weil die Schliessungen während der Corona-Pandemie länger dauerten als im Unterstützungskonzept aus dem Jahr 2020 angenommen. Gleichzeitig müssen mit der sich im Bau befindlichen Halle 1 grosse Investitionen finanziert werden, wobei sich die Sachlage auch hier schlechter entwickelte, als geplant. Zudem befindet sich der Messemarkt in einem starken Umbruch; viele klassische Messen sind in den letzten Jahren von der Bildfläche verschwunden. Die mittlerweile kleinere Konkurrenz sollte eigentlich für die verbleibenden Player wie die Olma sprechen. Doch dem war und ist leider nicht so.

In finanzieller Hinsicht hat der Kantonsrat im Februar 2018 einstimmig einen Kredit von 12 Mio. Franken an die Autobahn-Überdeckung zwecks Neubau der Halle 1 gesprochen. Keine drei Jahre später stimmte der Kantonsrat während der Corona-Pandemie einem Unterstützungspaket in der Form einer Eigenkapitalerhöhung um 430'000 Franken und einem während zehn Jahren zinslosen Darlehen in der Höhe von 8,4 Mio. Franken zu. Leider ist die Genossenschaft Olma Messen St.Gallen bereits wieder in finanzieller Schieflage. Wie in anderen Bereichen bereits mehrfach praktiziert, schlägt die Regierung zur Genesung auch gegenständlich vor, bereits gewährte Darlehen in Eigenkapital umzuwandeln. Es sollen zwar keine finanziellen Mittel fließen, aber die Umwandlung von Fremd- zu Eigenkapital bewirkt, dass der Kanton vom Gläubiger zum Risikoträger mutiert. Dieser Schritt soll und muss wohl überlegt sein.

Gleichzeitig haben wir darüber zu befinden, ob der Kanton bei der Umwandlung von einer Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft weiterhin Teilhaber bleiben soll. Wir müssen uns bewusst sein: Grundsätzlich kann es nicht Aufgabe des Kantons sein, sich um die Finanzierung einer privaten Unternehmung zu kümmern, denn wir befinden über Gelder unserer Bürgerinnen und Bürger. Wenn die Umwandlung von Fremd- in Eigenkapital letztlich einer gänzlich abzuschreibenden Schenkung gleichkommt, haben auch wir unsere Aufgaben nicht erfüllt. Insofern ist umso wichtiger, dass wir uns mit stichhaltigen und glaubhaften Argumenten vom dargelegten Lösungsvorschlag überzeugen lassen können bzw. vielmehr müssen.

Die etlichen im Vorlauf zur Kommissionssitzung gestellten Fragen zeigen es leider einmal mehr auf: Auch die gegenständliche Botschaft der Regierung ist inhaltlich schlicht zu dürftig ausgefallen. Denselben Inhalt in unterschiedlichen Worten gleich drei- oder gar viermal zu lesen, macht die Botschaft zwar umfang- bzw. wortreich; sie ist und bleibt aber dürftig, insbesondere was die

konkrete Entwicklung der Olma Messen St.Gallen in operativer und finanzieller Hinsicht anbelangt. An dieser Stelle halte ich unmissverständlich fest: Die SVP-Delegation kann dem Geschäft nur zustimmen, sofern uns ein überzeugendes und verbindliches Konzept präsentiert wird, welches eine prosperierende Zukunft der Olma Messen-Organisation glaubhaft darlegt. Lieber wären uns gar Garantien. Ein Durchwinken des Geschäfts kommt für uns nicht in Frage; ansonsten könnten wir uns die Kommissionssitzung und auch die Behandlung im Kantonsrat sparen. Auch ein saloppes «friss oder stirb» kommt für uns nicht in Frage. Denn es gilt, ein "friss UND stirb" zu verhindern.

Leider konnten wir den uns bislang zur Verfügung gestellten Unterlagen kein überzeugendes und verbindliches Konzept entnehmen. Nach dem heutigen Morgen ist die Situation etwas besser. Wir hoffen, uns heute von einem zukunftsgerichteten Konzept überzeugen lassen zu können. Eines sei bereits heute klar dargelegt: Weiteren, vor allem unbegründeten und/oder konzeptlosen finanziellen Begehrlichkeiten können wir nicht zustimmen. Mit Blick auf eine ausgewogene wie auch erhellenden Detailbehandlung tritt die SVP-Delegation auf die Behandlung des gegenständlichen Geschäfts ein. Wir sind ergebnisoffen.

Schmid-St.Gallen (im Namen der SP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Wie wahrscheinlich die meisten in diesem Saal sind auch wir nicht begeistert von dieser Vorlage. Wir sehen, dass sich die Olma Messen in einer schwierigen finanziellen Situation befindet, die v. a. durch den Neubau der Halle 1 und die Corona-Pandemie verursacht wurde. Blickt man zurück, war die Situation im Jahr 2017 eine völlig andere: Es gab kein Corona, keine Bauverzögerungen wegen unterbrochenen Lieferketten und keine Bauteuerung. Könnten wir heute entscheiden, wären wir wahrscheinlich gegen den Neubau der Halle 1, da die damit verbundene grosse Verschuldung relativ gefährlich ist. Heute sind wir aber soweit, die Halle 1 steht im Bau und die Stadt und der Kanton sind gefordert, das Geld bereitzustellen, um einen Konkurs zu verhindern. Wir befinden uns in einem Dilemma. Einerseits sollten wir der Olma dieses Geld schenken – es ist eigentlich nichts anderes als eine Schenkung, wenn man Darlehen in Eigenkapital umwandelt –, andererseits sind wir als Kantonsrätinnen und Kantonsräte verpflichtet, sehr sorgfältig mit den öffentlichen Geldern umzugehen und müssten entsprechend auf der Darlehensforderung beharren. Die Olma wird noch sehr viel mehr Geld brauchen. Die 20 Mio. Franken wird sie auftreiben müssen und auch die 8,4 Mio. Franken der Stadt sind alles andere als total gesichert. Die Frage, die wir uns stellen müssen, ist, ob wir einer finanziell stark angeschlagenen Firma gutes Geld nachwerfen wollen, obwohl sie erst in 10 Jahren schwarze Zahlen schreiben wird. Die Antwort ist nicht ganz eindeutig, aber eigentlich auch klar. Machen wir es nicht, laufen wir in einen Konkurs und verlieren sowohl das Darlehen als auch das bereits gesprochene Geld und enden mit einer Bauruine, mit der wir kein Geld verdienen können. Aus diesen Gründen tendiert die SP-Fraktion zu einer Zustimmung zu dieser Vorlage.

Es gibt aber gewisse Dinge, die uns wahnsinnig gestört haben: Einerseits ist dies die Salami-Taktik der Olma, dass man zuerst von einem Darlehen spricht und dann, wenn es doch nicht reicht, doch ein Geschenk haben möchte. Das mag historisch begründet sein, kommt aber schlecht an. Es stört uns auch stark, dass wir das Gefühl haben, die öffentliche Hand soll die Olma sanieren während sich die Banken schadlos halten. Indirekt finanzieren wir die Banken, was überhaupt nicht im Sinne der SP-Fraktion ist. Die Olma ist aber unverschuldet in diese Situation geraten. Sie konnte nicht vom Schutzschild profitieren und die durch den Ukraine-Krieg verursachte Bauteuerung nicht vorhersehen. Man kann der Olma keinen Vorwurf machen. Weiter muss man im Hinterkopf behalten, wie wichtig die Olma für die ganze Region ist und wie viel Wertschöpfung sie bedeutet.

Der zweite kritische Punkt ist die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft. Hier fühlen wir uns sehr unwohl. Nach dem heutigen Morgen ist es etwas besser nachvollziehbar, dass das offensichtlich einfach nötig ist. Wir machen das aber extrem ungern. Wenn es irgendeine Möglichkeit gibt, zu verhindern, würden wir das tun. Der genossenschaftliche Grundsatz «ein Mitglied, eine Stimme» gilt in jeder Genossenschaft, aber auch bei der Migros und den Raiffeisenbanken. Diese scheinen nicht zu befürchten, dass ich ihnen mit meiner Stimme Schaden zufügen könnte. Offenbar haben sie Strukturen gefunden, um damit umgehen zu können. Ich erwarte eigentlich, dass das auch bei Olma möglich sein müsste. Das unguete Gefühl bleibt bei dieser Umwandlung, ich gehe aber davon aus, dass wir zustimmen werden.

Schwager-St.Gallen (im Namen der GRÜNE-Delegation): enthält sich im gegenwärtigen Moment der Stimmabgabe.

Die 79. Ausgabe der Olma wurde am Vortag abgeschlossen und hat gemäss Medienmitteilung die Erwartungen übertroffen. Damit wird aus dem Monat Olma nun auch wieder ein ganz normaler Oktober. Zu hoffen ist, dass damit auch genug Realitätssinn für die Zukunft einkehrt, denn weder der Fortbestand unseres Kantons noch der Stadt St.Gallen sind gebunden an das Wohl oder Wehe einer Genossenschaft bzw. einer AG, an der sie mehr oder weniger als Miteigentümer beteiligt sind.

Fakt ist: Die Olma ist ein wichtiger Image-Träger für unseren Kanton. Das gilt aber auch für den FC St.Gallen, das St.Galler Openair, das Weltkulturerbe des Klosterbezirks oder die noch verbliebenen Teile der St.Galler Textilindustrie. Fakt ist aber auch: Die Olma Messen sind in erster Linie ein profitorientiertes Privatunternehmen, das als Genossenschaft organisiert ist. Diese Unternehmung mag als Imageträgerin unseres Kantons sowie der Stadt dienen wie das Open Air. Die Olma Messen haben aber nicht die Bedeutung eines Verkehrsträgers wie der SOB, einer Bildungsinstitution wie der HSG oder der PHSG oder einer Fachhochschule OST, einer St.Galler Pensionskasse, der SVA oder gar der diversen Spitalverbände. Das Wohl oder Wehe eines Messeveranstalters ist keine zentrale Aufgabe unseres Staatswesens, sondern gehört in die Domäne der Privatwirtschaft. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, dass sowohl Stadtparlament wie Kantonsrat in diversen Vorlagen immer wieder Ja gesagt haben zum Ausbau der Olma Messen. Noch vor der Covid-Pandemie war das über den Sonderkredit zur Überdeckung der Stadtautobahn im Oktober 2017. Es gab keine einzige Gegenstimme, auch nicht aus unseren Reihen. In der Diskussion zum Olma-Autobahn-Deckel im Oktober 2017 wurde ausgeführt, dass es sich bei der Olma-Genossenschaft um ein «kerngesundes Unternehmen» handle. Ein A-fonds-perdu-Beitrag von 12 Mio. Franken ohne Verzinsung sei darum grundsätzlich «eine gute Sache». Auf die Ausrichtung eines verzinslichen Darlehens wurde damals verzichtet, weil sonst die Banken bei der Kreditvergabe zur neuen Halle 1 nicht mitgezogen hätten. Aus eigener Kraft hätte schon damals die Olma-Genossenschaft den weiteren Ausbau nicht finanzieren können. Konkret heisst das aber auch: Regierung und Kantonsrat sind damit bewusst Risiken für ein privates Unternehmen eingegangen. Im Rückblick ein klarer Fehler, aber ich mag dafür niemanden kritisieren, weil man im Nachhinein immer schlauer ist.

Mich erinnert das Ganze sehr an die verunglückte Spitalstrategie. Auch diese fand von allen im Rat vertretenen Parteien Zustimmung, zusätzlich legitimiert durch eine sehr deutliche Volksabstimmung. Kostenmässig spielt die Erhöhung des Eigenkapitals der Olma Messen natürlich in einer viel tieferen Liga wie die St.Galler Spitalstrategie. Trotzdem muss man sich auch bei der Olma die Frage stellen: Wie lange finanzieren wir dieses Privatunternehmen als Kanton mit, und wo erreichen wir die Schmerz- und damit die Ausstiegsgrenze? Erst recht vor dem Hintergrund, dass der Betrieb eines Messeveranstalters nicht zu den Kernaufgaben eines Kantons gehört. Auch in Basel besteht mit der Messe Schweiz AG ein Unternehmen im Miteigentum des Kantons. Nach einer umstrittenen Entscheidung des Kantonsrats im Juni dieses Jahres ist der

Kanton der zweitgrösste Aktionär dieser AG. Dafür wurden 40 Mio. Franken Steuergelder investiert. Die Messe Schweiz AG geht auf die Messe Basel und die Messe Zürich zurück und gilt heute als internationale Unternehmung. Wir müssen uns der unbequemen Frage stellen, ob unser Kanton und unsere Hauptstadt mit 520'000 bzw. 80'000 Einwohnerinnen in der Lage ist, mittel- und vor allem langfristig mit Messezentren wie Zürich oder Basel mitzuhalten. Basel alleine – noch ohne das direkte Umland in Frankreich und Deutschland – verfügt über 200'000 Einwohnerinnen und Einwohner. Um die neue Halle 1 zu füllen, rechnen die Olma Messen für das Jahr 2025 mit zwei Festivals und 6 Konzerten, die total 20 Belegungstage ausmachen sollen. Ist das wirklich mehr als Wunschenken? Und v. a.: Was passiert, wenn sich diese und andere Prognosen nicht bewahrheiten?

Ich habe mir noch keine definitive Meinung gemacht für heute. Das einzig Sichere für mich an dieser Vorlage ist: Das heute bereits in die Olma Genossenschaft investierte Genossenschaftskapital und das Darlehen von insgesamt gegen 11 Mio. Franken sind ohnehin verloren. Ob sich das Worst-Case-Szenario einer Insolvenz der Olma Messen mit dieser Vorlage mittel- und langfristig abwenden lässt, ist völlig offen. Der befürchtete Image-Verlust wird bei einer Bejahung dieser Vorlage möglicherweise in die Zukunft verschoben, aber auf einem höheren Niveau, ausser die Stadt und der Kanton investieren auch weiterhin finanzielle Mittel. Stand jetzt werde ich mich bei der Abstimmung enthalten. Die Meinungen unserer Fraktion sind geteilt. Für mich ist ausschlaggebend, ob ich heute noch Zusätzliches erfahre, das mir Sicherheit gibt, dass das heute definitiv der letzte finanzielle Zuspruch ist, den unser Kanton bezahlen muss. Wir müssen sichergehen können, dass man, wenn sich die heute gemachten Prognosen nicht bewahrheiten, definitiv einen Schlussstrich zieht.

Dürr-Widnau (im Namen der Mitte-EVP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Auch wir standen dieser Vorlage von Anfang an kritisch gegenüber und die Meinung der Delegation war zunächst unklar. Für uns ist sicher unbestritten, dass die Corona-Pandemie die Messe- und Eventbranche besonders hart getroffen hat. Problematisch war sicher auch, dass die Olma aufgrund der mehr als 10-prozentigen Beteiligung der öffentlichen Hand keine Corona-Gelder abholen konnte. Auch die Bauteuerung ist nachvollziehbar. Die 40 Mio. Franken, die hier gefallen sind, sind für uns nachvollziehbar. Soviel zum Ist-Zustand und der Vergangenheit.

Wir sind froh, dass wir heute auch etwas zur Zukunft gehört haben. Es wird keine 100-prozentige Sicherheit geben, soviel ist klar. Es ist auch eine Vertrauensfrage. Schlussendlich müssen wir uns aber wirklich gut überlegen, ob wir der Olma nochmals eine Chance geben wollen. Wir haben heute auch von der PwC sehr offene und kritische Worte gehört – anders als auch schon. Transparenz ist heute sehr wichtig. Anders als Dudli-Oberbüren finde ich, dass wir sehr viele Informationen erhalten haben. Ob die Zahl schlussendlich realistisch ist oder nicht, ist eine Glaubensfrage – auch ich bin kein Messespezialist.

Die Olma ist eine Marke, nicht nur für den Kanton St.Gallen, sondern für die gesamte Ostschweiz. Aber es gibt auch eine Vorgeschichte: Es gab bereits ein Sanierungspaket. Beim zweiten Mal muss man noch genauer hinschauen und erklären, wie das funktioniert. Die Umwandlung von einer Genossenschaft in eine Aktiengesellschaft ist für uns ein logischer Schritt. Wenn dieser nicht gemacht wird, können wir die ganze Übung abbrechen. Sie müssen an frisches Kapital kommen. Wir wären froh, wenn wir die Eigentümerstrategie vorliegen hätten. Wir sind beim zweiten Paket und es liegt noch immer keine vor. Die Stadt und der Kanton halten zusammen immerhin 40 Prozent des Aktienkapitals. Daraus ergeben sich natürlich auch Beharrlichkeiten.

Ich gehe nicht davon aus, dass der Regierungsrat heute sagen wird, es wird kein drittes Paket geben, schliesslich hat es einen Passus «Risikomanagement» in der Botschaft. Wenn ich die

politische Realität aber anschauen, kann ich mir nicht vorstellen, dass es noch ein drittes Paket geben wird, sondern wir werden der Bevölkerung heute ein Signal geben müssen, dass mit dem heutigen Paket Schluss ist. Eine Mehrheit unserer Delegation ist sicher bereit, diesen Weg heute zu gehen, aber ein drittes Paket sehen wir heute nicht, so viel wage ich zu sagen. Ebenfalls entscheidend für uns ist, dass die Stadt St.Gallen mitmacht. Ohne sie müssen wir als Kanton nicht vorausgehen. Das ist die Grundbedingung. Man könnte auch diskutieren, ob die Stadt als Standort nicht sogar etwas mehr machen müsste. Für uns stimmt aber die heutige Lösung, in der beide gleich viel bezahlen. Wir werden dieser Vorlage nicht mit Begeisterung, aber sicher in der Mehrheit zustimmen.

Shitsetsang-Wil (im Namen der FDP-Delegation): Auf die Vorlage ist einzutreten.

Es mag Sie nicht überraschen, dass wir keine Freude an einer Vorlage haben, durch die wiederum ein Unternehmen durch Staatsgelder gerettet werden soll. Das Geschäft mag kein einfaches sein, diese Vorlage ist es im Grundsatz aber schon. Es ist keine Frage der fachlichen Expertise, die man haben müsste, sondern eine Frage der Haltung und des Vertrauens. Grundsätzlich geht es nur darum, ob man in Zukunft noch einen Messestandort haben möchte oder nicht und damit auch weiterhin eine Olma – wobei wir natürlich wissen, dass die Genossenschaft Olma Messen St.Gallen mehr beinhaltet als diese 10 Tage im Oktober. Dass aus der Genossenschaft eine Aktiengesellschaft wird, erachten wir als richtig. Ob diese Rettungsmassnahme und sämtliche Planungen und Bemühungen des Verwaltungsrates und der Geschäftsführung der Olma Messen St.Gallen in der Zukunft auch effektiv greifen werden und ob es gelingen wird, die nötige Kapitalisierung zu erreichen – die Ziele sind ambitioniert, was auch richtig ist –, kann in der momentanen Situation wohl niemand mit Sicherheit beantworten.

So bleibt uns wohl oder übel nichts Anderes übrig, als mit dieser Unsicherheit umzugehen und einen Entscheid mit spürbaren Konsequenzen in die eine oder andere Richtung zu fällen. Die Vorlage ist knapp ausgefallen und man kann monieren, dass man noch mehr Informationen von den Verantwortlichen benötigt um noch besser verstehen zu können, wie sie den Herausforderungen der Zukunft begegnen möchten. Es wurden wohl für kaum eine Vorlage bereits so viele Fragen im Vorfeld eingereicht, was möglicherweise von der Unsicherheit zeugt, die der eine oder die andere gegenüber dieser Vorlage verspürt. Aber sind wir doch ehrlich, es würde wohl jedem Einzelnen von uns kaum wesentlich den Entscheid erleichtern und würde auch nichts daran ändern, dass die Olma Messen Genossenschaft Geld benötigt.

Es gilt für uns alle nochmals in Erinnerung zu rufen, dass die Olma Messen für den schlechten Geschäftsgang der letzten Jahre keine Schuld trifft. Dieser ist den Auswirkungen der Pandemie und der allgemeinen Teuerung geschuldet. Mit einem Ja zur Vorlage können wir einen Schritt zur Sicherung der Liquidität machen und gleichzeitig auch ein klares Signal nach aussen senden, d.h. an das Stadtparlament St.Gallen wie auch an die anderen künftigen Aktionäre. Man könnte sagen: Wenn nicht der Kanton und die Stadt, wer denn sonst? Natürlich erwarten wir noch andere, aber wir müssen abwarten.

Einen Konkurs der Olma Messen Genossenschaft ist etwas, das man sich kaum vorzustellen vermag. Das Ausmass der Auswirkungen auf unseren Kanton und die ganze Ostschweiz wäre wohl erst in ein paar Jahren deutlich zu sehen und zu spüren. Hingegen ganz klar wäre, dass es ein riesengrosses Unverständnis geben würde, wenn wir der Olma Messen jetzt (leider zum wiederholten Mal) nicht zur Seite stehen würden und der Umwandlung des Darlehens in Eigenkapital nicht zustimmen würden. Natürlich würde es auch für einen solchen abschlägigen Entscheid durchaus zustimmende Voten geben, aber für den Grossteil unserer Bevölkerung und auch der der Nachbarkantone wäre ein solcher Entscheid wohl kaum nachvollziehbar. Klar sind diese nicht so stark in den politischen Prozess eingebunden, aber ein Konkurs der Olma wäre

wohl schwierig nachzuvollziehen. Wie sollte man auch schon verstehen können, dass der Kantonsrat erst vor vier Jahren für die Überdeckung der Stadtautobahn im Zusammenhang mit dem Neubau der Halle 1 einen Kredit von 12 Mio. Franken gesprochen hat und gerade zum jetzigen Zeitpunkt den Stecker zieht, wo nun die Autobahn überdeckt ist und die geplante Halle fast fertiggestellt ist? Die Auswirkungen eines Konkurses wurden heute vom Experten der PwC eindrücklich erläutert. Und eine Baubranche mitten in St.Gallen, wer würde dies verstehen? Fakt ist, dass ein abschlägiger Entscheid, national zu reden geben würde und dem Ansehen unseres Kantons und der Ostschweiz als Ganzes schaden würde. Aber v. a. würden wir einen Teil der Ostschweizer Identität verlieren. Wenn man schaut, womit St.Gallen und die Ostschweiz assoziiert wird, dann gehört die Olma sicherlich zu den absoluten Spitzenreitern.

Wir haben aber durchaus auch Erwartungen. Die Stadt St.Gallen muss sich bewegen. Wenn man von einem Solidaritätsprojekt spricht, erwarten wir diese Solidarität auch von anderen. Die Banken wurden erwähnt, die sich bis jetzt zurückhalten, aber auch sie kennen die Verantwortung, die sie haben. Ich würde noch weiter gehen. Ich verstehe, dass die Nachbarkantone zu warten, aber ich erwarte auch, dass sie sich im Anschluss durchaus bewegen und sich entsprechend bei der Neuzeichnung von Aktien solidarisch zeigen. Das erwarte ich auch vom Gewerbe und der Wirtschaft. Der Verwaltungsrat und unsere Regierung müssen zwingend, wie es uns heute Vormittag auch versichert wurde, entsprechende Gespräche führen. Warum nicht gleich alle in Frage kommenden, institutionellen Player zu einer Olma Konferenz einladen?

Um nochmals auf die Kernfrage der heutigen vorberatenden Kommission zurückzukommen: Sie geht auf das uns allen wohlbekannte Zitat aus der Tragödie Hamlet von William Shakespeares hinaus: «Sein oder nicht sein!» Auch wenn dies nicht der ursprüngliche Plan war, als unser Rat im November 2020 nebst einer Einzahlung ins Eigenkapital von 430'000 Franken auch noch das Darlehen von 8,4 Mio. Franken gewährte, ist ein Plan letztendlich halt nur ein Plan und von der aktuellen Realität zu unterscheiden.

Broger-Altstätten: Ich habe beim Eintreten mit Erstaunen gewisse Voten wahrgenommen, wenn ich an den September 2020 zurückdenke, als wir ebenfalls über die Olma diskutierten. Damals habe ich mich stark gemacht für die regionalen Messen. Man hat mich schnell heruntergekankelt, dass das die Regionen selber klären sollen. Im Rahmen dessen habe ich auch noch Voten von Kollegen der FDP-Fraktion gelesen. Ich halte fest, damals hiess es, dass ein Kanton St.Gallen auch ohne Olma funktionieren würde, es wurde uns auch Neosozialismus vorgeworfen, wenn man hier Geld spreche, ohne dass es zurückbezahlt wird. Jetzt wollen wir genau das machen? Ich bin mir nicht sicher, ob wir uns schlussendlich nicht überlegen müssen, ob man nicht doch am Darlehen festhält und die ganze Thematik des Zinses löst? Damals meinte Frei-Rorschacherberg zurecht, dass jeder Steuerfranken irgendwie wieder zurückbezahlt werden sollte. Es sollten keine A-fonds-perdu-Beiträge gesprochen werden. Ich stehe dieser Botschaft sehr kritisch gegenüber und bin gespannt, wie diese im Rat ankommen wird.

Wüst-Oberriet: Ich stehe der Vorlage auch kritisch gegenüber. Wir haben von der FDP gehört, dass ein Konkurs gar keine Option sei. Logisch ist ein Konkurs sehr schlimm, aber die Realität sieht in der Regel so aus, dass wenn es soweit kommen sollte, dass es eine Auffanggesellschaft gibt, man das was gut läuft weiter behält und ein gewisser Teil auf der Strecke bleibt. Falls es aus irgendeinem Grund zu einem Konkurs kommen würde, könnte sicherlich z.B. die Olma Messe weitergeführt werden. Man meint immer, der Konkurs sei der Tod der Olma. Ich glaube nicht, dass es soweit kommen würde. Ich hoffe nicht, dass es zu einem Konkurs kommt.

Betreffend der Halle 1 hören wir immer, dass man eine Bauruine hätte. Das glaube ich nicht, es gibt sicherlich andere Möglichkeiten, wie z.B. die Bibliothek dort einzuführen, dann müsste man nicht für 137 Mio. Franken einen Neubau machen. Man könnte auch einen Teil der HSG dort ansiedeln.

Frei-Rorschacherberg zu Broger-Altstätten: Ich bin der Meinung, dass wir richtig agiert haben und den regionalen Messen nicht aus dem grossen Geldtopf Geld verteilt haben, sondern das regional sehr gut gelöst wurde. Ich bin aber auch der Meinung, dass wir uns damals in einer anderen Situation befanden, weil die Problematik während zwei Jahren bestand. Wir wollten diesen Gesellschaften mit einem Schutzschirm helfen. Das wäre hier gar nicht möglich gewesen, insofern kann man auch argumentieren, dass die Ausgangslage aufgrund von Covid anders aussieht und wir deshalb anderen Gesellschaften helfen konnten und hier nicht. Ich bin trotzdem immer noch sehr kritisch. Ich bin immer noch der Meinung, wenn immer möglich sollte man nicht über A-fonds-perdu-Beiträge arbeiten. Damals habe ich gemäss Protokoll gesagt: «Die FDP-Fraktion ist noch nicht bereit dafür.» Wir haben aber in diesen zwei Jahren eine gewisse Bereitschaft und ein Verständnis dafür. Ich hoffe aber, es kommt nicht noch zu einer dritten Diskussion dazu.

Dudli-Oberbüren: Über die Belassung eines Darlehens sollten wir hier noch diskutieren. Ich möchte diese Debatte nicht im Kantonsrat führen.

Wüst-Oberriet zu Frei-Rorschacherberg: Es kann gut sein, dass ich heute zustimme, aber ich würde nie sagen, dass wir nie wieder der Olma helfen werden. Wir sind künftig der zweitgrösste Eigentümer. Wir müssen jetzt die Weichen stellen, im Anschluss geht das nicht mehr.

Regierungsrat Mächler: Von diesem Geschäft ist niemand begeistert und alle hätten es lieber nicht, aber wir können nicht so tun, als wäre es kein echtes Problem. Es liegt auch an einer guten Politik, dass man sich unschönen Dingen annimmt und versucht, das Beste daraus zu machen. Das war zumindest die Absicht von Regierung, Stadt, Banken und den Olma Messen. Dieses Geschäft hat sich leider schon länger angekündigt, weil bekanntlich Covid deutlich länger dauerte als gedacht. Deshalb habe ich verschiedene Kommissionen immer über dieses Geschäft informiert, wie auch am 19. August 2021 die Staatswirtschaftliche Kommission mit zwei Vertretern. Alle wussten, dass es ein Thema wird. Es freut mich, dass alle bereit sind, über diese Probleme zu diskutieren. Niemand hat das Geschäft ultimatim abgelehnt. Wir haben eine unschöne Situation, die nach Lösungen sucht, und zwar relativ schnell. Das ist auch der Grund, warum wir uns mit dieser Botschaft nicht leicht getan haben; wir haben 18 Monate daran gearbeitet und haben am Schluss eine Lösung vorgeschlagen, hinter der alle Beteiligten stehen konnten. Das ist wichtig. Die Schwierigkeit besteht nun, das Parlament von dieser Botschaft zu überzeugen. Auch die Stadt steht vor der gleichen Thematik, es wurde dargelegt, dass es sehr wohl sein kann, dass die Exekutive der Stadt noch einen schweren Stand hat.

Zur «Salamitaktik»: Man muss fairerweise nachführen, dass Covid länger andauerte. Als man ursprünglich im Dezember 2019 oder im Frühjahr 2020 von Covid hörte, ging man nicht davon aus, dass uns das mehrere Jahre beschäftigen wird. Wir glaubten, das könne man schneller durchstehen. Das hatte auf diese Unternehmung Olma Messen, die von Publikumsevents lebt, Auswirkungen. Es wurde erwähnt, dass die Härtefallregelungen, weil die öffentliche Hand mehr als 10 Prozent besass, nicht gegriffen hat, und auch der Schutzschirm, wie er vom Bund konstruiert wurde, hörte sich in der Theorie gut an, funktionierte aber nicht. Deshalb flossen auch keine entsprechenden Gelder an die Olma Messen, mit Ausnahme von diesen 8,4 Mio. Franken, von denen wir jetzt sprechen.

Selbstverständlich kann man sich die Frage stellen, ob der Kanton oder die Stadt die Olma braucht? Nein, man braucht sie nicht. Zum Leben braucht es relativ wenig. Die Frage stellt sich aber, will die Ostschweiz auf diese grösste Publikumsmesse verzichten? Die Regierung ist klar der Meinung, dass sie der Olma weiterhin die Chance geben möchte. Natürlich bestehen Unsicherheiten und Risiken. Es handelt sich hier nicht um einen Selbstläufer. Als wir ja zur Halle 1 sagten, gingen wir alle davon aus, dass sich auch diese wieder füllen wird. Es wird anspruchsvoller werden, diese grosse Halle künftig zu bespielen. Es braucht hier effektiv ein sehr starkes

Commitment und Engagement von der Olma Leitung sowie vom Verwaltungsrat. Ob hier schon alle in dieser neuen Transformation mitmachen, kann ich heute nicht beurteilen. Es wird möglicherweise auch noch Veränderungen in der Geschäftsleitung, im Verwaltungsrat und im Team der Olma geben, denn auf sie warten anspruchsvollere Zeiten als bisher. Das ist aber nicht der einzige Bereich im Business, der mehr Risiken birgt. Wir alle wissen, die nächsten Jahre werden schwieriger als die letzten. Wir wollen der Olma diese Chance geben.

Was kostet es den Kanton und wie sehen allfällige Alternativszenarien aus? Ich bin überzeugt, dass die vorgeschlagene Lösung aus Sicht des Kantons mit Abstand die billigste ist. Wir haben bis dato diesen Kredit von 8,4 Mio. Franken gewährt. Bezogen wurden bis jetzt 6 Mio. Franken, wir gehen aber davon aus, dass bis Ende 2022 aufgrund der Liquidität der Kredit gezogen sein wird. Wir hatten bis dato auch einen Genossenschaftsanteil. Wir haben im Jahr 2020 mit 400'000 Franken mitgemacht. Wir haben mit Rechnungsabschluss 2021 die zusätzlichen 400'000 Franken abgeschrieben. Der andere Genossenschaftsanteil der historisch entstanden ist, war schon immer mit Null in unseren Büchern. Dann haben wir den Kredit per 31. Dezember 2021 aus dem Vorsichtsprinzip herausgenommen, aber auch aufgrund der Hinweise der Finanzkontrolle, bei dem 3 Mio. Franken gezogen wurden, auch bereits wertberichtigt. Wenn der Kredit mit 8,4 Mio. Franken voraussichtlich Ende Jahr bezogen ist, werden wir ihn wieder mit der genau gleichen Begründung wertberichtigen müssen, d.h. es wird für den Kanton keinen Franken teurer, ob wir mitmachen oder nicht. Wenn Sie dieser Umwandlung nicht zustimmen, dann besteht das Risiko eines Konkurses mit Nachlassstundung usw. Dieses Szenario wird nicht günstiger. Wenn ein Konkurs eintritt, braucht es wieder eine Auffanggesellschaft, die kapitalisiert werden muss. Wer soll dazu Geld sprechen? Mit Bestimmtheit wieder der Kanton. Bei einer Nachlassstundung wird eine Auffanggesellschaft benötigt. Wer kapitalisiert diese? Das wird auch wieder der Kanton sein. Zeigen Sie mir ein Szenario auf, das günstiger ist als dieses, und das den Bestand der Olma sichert. Ich bin überzeugt, dass diese Lösung auch aus Sicht des Kantons eine gute Lösung ist. Die Lösung, die am ehesten die Sicherheit gewährt, dass die Olma auch in zehn Jahren noch besteht.

Es wurde erwähnt, Sie hätten gerne noch etwas mehr Garantien. Sie werden von mir heute keine Garantie erhalten, weil Sie auch keine Garantie gewähren können – eine Unsicherheit wird bleiben, und es wird in Zukunft mit dieser ganzen Thematik schwieriger werden. Aber warum sollen wir dem nicht die Chance geben, wenn es uns doch eigentlich gar nicht mehr kostet. Aber wir setzen damit ein ganz wichtiges Zeichen für die Aktionäre bzw. die bestehenden Genossenschafter, um in dieses Unternehmen zu investieren. Wir müssen dazu das Fundament legen. Für mich ist die Bedingung, dass auch die Stadt mitmacht. Sie ist der grösste Genossenschafter mit der grössten Wertschöpfung auf dem Platz. Wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, bin ich zuversichtlich, dass das Fundament gelegt ist, damit andere auch bereit sind zu investieren.

Shitsetsang-Wil: Unser Votum hat auch noch einige Rückmeldungen von Broger-Altstätten und Wüst-Oberriet ausgelöst.

Ich habe zu Beginn in meinem Votum ausgeführt, dass das etwas ist, das wir gar nicht gern möchten. Wir sehen aber die aktuelle Situation. Wir haben in den letzten zwei Jahren alle erlebt, wie flexibel man sein musste, welche Annahmen man gebildet hat, z.B. dass man keine Überfinanzierung machen sollte. Jetzt kann man sagen, man habe zu wenig darauf geachtet. Wahrscheinlich wäre man auch kritisch gewesen, wenn man irgendeinen Betrag festgelegt hätte, der zu hoch gewesen wäre und man es damit der Olma zu bequem gemacht hätte. Es besteht schon ein Unterschied zu den vielen regionalen Messen, die gut funktionieren, aber regional sind. Der Bezug bei der Olma ist anders. Selbst ich, der im Hinterthurgau aufgewachsen bin, habe einen Bezug zur Olma. Ich glaube, es geht im Kanton St.Gallen, im Kanton Thurgau, in den beiden Appenzell fast jedem Kind und Erwachsenen so, dass sie einen Bezug zur Olma

haben. Zur Rhema oder zur WEGA besteht bei den meisten ein kleinerer Bezug als zur Olma. Klar können wir ohne Olma leben, der Kanton St.Gallen funktioniert auch ohne Olma. Ich habe auch nicht gesagt, dass sie überlebenswichtig sei. Aber wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier haben nicht nur die Aufgabe, das Überleben zu sichern, sondern es liegt hierzu eine Vorlage vor. Die Frage ist, soll es hier diese Chance geben? Unsere Beurteilung ist, dass aufgrund dessen, was wir bereits gemacht haben, die Olma eine Zukunft hat. Wenn wir das in Frage stellen, dann hätten wir uns diese Frage bereits vor vier Jahren bei der Deckelung für die Halle 1 stellen müssen. Damals stagnierte die Messelandschaft bereits. Wir glaubten an die Olma, weil vermutlich die Verankerung doch anders ist, als bei einer Züspa oder muba. Wir hätten damals bereits entscheiden müssen, dass es das nicht braucht. Es jetzt auf die Konsequenz eines Konkurses hinauslaufen zu lassen, ist der Bevölkerung schwierig zu erklären.

Auch ich stehe dem Ganzen nicht völlig unkritisch gegenüber, aber ich habe versucht, das offen zu sagen. Ich kann hier sehr kritisch sein und am Schluss doch anders stimmen. Ich frage mich, ob das so zu deuten ist, dass aus Ihren Fraktionen alle anders stimmen werden? Ich kann mir das einfach nicht vorstellen. Ich will damit nicht sagen, dass wir in Zukunft nicht einen Halt machen müssen. Ich würde mich aufgrund der Geschichte hüten, zu sagen, dass das heute das letzte Mal sein wird – das können wir heute nicht wissen. Es ist unsere Pflicht, dass wenn das eintreffen sollte, man das neu beurteilen muss. Ich hoffe, aufgrund dessen, was wir gehört haben, dass das plausibel und alternativlos ist. Wir müssen mit dieser Unsicherheit umgehen können, deshalb möchte ich es schon so verstanden haben. Wir können lange diskutieren und viele Dinge fordern, schlussendlich müssen wir mit dieser Unsicherheit umgehen können. Regierungsrat Mächler wird uns dazu in keiner Form eine Garantie abgeben können.

Wüst-Oberriet zu Regierungsrat Mächler: Ihre Ausführungen stimmen mich zuversichtlich, dass auch die Regierung erkannt hat, dass es evtl. noch Wechsel geben wird im Verwaltungsrat und der Geschäftsleitung. Ich bin der Meinung, dass es das braucht. Nicht, weil die aktuellen Personen nicht gut sind, aber bis jetzt war es eher die verwaltende Generation und jetzt geht es um die Sanierung bzw. Transformation. Es wird einiges auf diese Leute zukommen. Ich finde es beruhigend, dass die PwC im Hintergrund Gas gibt. Die Olma allein wäre vielleicht nicht fähig, das zu schaffen.

Wäre es keine Alternative, das Darlehen einfach z.B. zinslos über 20 oder 30 Jahre stehen zu lassen?

Regierungsrat Mächler: Auch bei einer zinslosen Weiterführung des Darlehens hätten wir eine Botschaft erstellen müssen. Die Darlehenselemente wurden mit der letzten Vorlage im Jahr 2020 festgelegt. Dort wurde während den ersten zehn Jahren auf Zinsen und Amortisation verzichtet. Wenn man jetzt nochmals zehn Jahre ohne Zins gewähren würde, ist es ein ewig zinsloses Darlehen, das liegt sehr nahe am Eigenkapital. Ein Kapital mit zehn Jahren Zinsverzicht und ohne Amortisation nennt ein Banker eine sogenannte Mezzanine-Finanzierung (enthält sowohl Eigenschaften der Eigen- wie auch der Fremdfinanzierung). Das liegt zwischen Eigenkapital und Fremdfinanzierung, was es heute bereits ist. Wenn wir das jetzt noch verlängern würden, dann stellt sich die Frage, ob es schlussendlich nicht einfach nur Eigenkapital ist. Es stellt sich hier deshalb der Zeitpunkt der Umwandlung in Eigenkapital. Wir sehen, die aktuelle Verschuldungskapazität dieser Gesellschaft ist ausgereizt. Sie hat keine Möglichkeit, noch zusätzlich Darlehen aufzunehmen, das wurde mit dem Bau der Halle 1 ausgereizt. Die Banken gingen an den Rand des Möglichen. Wenn wir jetzt diese Eigenkapitalsituation nicht verbessern und das Verhältnis zwischen Fremd- und Eigenkapital nicht verändern, führt das dazu, dass diese Gesellschaft auch morgen noch kein zusätzliches Fremdkapital aufnehmen kann. Wir wissen nicht, was passiert. Wenn wir jetzt die aktuellen Verhältnisse verbessern, dann ist es denkbar, dass in zwei, drei Jahren vielleicht eine Betriebskrediterhöhung von 1 Mio. Franken wieder

möglich sein könnte, weil sich die Verhältniszahlen zwischen Fremd- und Eigenkapital verändert haben und nicht mehr so gestresst sind, wie sie es aktuell sind. Jetzt müssen wir es ins Eigenkapital transferieren.

Broger-Altstätten: Haben wir beim Darlehen nicht noch das Grundpfand enthalten, das bei einer Umwandlung wegfallen würde?

Regierungsrat Mächler: Diese haben wir im zweiten Rang. Der erste Rang liegt bei den Banken, die zuerst Zugriff darauf haben, und wenn es in einer Konkursmasse noch irgendetwas haben sollte, dann wären wir zweitrangig begünstigt. Insofern erhöht sich vom Darlehens- zum Eigenkapitalgeber das Risiko. Das Eigenkapital birgt immer das grösste Risiko, weil es bei einem Konkurs nicht mehr zurückbezahlt werden muss. Der Gläubigerschutz gilt für die Darlehensgeber und weniger für die Eigenkapitalgeber. Bei den Risikopositionen haben Sie recht, es verschiebt sich etwas. Aber für die Nachhaltigkeit der Unternehmung ist es jetzt wichtig, dass man diesen Schritt jetzt macht.

Dürr-Widnau: Ich war auch ein Verfechter, der diese Regionalität unterstützte, genau aus dem Grund, weshalb wir heute hier sind. Auch ich bin ein Olma-Fan, aber man darf nicht unterschätzen, dass man einen südlichen Teil in unserem Kanton hat, bei dem dieser Stellenwert der Olma nicht ganz gleich ist, als wenn man nahe um die Stadt St.Gallen wohnt. Die Begeisterung im Sarganserland und in See-Gaster ist geringer, um hier Geld zu sprechen. Ich finde es deshalb richtig, dass man der Olma auch ein Signal gibt, dass es kein Fass ohne Boden sein soll. Wenn es eine Aktiengesellschaft ist, dann ist es klar, dass sie eine Aktienkapitalerhöhung machen müssen, wenn sie mehr Geld benötigen. Wenn sie das nicht schaffen, dann müssen wir uns als Parlament sowieso die Frage stellen, ob alles noch Sinn macht, dann scheint niemand eine Chance oder ein Konzept dahinter zu sehen. Ich werde deshalb diese Aussage auch im Parlament machen und vorab noch die Fraktionsmeinung dazu abholen. Auch die Olma muss sich bewusst sein, dass alles irgendwo begrenzt ist. Ich hätte eine aggressivere Variante gewählt, wenn man daran glaubt, dass die Olma überlebt. Es gibt sicher günstigere Varianten.

Dudli-Oberbüren: Ich war bis vor kurzem Mitglied der Staatswirtschaftlichen Kommission und hatte während fünf Jahren den Vorsitz der Subkommission öffentlich-rechtliche Anstalten. Wir hatten die Thematik der Olma bereits seit 2,5 Jahren auf dem Radar. Ich muss ernüchternd festhalten, dass wir schon relativ wenig Informationen dazu erhielten. Es hiess zwar immer, dass es der Olma nicht gut gehe, aber bei den Sitzungen mit den Vertretern des Finanzdepartementes mussten wir diesen alles aus der Nase ziehen. Daher hatten wir nicht viel mehr Informationen auf diese Botschaft hin.

Schwager-St.Gallen: Wüst-Oberriet hat es erwähnt, der richtige Zeitpunkt für einen Ausstieg wäre jetzt. Wenn wir jetzt nicht aussteigen, dann hängen wir drin und werden wahrscheinlich weitere Beiträge sprechen müssen. Regierungsrat Mächler sagt wohl mit recht, er könne und wolle keine Garantien geben. Wenn jetzt bereits klar wäre, dass die anvisierten 20 Mio. Franken nur zur Hälfte zu Stande kommen, wo liegt die Schmerzgrenze, wo es auch einem Regierungsrat Mächler nicht mehr wohl wäre, und er uns empfehlen würde, besser die Finger davon zu lassen?

Regierungsrat Mächler: Mit dieser Umwandlung legen wir das Fundament. Das haben wir bewusst ohne die Bedingung gemacht, ob fünf, zehn oder fünfzehn Mio. Franken zustande kommen. Die einzige Bedingung ist, dass die Stadt mitmacht.

Es ist wichtig, dass wir jetzt diesen Schritt machen. Das gibt den anderen (Stadt, Kantone, Private, Unternehmen) die Sicherheit, auch mitzumachen. Es knüpft nicht an eine Bedingung, wie

viel Geld zustande kommen muss. Wir müssen jetzt zustimmen und dann muss die Olma Messen an die Arbeit. Ich habe von Anfang an gesagt, der Kanton sei nicht bereit, zusätzliches Kapital zu diesen 8,4 Mio. Franken zu geben. Das haben sie nicht gerne gehört. Sie hätten es lieber gehabt, wenn die Stadt und der Kanton schon mindestens 10 Mio. Franken gezeichnet hätten, denn das wäre für sie viel einfacher. Wir haben uns dagegen entschieden, da nach meiner politischen Einschätzung diese Vorlage bereits schwierig sein wird. Ganz falsch lag ich damit offenbar nicht. Im Eintreten hat sich niemand für zusätzliches Kapital ausgesprochen. Meiner Ansicht nach ist das ein No-Go. D. h. sie müssen jetzt voll engagiert sein. Was die Olma macht, ist positiv. Die Olma Messe 2022 wurde bereits genutzt um potentielle Aktionäre zu suchen und entsprechende Absichtserklärungen zu sichern. Im Moment gibt es noch die Unsicherheit, ob es überhaupt eine Umwandlung gibt.

Es gibt anscheinend jetzt schon Privatpersonen, die bereit wären, sich finanziell zu beteiligen. Ich bin überzeugt, dass die bestehenden Genossenschafter grossmehrheitlich mitmachen werden, wenn wir unser Signal senden, und die Stadt dies auch tut. Von gewissen Verbänden habe ich die Zusicherung bereits erhalten, dass sie mitmachen werden. In den nächsten Wochen werden dazu wahrscheinlich verschiedene Mitteilungen veröffentlicht. Ich bin zuversichtlich, dass man diese 10 Mio. Franken bis im Frühling zusammenbringt. Zurzeit haben wir bereits 4 Mio. Franken. Die Banken werden wir ebenfalls miteinbeziehen können. Die Kantonalbank hält 9 Prozent. Wenn diese mitmacht, kommt nochmals ein relevanter Betrag zusammen. Zudem sind die Genossenschafter stark mit der Olma verbunden, sei es wirtschaftlich oder zumindest, weil es ihr Umfeld ist. Für die Landwirtschaft z.B. hat die Olma eine grosse Bedeutung. Ich bin überzeugt, dass von dieser Seite auch gewisse Commitments folgen werden, denn für die Landwirtschaft wäre es auch schädlich, wenn die Olma nicht stattfindet. Eine Garantie, dass der Kanton keine weiteren Mittel sprechen wird, kann ich nicht abgeben. Was Sie tun können, ist, selber zu zeichnen. Mit jeder gezeichneten Aktie ist die Chance, diese 20 Mio. Franken zu erreichen, grösser. Ich habe persönlich bereits Aktien gezeichnet. Sie können das auch, aber es zwingt sie natürlich niemand dazu.

Dürr-Widnau: Diskutieren wir nun bereits über die Umwandlung? In der Botschaft ist relativ offen formuliert, wann getauscht wird. Gemäss den Ausführungen von heute Morgen will man das Darlehen zuerst in einen Genossenschaftsanteil umtauschen und diesen dann in einen Aktienanteil, damit man sich die 10 Prozent Agio spart. Für uns ist der Zeitpunkt schon wichtig. *Schwager-St.Gallen* spricht wohl den Worst-Case an: Man wandelt um und am Schluss merkt man, dass die Zeichnungen nicht reichen. Dann denken sich alle, dass wir verrückt sind, weil wir im Dezember schon gewechselt haben, ohne zu schauen, wie viele Zeichnungen es bereits gibt. Rein theoretisch kann die Regierung den Zeitpunkt wählen. Sie kann ihn auch rausschieben.

Regierungsrat Mächler: Die Botschaft wurde am 16. August 2022 von der Regierung verabschiedet. Sie wurde vor den Sommerferien geschrieben, sonst wären wir nicht fertig geworden. Damals war der Zeitplan noch etwas vager als heute. Jede Woche wird das geschärft und heute wissen wir, wie der Zeitplan aussieht.

Stefan Schneider: Die Absicht war immer, dass man so schnell wie möglich wandelt, also eigentlich noch zu dem Zeitpunkt, in dem die Olma eine Genossenschaft ist. In der Vorlage ist es noch offen formuliert, weil die Frage ist, wann dieser Beschluss, wenn Sie ihm zustimmen, rechtsgültig wird. So wie es jetzt aussieht, wäre eine Beratung in der Novembersession 2022 und der Februarsession 2023 vorgesehen. Danach würde die Frist für das fakultative Referendum zu laufen beginnen. Dann wären wir irgendwo im April 2023. Im April findet auch die Generalversammlung der Olma statt, wo allenfalls die Umwandlung in eine Aktiengesellschaft beschlossen wird. Wenn es beim politischen Prozess eine Verzögerung gibt, könnte es im

schlechtesten Fall auch sein, dass unser Beschluss erst rechtskräftig wird, wenn die Olma bereits eine Aktiengesellschaft ist. Darum ist im Beschluss immer die Rede von der Umwandlung in Eigenkapital.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil: Als ich diese Vorlage angeschaut habe, dachte ich mir, dass das ein Fass ohne Boden werden könnte. Heute wage ich mich aus dem Fenster zu lehnen, aber ich glaube, das muss das letzte Mal sein, dass der Kantonsrat ein privates Unternehmen, auch wenn es eine gewisse regionalpolitische Bedeutung hat, ausfinanzieren muss. Die Olma ist wichtig, aber so gross ist sie auch wieder nicht. Sie hat 80 Mitarbeiter und macht 20 Mio. Franken Umsatz, ein wunderbares KMU, wie es fast Hunderte gibt. Es gibt zahlreiche solcher Unternehmen, die keine Unterstützung vom Staat erhalten, von der Covid-Pandemie einmal abgesehen. So gesehen geniesst die Olma hier eine gewisse Sonderstellung. Es darf aber kein Fass ohne Boden werden.

Die Begründung für die Finanzierungslücke ist eigentlich ausschliesslich die Covid-Pandemie sowie andere Gründe, die neuerdings dazugekommen sind. Das scheint mir die halbe Wahrheit zu sein. Wenn ich die Ertragsrechnung der Olma anschau, dann hätte diese Firma die Covid-Pandemie eigentlich überstehen müssen. Genau dafür wurden Rücklagen gebildet und offensichtlich gute Gewinne geschrieben. Ich glaube, die Halle 1 bricht der Olma etwas das Genick. Wenn man die Ertragszahlen anschaut und Covid ausblendet, hätte es eigentlich reichen müssen, diese zu finanzieren. Wenn ich die strategische und operative Führung der Olma anschau, stimmt es mich etwas pessimistisch, zu hören, dass für die Halle 1 immer noch kein richtiger Plan vorliegt. Bereits beim Beschluss, die Halle 1 zu errichten, hätte dieser Plan vorliegen müssen. Dennoch werde ich dieser Vorlage sicher zustimmen, weil ich glaube, dass man der Olma die Chance geben muss, das Steuer herumzureissen.

Für den Kanton hat die Umwandlung keine unmittelbaren finanziellen Auswirkungen. Ob ein Darlehen oder faktisches Eigenkapital ist am Schluss nicht der entscheidende Punkt. Man kann aber schon gewisse Fragezeichen setzen und darf nicht allzu blauäugig sagen, die Covid-Pandemie habe niemand voraussehen können. Natürlich ist es nicht die Aufgabe der Regierung, sozusagen als Eigentümerin diese Unternehmung zu überwachen. Sie hat in dem Sinne keine Aufsichtsfunktion, aber dennoch meine Frage: Wie nahe sind der Kanton und die Regierung daran, sich über die Entwicklung der Olma in der kommenden schwierigen Zeit informieren zu lassen? Die strategischen und operativen Entscheide, die hier anstehen, sind wegweisend. Letztlich ist es auch wegweisend, wie man einen solchen Entscheid vor dem Volk rechtfertigen kann. Sie müssen uns aufzeigen, welche Massnahmen eingeleitet werden. Man hört einiges, aber so ganz konkret müsste man nun wissen, in welche Richtung es geht.

Ab 15.15 Uhr stv. Geschäftsführung durch Matthias Renn anstelle von Simona Risi

Regierungsrat Mächler: Die Regierung hat dargelegt, was aus ihrer Sicht die Gründe sind. Covid war sicher ein Grund, aber die Halle 1 ist auch wesentlicher Grund. Und, zumindest aus meiner Sicht, hat sich auch das Marktumfeld für Messen verändert. Damit wären wir bei drei Gründen. Wenn man sagt, es sei alles nur wegen der Covid-Pandemie, finde ich es etwas zu einfach. Sie müssen auch die Veränderungen des Marktumfeldes stemmen können. Ich teile Ihre Ansicht. Ich bin auch enttäuscht, dass man die Businesspläne für die Halle 1 nicht schon früher angegangen ist. Man kann jetzt sagen, dass die Olma wegen der Covid-Pandemie wirklich unter extremen Druck kam. Bestehende Aufgaben, die man eigentlich hätte erledigen müssen, gerieten in den Hintergrund, weil man plötzlich vor einem Scherbenhaufen stand. Trotzdem glaube ich auch, dass die Bespielung der Halle 1 ganz entscheidend ist. Das ist eine riesige Halle und sie ist kein Selbstläufer. Mich stimmt jedoch relativ zuversichtlich, dass man trotz der Unsicherheit im Messe- und Eventbereich doch aufgrund der Ausführungen von Christine Bolt sagen kann, dass sie bis ins Jahr 2025 zur Hälfte ausgelastet ist. Aus heutiger Sicht finde

ich das einen guten Wert. Logisch muss dieser noch steigen. Das wird eine gewisse Anlaufphase brauchen, was aber in den entsprechenden Businessplänen auch berücksichtigt ist. Auch PwC meinte, dass das nicht von Anfang an ein Selbstläufer sein wird, der sich gleich füllt. Hinsichtlich Monitoring ist für mich ganz klar – und das haben wir der Olma auch gesagt –, dass wir weiterhin das vierteljährliche Quartalsreporting erwarten. Laufend prüfen wir auch, wie es um die Liquidität steht. Auch PwC wird weiter an Bord bleiben.

Schwager-St.Gallen: Diese Vorlage steht unter dem Vorbehalt, dass das Stadtparlament auch zustimmt. In einer idealen Welt wäre es so, dass das Stadtparlament vor dem Kantonsparlament zustimmt. Ich weiss, dass die Geschäftsprüfungskommission des Stadtparlaments diesen Mittwoch, 26. Oktober 2022, eine Sitzung geplant hat. Können wir davon ausgehen, dass das Stadtparlament vor dem Kantonsparlament entscheiden wird?

Regierungsrat Mächler: Diese Frage kann ich nicht beantworten. Das Stadtparlament wird das Ganze noch kritischer hinterfragen. Ob sie am Mittwoch damit bereits abschliessen und das Geschäft verabschieden können, weiss ich nicht. Persönlich glaube ich aber, dass es nicht schlecht wäre, wenn der Kanton zuerst ein Zeichen setzen könnte. Wenn die vorberatende Kommission heute dem Geschäft zustimmt, wird das der Stadt ein Zeichen geben. Die Stadt kann es sich kaum leisten, etwas nicht zu tun, wozu der Kanton bereit ist.

Wüst-Oberriet: Gmür-Bütschwil-Ganterschwil hat es aus meiner Sicht auf den Punkt gebracht. Je länger wir darüber sprechen, desto mehr Angst bekomme ich. Die Halle 1 ist wirklich eine sehr grosse Kiste für die Olma. Auf der einen Seite wissen wir, dass wir noch etwa 2 Mio. Franken Baureserven haben, wenn wir den nicht ganz klaren Ausführungen heute Morgen zugehört haben. Wir wissen auch, dass sie für 144 Tage je Jahr belegt sein sollte. Wir wissen aber eigentlich nicht, wie sie bespielt werden kann. Christine Bolt meinte, wenn man eine Holzverkleidung machen würde, wäre es für den Schall besser. Das wäre aber teurer. Das stimmt mich schon nachdenklich. Sie müssen doch wissen, was sie machen wollen. Das ist wirklich eine zentrale Sache. Ich weiss nicht, ob ich hier zu tief ins Detail gehe, aber für mich ist es etwas ein Widerspruch. Es soll Tage geben, an denen die Halle schon belegt sein soll, aber sie wissen noch nicht einmal, ob man Konzerte aufgrund der Beschallung überhaupt abhalten darf, sondern je nachdem, wenn Geld übrig bleibt, macht man allenfalls noch etwas für die Akustik.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Auf S. 12 und 13 (Beilage 8) wird viel ausgeführt, das uns zuversichtlich stimmt. Sie haben mehr als doppelt so viele Anfragen für Kongresse und Events. Sie schreiben hier von 200, was sensationell wäre, wenn man es mit dem Jahr 2019 vergleicht. Die OBA ist voll, die Olma ist voll und Tier- und Technik ist fast voll. Sie konnten eine neue Eigenmesse gewinnen, die Gastia – Fach- und Erlebnismesse für Gastfreundschaft. Das andere ist dann klar etwas Kristallkugellesen: vier GV's scheinen realistisch, drei Corporate-Events ebenfalls. Festivals und Konzerte – man darf nicht vergessen, wenn man hier von 12'000 Personen Kapazität spricht, bewegen wir uns langsam in die Richtung eines Hallenstadions. Für mich als Veranstalter wäre das ein Traum, einen Anlass zu machen, für den man plötzlich eine Band holt, die sonst nur in Zürich spielt.

Was mich auch stutzig gemacht hat, ist die Akustik. Wenn sie sehr gut sein soll, braucht es eine Holzverkleidung, was wiederum teurer wäre. Da wäre es schön gewesen, etwas mehr zu erfahren. Ich finde aber, die Olma-Vertreter haben uns gut gezeigt, dass sie zwei Jahre nach der Eröffnung auf rund 144 Belegungstage kommen. Das finde ich sagenhaft. Ich sehe hier eine riesige Chance, grosse Acts, die sonst alle nach Zürich, Basel oder Genf oder sogar in ein Stadion pilgern, auch einmal nach St.Gallen zu holen. Die nächstgrösste Halle in der Stadt St.Gallen ist vielleicht die Grabenhalle mit 200 Plätzen. Wir haben nichts Vergleichbares. Jetzt kommen wir in eine Liga, die auch Angst machen kann. Wenn man einen Act bucht, für den 8'000 Leute kommen sollten und es kommen dann nur 5'000 hat man ein Problem. Aber wir kommen in eine neue Liga, deshalb finde ich das gut.

Frei-Rorschacherberg: Ich glaube, wir befinden uns auf einer zu tiefen operativen Ebene und diskutieren jetzt, wie wir diese Halle nutzen können. Mein Eindruck ist, dass man ein Konzept hat, das sogar operativ so tief geht, dass man sich Gedanken über die Akustik in diesem Raum macht. Das ist in Ordnung und das müssen sie im Rahmen des Baus auch anschauen. Ich finde es aber nicht richtig, dass wir jetzt auf diese Ebene gehen und sagen, das Konzept müsse anders sein. Ich erwarte von einer Führungscrew, dass sie diesen Fragen nachgeht.

Pause 15.30 – 15.40 Uhr

4 Spezialdiskussion

4.1 Beratung Botschaft

Abschnitt 3.1 (Eckpunkte der neuen Geschäftsstrategie)

Dürr-Widnau: Ich bitte die Regierung, hier ein Auge darauf zu haben. Die Regierung hat nicht die Kontrolle, aber doch regelmässigen Kontakt. Man fährt in einem Sanierungszeitpunkt eine Wachstumsstrategie. Das finde ich gewagt, da man auf der Kostenseite massiv hinauffährt und die Erträge müssten dann kommen. Das ist mit Risiken verbunden, weshalb es nötig ist, dass man das im Auge behält.

Regierungsrat Mächler: Wie erhalten weiterhin vierteljährlicher den Controllingbericht, den die Olma Messen jetzt auch etablieren müssen. Seit 18 Monaten erfolgt ein regelmässiger Austausch, diesen möchte ich weiterführen. Man ist mit dem Entscheid für die 8,4 Mio. Franken noch nicht über den Berg. Wir sind als Eigentümer mit einem grösseren Anteil daran interessiert, nahe dran zu bleiben. Ich kann versichern, wir werden dranbleiben. Dudli-Oberbüren hat Recht, man kann nicht immer alles schon sagen, weil gewisse Vertraulichkeiten gelten, aber man kann zumindest vorinformieren, dass etwas kommt und in welche Richtung das gehen könnte.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil: Regierungsrat Mächler hat gesagt, er möchte PwC gerne im Boot behalten. Könnte oder sollte man dieses Geschäft mit dieser Bedingung oder Auflage verknüpfen, dass PwC im Boot bleibt? Ich habe weder eine Beteiligung an der PwC noch sonstige Interessen daran. Es macht aber Sinn, wenn sie im Prozess bleiben; sie sind notwendig. Ich habe einen guten Eindruck erhalten. Sie sind intern wohl noch kritischer als sie sich heute geäussert haben.

Regierungsrat Mächler: Ob es dafür eine Ziffer im Beschluss geben soll, können wir diskutieren. Ich würde es begrüssen, dass sich der Kommissionspräsident in seinem Votum im Rat dazu äussert, wenn es eine Mehrheitsmeinung dazu gibt. Man kann mir diese Frage im Rat stellen und ich kann antworten, dann wäre es in den Materialien.

Dudli-Oberbüren: Es soll jedoch nicht so detailliert festgelegt werden, dass PwC die Beratung übernimmt.

Regierungsrat Mächler: Deshalb würde ich es nicht in einer Ziffer im Beschluss formulieren. Es kann auch sein, dass man irgendwann zu einem anderen Anbieter wechseln möchte. Ich kann garantieren, es braucht einen Dritten, der den Olma Messen auf die Finger schaut. Das werde ich einfordern, sonst fühle ich mich nicht wohl.

Dürr-Widnau: Die Bedenken von Dudli-Oberbüren könnte man lösen, indem man die Erwartungshaltung bei den Diskussionen mit der Olma platziert.

Wüst-Oberriet: Ich finde das ein sehr gutes Argument. Wir brauchen das. Wir müssen irgendwo einbringen, dass eine dritte Partei zwingend mit im Boot sein muss. Wir können offen lassen, wer das ist, aber das würde Sicherheit schaffen.

Abschnitt 3.2 (Beschaffung von zusätzlichem Eigenkapital)

Dürr-Widnau zu den weiteren Varianten: Ich lege offen, wie ich es als Investor gemacht hätte, der an diese Firma glaubt. Man hätte eine Kapitalerhöhung machen und das Darlehen dann stehen lassen können, in der Überlegung, dass das Darlehen später zurückgezahlt wird. Das wäre günstiger als die heutige Lösung. Ich werde aber keinen Antrag stellen. Ich empfehle auch dem Rat, diesen Antrag nicht zu stellen, da wir sonst die Stadt auch ins Boot holen müssten. Wenn man die Eigenkapitalquote anschaut, liegt das Problem bei der Stadt. Sie müssten relativ viel Kapital einschiessen. Das hätte aus meiner Sicht aber den Vorteil, dass man etwas mehr Eigenkapital zur Verfügung hätte und dadurch eine etwas grössere Sicherheit. Als Kanton hätte man das Darlehen allenfalls wieder zurückbezahlt bekommen.

Zum Ausgabepreis der Aktie von 1'000 Franken: Ich bin der Meinung, dass wir ein Signal geben müssen, dass diese 1'000 Franken zu hoch sind. Es gibt gute Gründe, warum der Ausgabepreis 1'000 Franken sind, aber dass man die Olma Messen direkt mit den Seilbahnen Hoher Kasten vergleicht ist schwierig, die haben ein etwas anderes Klientel.

Kann man der Regierung den Auftrag geben, sich dafür einzusetzen, dass der Ausgabepreis heruntergesetzt wird? Wenn diese Zeichnung nicht funktioniert oder sehr wenig ist, werden viele sagen, es liege an den hohen Kosten der Aktie. Könnte man nicht nochmals mit der Olma über die Bücher und z.B. 500 Franken festlegen, sodass sich mehr aus der Bevölkerung beteiligen können? Zwingen können wir die Olma Messen nicht, aber man kann als Genossenschafter den Antrag stellen oder Gespräche mit ihnen führen. In der Diskussion beim Parlamentarier-treffen und auch heute hört man immer wieder, dass 1'000 Franken zu teuer sind. 500 Franken wären allenfalls ein Kompromiss.

Regierungsrat Mächler zur Konstruktion, dass die Darlehen bestehen bleiben und zusätzlich Eigenkapital gezeichnet würden, mit der Erwartung, dass am Ende diese Darlehen zurückbezahlt werden: Das ist eine Variante. Ich habe sie insofern verworfen, weil ich nicht sicher war, ob das Parlament überhaupt bereit wäre, noch mehr Eigenkapital einzuschiessen. Ich wollte zudem die Stadt dazu zwingen, sich zu einem substantiellen Teil an der Kapitalerhöhung zu beteiligen. Mit der vorliegenden Variante ist sichergestellt, dass die Stadt mit 8,6 Mio. Franken dabei ist. Man muss manchmal andere zu ihrem Glück zwingen.

Zur Höhe des Ausgabewertes: Ich war mit diesem Betrag nie glücklich. Ich machte den Vorschlag von 250 oder 500 Franken. Betreffend die Option von 250 Franken hatten die Olma Messen das Gefühl, dass am Schluss nur 500 Franken zusammenkommen, weil jemand für sich und seine/n Partner/in zwei Aktien zeichnen wird. So habe ich es übrigens auch gemacht. Jetzt muss ich 2'000 Franken einbezahlen. Wenn die Aktie 250 Franken gekostet hätte, hätte ich wahrscheinlich auch 2 Aktien gezeichnet und 500 Franken bezahlt. Daran ist wahrscheinlich etwas dran.

Ich teile die Ansicht, dass 1'000 Franken kritisch sind. Die Olma ist aber überzeugt, dass diese 1'000 Franken richtig sind. Schlussendlich muss die Genossenschaftsversammlung im April 2023 definitiv über diese Frage bestimmen. Aus meiner Sicht können Sie das im parlamentarischen Prozess nochmals einbringen. Mir wurde zwar gesagt, dass bereits fast alle Weichen gestellt sind. Im Prospekt, den man bei der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (Finma) einreichen muss, sind diese 1'000 Franken schon drin. Ich bin aber grundsätzlich der Meinung, dass man das noch ändern könnte. Erst nach der Generalversammlung wird man die offizielle Zeichnung machen. Wenn Sie der Ansicht sind, dass 1'000 Franken zu hoch seien, melden Sie das

mit Voten im Parlament, dass sich die Olma Messen das wirklich nochmals überlegen sollte. Schlussendlich müssen diese den konkreten Antrag an der Generalversammlung stellen.

Dürr-Widnau: Auch der Kanton als Genossenschafter kann den Antrag stellen. Ich frage mich, ob Voten im Rat reichen. Müsste man nicht der Regierung einen Auftrag geben, dass es irgendwo schriftlich vorhanden ist, dass der Kanton 500 Franken bevorzugt? Das würde mehr Druck machen, ist aber sicher auch heikel.

Zahner-Rapperswil-Jona: Ich bin überzeugt, dass mit einem tieferen Ausgabepreis mehr Aktien gezeichnet würden, auch im Gesamtvolumen. Ich bin 100 Prozent sicher, dass die Bürger mit am Strick ziehen und die Olma dadurch retten. Wenn wir das möglichst geschlossen aus der Kommission als Auftrag mitgeben würden, und das im Rat so wiedergeben würden, wäre das auch ein klares Zeichen.

Müller-St.Gallen: Ich bin für die Höhe von 1'000 Franken. Ich habe bereits ein paar «Fressaktien» erlebt. Man will damit einen gesellschaftlichen Anlass. Für 100 Franken jedes Jahr will ich nicht in eine leere Halle, um ein Säckchen mit einem Sandwich zu erhalten und vielleicht noch einem bezahlten Bier in der ersten Stunde. Ich will einen gesellschaftlichen Anlass und das ist der Punkt, den Christine Bolt ausgeführt hat: Der kostet etwas, nämlich 50–70 Franken pro Jahr. Diese Aktien können wir unseren Kindern weitergeben, und diese können sie ihren Kindern weitergeben. Sie rentiert in diesem Sinne. Das ist keine Aktie, die eine Dividende abwerfen sollte. Die Säntisaktie kostet auch 1'000 Franken, das ist auch ein Anlass, da erhält man ein Ticket und kann einmal im Restaurant essen gehen. Aus diesem Grund verstehe ich den Betrag von 1'000 Franken und würde mich nicht für 250 Franken stark machen.

Schwager-St.Gallen: Ich schliesse mich dem Votum von Müller-St.Gallen an. Mich haben die Argumente von Christine Bolt völlig überzeugt. Ein Kosten-Nutzen-Ertrag bei 100 bzw. 1'000 Franken ist etwas ganz Anderes. Man muss schauen, wenn man ansprechen möchte. Es ist eben keine Volksaktie, die das breite Volk zeichnen soll. Wir müssen die Leute ansprechen, die sich diese 1'000 Franken leisten können wie z.B. Regierungsrat Mächler sowie andere Leute, die gerade 1'000 Franken auf dem Konto haben. Ich habe 5'000 Franken als Genossenschaftskapital in meiner Wohnbaugenossenschaft und 1'000 Franken bei Mobility-Carsharing investiert. Die meisten Leute, die an die Olma gehen, gehören nicht dem Publikum an, das 1'000 Franken zur Verfügung hat dafür. Wir müssen froh sein, wenn sie alljährlich zwei bis drei Mal an die Olma gehen, damit ist auch schon viel erreicht. Die Olma-Aktien sollen diejenigen zeichnen, die es sich leisten können. Bei den anderen hätte ich fast ein schlechtes Gewissen, wenn wir diesen 100 Franken aus dem Sack ziehen würden für etwas, von dem zumindest ich nicht 100 Prozent überzeugt bin, dass auch der Wert dahintersteckt.

Broger-Altstätten: Ich möchte keine Fressaktien-Diskussion führen. Ich habe bereits in der Fragerunde eingebracht, was ich von diesem Preis halte. Wir diskutieren jetzt über 1'000 oder 100 Franken. Christine Bolt hat glaubhaft dargelegt, dass 100 Franken keinen Sinn machen. Dürr-Widnau hat den Betrag von 500 Franken eingeworfen. Die Olma macht Werbung für eine «Aktie für jeden» und verlangen 1'000 Franken. Das kann sich nicht jede und jeder leisten. Das ist für mich ein totaler Widerspruch und deshalb könnte ich einem solchen Antrag durchaus zustimmen. Für 400 Franken kann man bei einer regionalen Raiffeisenbank oder eine Zürich Versicherung eine Fressaktie kaufen und das gibt ganz tolle Anlässe und nicht nur eine Stunde gratis Bier. Ich sehe 500 Franken als realistisch und glaube, man kann das so beantragen.

Regierungsrat Mächler: Ich habe der Olma zwei bis drei Mal den Vorschlag gemacht, die Aktie für 500 Franken anzubieten. Die Frage ist, ob man sich in diese Diskussion einmischen sollte oder ob man es nicht einfach der Olma überlassen sollte. Sie haben die Verpflichtung, diese 20 Mio. Franken einzuholen. Sie mussten sich das überlegen. Wenn Sie wollen, können Sie der

Regierung einen Auftrag nach Art. 95 GeschKR geben, dass sie sich stark machen soll, sich für einen Aktienpreis von 500 Franken einzusetzen. Wir können aber der Genossenschaft diese Bedingung nicht auferlegen. Schlussendlich liegt es an dieser Genossenschaftsversammlung, darüber abzustimmen.

Kommissionspräsident: Ist das nicht etwas heikel, wenn wir als Kantonsrat über einen Auftrag versuchen, das Abstimmungsverhalten der Regierung in der Genossenschaft zu steuern? Wenn eine Mehrheit der Kommission dieses Ansinnen unterstützt, könnte man das in die Medienmitteilung schreiben, dass es ein Diskussionspunkt war und ich könnte das in meinem Votum im Rat wiederholen.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Ich will keinen Antrag stellen. Ich finde es auch zu teuer. Ich kaufe mir keine. Dennoch würde ich der Olma Messen nicht reinreden. Wenn wir auf 500 Franken runtergehen, bräuchten sie 40'000 Aktionäre und sonst nur 20'000. Regierungsrat Mächler hat z.B. gesagt, dass er jetzt zwei Aktien gekauft hat für 2'200 Franken (inkl. Agio von je Fr. 100). Für 500 Franken hätte er auch zwei gekauft, nicht vier. Die Aussage von Zahner-Rapperswil-Jona, dass mehr zusammenkommt, wenn der Preis tiefer ist, ist Kaffeersatzlesen. Wenn ein Aktionär 50 bis 100 Franken pro Jahr kostet und die Olma Geld braucht, können sie nicht in den nächsten fünf Hauptversammlungen den Betrag 1:1 wieder ausgeben. Darum würde ich hier nicht reinreden. Beruhigt hat mich, was Christine Bolt über den geplanten Supporterclub gesagt hat, den sie nun ausarbeiten. Diesen Mitgliederbeitrag kann sich jeder leisten. Bei Schützengarten gibt es auch einen Fanclub, da kann man einmal im Jahr Bier trinken gehen, das ist sehr lustig.

Es stimmt, was Broger-Altstätten sagt, dass die Werbung besagt, jede und jeder solle mitmachen. Das ist etwas irreführend. Das stört mich auch. Sie müssen viel weniger Leute finden, wenn sie es auf 1'000 Franken lassen. Dafür bleibt der Kreis etwas elitärer. Für mich wird es dann der Fanclub respektive Supporterclub sein.

Dürr-Widnau: Ein Antrag macht nur Sinn, wenn die Kommission geschlossen der Meinung ist, dass der Preis zu hoch sei. Es gibt offenbar unterschiedliche Auffassungen. Ich glaube, man kann der Regierung diesen Auftrag geben. Man gibt ihnen auch die Ermächtigung, das ganze Aktienkapital auszutauschen, also kann man ihnen auch die Ermächtigung geben, dass sie sich einsetzt.

Auf der Webseite und überall sonst in der Werbung wird es als «Volksaktie» bezeichnet. Das ist störend. Im Prinzip hat man es am Anfang falsch aufgegleist, falsch verkauft, und jetzt kommt man aus dieser Nummer nicht mehr raus. Wir können als Parlament sagen, dass sei die Aufgabe der Olma. Ich finde nicht. Wir werden angesprochen als Kantonsrätinnen und Kantonsräte, warum das 1'000 Franken kostet. Dann können wir sagen, die Olma habe das entschieden. Aber gleichzeitig schaufeln wir 8,4 Mio. Franken ins Eigenkapital. So einfach ist das nicht. Wir sind nachher zu 17 Prozent Aktionär.

Wüst-Oberriet: Wir haben heute über die Flughöhe diskutiert. Grundsätzlich sind wir nachher Eigentümer. Eigentlich bin ich auch der Meinung, dass 1'000 Franken zu viel sind. Aber ist es wirklich unsere Aufgabe, diesen Betrag festzulegen? Es steht in der Botschaft und den Unterlagen einiges. Bei vielem müssen wir der PwC und der Olma Genossenschaft einfach glauben, dass sie die Erwartungen und diese Ziele erreichen. Wenn sie das abgeklärt haben, dass 1'000 Franken richtig sind, finde ich, sollten wir auch Vertrauen haben und sie machen lassen. Das wir allenfalls einen Hinweis machen können, dass die Aktien auch 500 Franken hätten sein können – finde ich in Ordnung. Einen Auftrag dies anzupassen, finde ich nicht die richtige Flughöhe.

Spoerlé-Ebnat-Kappel: Es kann nicht unsere Aufgabe sein, dass wir ihnen sagen, wie sie zu der Kapitalisierung kommen. Wenn wir finden, dass der Weg, den sie eingeschlagen haben, nicht funktionieren wird, dann sagen wir das und bezahlen nichts. Aber wenn wir finden, wir wollen ihnen eine Chance geben, dann muss man ihnen auch die Chance geben, dass sie mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten auf den Weg gehen. Wir können wohl deponieren, dass wir finden, es sei zu viel, aber das reicht. Wenn sie darauf nicht eingehen wollen, wenn sie überzeugt sind, dass sie es nur mit diesen 1'000 Franken Aktien erreichen, dann sollen sie es probieren.

Nüesch-Diepoldsau: Unsere Aufgabe ist die Umlagerung des Darlehens. Das Aktienkapital müssen wir effektiv überlassen. Schlussendlich liegen wir uns in den Haaren, wenn wir dann die 20 Mio. Franken nicht erreichen, ob dann wir Schuld sind, weil wir auf 500 Franken beharrt haben. Auch ich bin mit diesen 1'000 Franken nicht einverstanden.

Dürr-Widnau: In diesem Fall stelle ich keinen Antrag, möglicherweise aber ein graues Blatt im Parlament. Dann können wir nochmals darüber diskutieren.

Abschnitt 5.1 (Hauptrisiken für den Kanton St.Gallen)

Dürr-Widnau: Wir haben das diskutiert und ich bleibe dabei. Es gibt sehr viele Risiken, die der Kanton allenfalls bezahlen müsste. Im Gespräch mit Regierungsrat Mächler habe ich herausgehört, dass es nicht Ziel des Kantons ist, hier mehr zu geben, sonst hätte man jetzt bereits mehr geben können. Ich gehe davon aus, dass man hier höchst zurückhaltend ist. Ich bleibe aber an sich bei dieser Aussage, dass es nicht sein kann, dass man nach zwei bis drei Jahren schon wieder mit einem Anliegen kommt, das wird nicht funktionieren.

Der Abschnitt 5.1 hängt auch mit dem Abschnitt 5.2 zur Eigentümerstrategie zusammen, wo man sich wirklich gut überlegen will, ob man bei 17 Prozent bleiben oder zurückgehen möchte. Ich bedaure es, dass man die Eigentümerstrategie noch nicht hat. Wir haben das letztes Mal bereits diskutiert, dass man diese machen sollte, das holt uns jetzt ein. Das muss zwingend diskutiert werden, da es auch einen Schutz gibt, falls etwas passieren würde. Es wäre schön gewesen, hier etwas zum Zeitplan zu lesen. Es wurde geschrieben, dass das im Jahr 2023 gemacht werden sollte. Für mich ist etwas bedenklich, dass die Stadt den Lead hat.

Regierungsrat Mächler: Die Eigentümerstrategie ist in der Tat jetzt notwendig. Zuvor hatten wir einen kleinen Anteil von 9 Prozent. Bis dato haben wir Eigentümerstrategien nur gemacht, wenn wir einen substanziellen Anteil hatten. Jetzt müssen wir diese aber zwingend machen. Ich will diese auch zwingend mit der Stadt machen. Ich glaube, es ist richtig – das hat sich jetzt auch gezeigt –, dass wir einen stärkeren Einfluss geltend machen können, wenn die Stadt und der Kanton das gemeinsam mit der Olma Messen machen. Es wäre nicht gut, wenn es zwischen der Stadt und dem Kanton Unterschiede gibt. Darum wollen wir diese miteinander im 2023 machen, wie wir es in der Beantwortung der Frage geschrieben haben. Das ist aufgegleist und muss kommen. Die Stadt kennt dieses Instrument noch nicht so ganz. Wir gehen diesen Weg aber sicherlich miteinander. Aus meiner Sicht sollte die Stadt aufgrund ihres Anteils den Lead übernehmen. Wenn sie das nicht macht, machen wir es.

Abschnitt 7 (Referendum)

Schmid-St.Gallen: Wenn ein Referendum ergriffen würde, was würde mit dem Zeitplan passieren? Hätte das irgendwelche Konsequenzen?

Regierungsrat Mächler: Die Problematik wird dann sein, wie wir unser Darlehen ins Eigenkapital bringen können. Die Generalversammlung wird im April 2023 wohl trotzdem durchgeführt werden, denn die Olma braucht diese Sicherheit. Wir haben es auch im Businessplan gesehen,

irgendwann ist die Liquidität aufgebraucht, sie brauchen das Kapital. Ich gehe davon aus, dass der Beschluss durchkommt. Man müsste anschauen, ob wir das Geld des Kantons über 1'100 Franken-Aktien einbringen oder, wenn wir es vorteilhaft machen können, zu 1'000 Franken-Aktien. Die Frage kann ich jetzt noch nicht beurteilen. Wenn es ein Referendum gibt, würden wir erst später dazukommen. Diese Unsicherheit gäbe es wahrscheinlich.

Dürr-Widnau: In diesem aufgeführten Fall gäbe es Zusatzkosten von 840'000 Franken für den Kanton, weil wir das Agio dann bezahlen müssen.

Regierungsrat Mächler: Nein, wir würden weniger Aktien erhalten. Der Betrag 8,4 Mio. Franken bleibt gleich. Wenn wir aber erst später kommen, erhalten wir die Aktien für 1'100 Franken.

Dürr-Widnau: Wir müssen sowieso warten, bis die Referendumsfrist Ende März / April abgelaufen ist. Wenn das Referendum ergriffen wird, kann man nicht wandeln.

Regierungsrat Mächler: Ich bin auch der Meinung, dass es dann ein Agio gibt. Wir erhalten weniger für unsere 8,4 Mio Franken; wir erhalten am Schluss einen kleineren Aktienanteil.

Kommissionspräsident: Wir hätten dann auch weniger Stimmrecht.

Fragen oder Anmerkungen zu Beilagen

Dürr-Widnau zum Revisionsbericht von Ernst&Young: Beim Abschluss 2020 war die beanspruchte Kontokorrent-Limite bei Null. Im 2021 schreiben sie aber, dass 2020 ein Kontokorrent beansprucht wurde. Schauen Sie sich das einmal im Detail an. Für mich ist das ein Widerspruch. Diese Limite müssen sie aufführen, wie viel sie von diesen 5 Mio. Franken beanspruchen. Im Jahr des Berichts null und im Vorjahr ist es plötzlich drin.⁵

4.2 Beratung Beschluss

Ziff. 1

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann zu Ziff. 1 Abs. 2: «[...] erfolgt durch eine Umwidmung innerhalb des Verwaltungsvermögens.» Was ist eine Umwidmung?

Stefan Schneider: Das heisst, es ist keine neue Ausgabe, sondern wird von einem Konto in ein anderes geschoben.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil zu Abs. 1: Wenn es heisst, der Kanton wandle das Darlehen in Eigenkapital um, ist das das richtige Wording? Aus unserer Sicht bleibt das Darlehen in unserer aktiven Bilanz. Das Eigenkapital ist ein Passivum und wir wandeln sicher kein Aktivum in ein Passivum um. Mir ist klar, was inhaltlich gemeint ist. Aber wir machen kein Eigenkapital, es wird einfach in der Bilanz der Olma Eigenkapital sein, wenn wir es machen, aber bei uns wäre es wahrscheinlich eine Beteiligung.

Stefan Schneider: Ich verstehe Ihre Argumentation. Ich kann das bei unseren Juristen nochmals abklären, obwohl wir das eigentlich schon gemacht haben. Sie sagen, wir müssen zweimal aus Sicht Kanton formulieren und das sei nun aus Sicht der Olma formuliert.

Regierungsrat Mächler: Im Grundsatz ist für uns heute das Darlehen ein Aktivum. Nachher wird es eigentlich bei uns zu einer Beteiligung und bleibt auf der aktiven Seite. Für uns ist es kein

⁵ Nachtrag zum Protokoll: Die Beanspruchung der Limite bestand bereits Ende 2020. Es handelt sich dabei um eine Garantie und nicht um einen Kontokorrent-Kredit. Korrekt ist somit die Aussage im Revisionsbericht zur Jahresrechnung 2021.

Eigenkapital, sondern eine Beteiligung. Zuvor war es ein Darlehen, Fremdkapital und nachher wird es eine Beteiligung. So wird es in der Bilanz sein. Es gibt schon eine Verschiebung, aber innerhalb der Aktiven.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil: Darum ist der Begriff Eigenkapital aus Sicht des Kantons als Darlehensgeber nicht richtig. Aus Sicht der Olma wäre er korrekt.

Kommissionspräsident: Ich glaube, wir wissen alle, was damit gemeint ist. Man könnte das sicher prüfen lassen und allenfalls der Redaktionskommission übergeben.

Regierungsrat Mächler: Wir nehmen das mit. Ich sehe den Punkt, ob diese Formulierung so richtig ist, oder ob man schreiben müsste: «in eine Beteiligung um.»

Stefan Schneider: Den Begriff Dotations- oder Aktienkapital wollten wir nicht verwenden, weil wir nicht wissen, zu welchem Zeitpunkt das wirklich passiert.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Wenn ich das jetzt so lese, der Kanton St.Gallen wandle Darlehen der Olma um, könnte man auch meinen, dass wir ein Darlehen bei ihnen haben. Für mich ist das verwirrend. Es hört sich so an, als ob wir bei ihnen Schulden hätten.

Stefan Schneider: Darlehen verwendet man in der Fachsprache oft, präziser wären Aktiv- und Passivdarlehen. Wir haben in den Beschlüssen immer von Darlehen gesprochen. Es ergibt sich aus dem Kontext, ob es ein Aktiv oder ein Passivdarlehen ist.

Regierungsrat Mächler: Das wurde von Juristen geprüft. Wir nehmen aber auch diese Formulierung nochmals mit und prüfen, ob sie korrekt ist.⁶

Ziff. 3

Wüst-Oberriet: Bei dieser Ziffer könnte man allenfalls dazunehmen, dass man erwartet, dass ein dritter Partner im Boot sitzen soll.

Dürr-Widnau: Wir haben gesagt, wir nehmen es nicht in die Botschaft, weil es dann zwingend wäre. Ich dachte, wir wollen das mündlich mitgeben, oder in der Medienmitteilung erwähnen, aber nicht in der Botschaft. So etwas kann man nicht in die Botschaft schreiben.

Wüst-Oberriet: Mir geht es darum, dass man einen dritten Player hat, der die Olma überwacht. Ich glaube, dass wir das wollen. Wie der Player heisst spielt keine Rolle; PwC oder eine ähnliche Firma brauchen wir, denn die Olma Messen wäre etwas überfordert, wenn sie das alleine stemmen müsste.

Dudli-Oberbüren: Nach meinem Verständnis muss eine Aktiengesellschaft eine externe Revision haben. Das ist also hinfällig.

Regierungsrat Mächler: Dass die Olma eine Revisionsstelle haben muss, ist klar. Das macht Ernst&Young. Wüst-Oberriet möchte, dass man weiterhin in dieser Transformationsphase jemand Drittes hat, das muss nicht bei PwC festgenagelt werden, aber es braucht einen Berater. Ich würde das aber auch nicht in diesen Beschluss reinnehmen.

⁶ Anmerkungen zum Protokoll: Die bisherige Formulierung soll beibehalten werden. Aus der Botschaft geht genügend klar hervor, dass es sich um eine Umwandlung in Eigenkapital der Olma handelt. Ausserdem waren die jeweiligen Beschlüsse in der Spitalvorlage zur Umwandlung von Baudarlehen gleich formuliert und haben nie zu Unklarheiten oder Diskussionen geführt. Zudem kann auf Abschnitt 6.3 Erläuterungen zu einzelnen Beschlussziffern, Ziff. 1 und 3 verwiesen werden.

Wenn sie der Regierung nicht zutrauen, dass sie das macht, können sie uns einen Auftrag nach Art. 95 GeschKR geben, der die Regierung beauftragt, während der Phase der Transformation der Olma einen Berater zur Seite zu stellen. Ich kann Ihnen versprechen, ich werde das einfordern. Ich bin selber überzeugt, dass es das braucht.

Ziff. 4

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Diese 10,83 Mio. Franken, ist das die Summe der 8,4 Mio. Franken plus 2,43 Mio. Franken, die wir jetzt schon als Genossenschaftskapital haben?

Regierungsrat Mächler: Ja.

Titel und Ingress

Kommissionspräsident: Titel und Ingress sind unbestritten.

4.3 Aufträge

Wüst-Oberriet: Wollen wir als Kommission der Regierung den Auftrag mitgeben, um nochmals ein Zeichen zu setzen, obwohl Regierungsrat Mächler gesagt hat, er werde das sowieso einfordern. Ich finde aber, wir dürften das als Kommission durchaus machen.

Gmür-Bütschwil-Ganterschwil: Ich habe mich nicht abschliessend festgelegt. Ich glaube, wir sind uns grossmehrheitlich einig, dass es das braucht. Wenn wir diesen Auftrag offiziell formulieren, wird es publik. Das ist auch eine Art Misstrauensvotum gegenüber der Verwaltung. Ob das in dieser Situation intelligent ist, ist fraglich. Ich wäre hier eher zurückhaltend.

Shitsetsang-Wil: Ich würde es eher begrüßen, wenn wir in der Beratung im Parlament diesbezüglich eine Frage stellen würden, damit der Regierungsrat dann sagen kann, er werde das natürlich so machen. Dann wäre das auch Teil der Materialien. Ich gehe davon aus, Regierungsrat Mächler wird diese Aussage machen und es wird auch so gehandhabt, unabhängig davon, wer diese Organisation dann ist. Regierungsrat Mächler hat auch gesagt, es sei in seinem eigenen Interesse. Es hat vielleicht eine etwas andere Wirkung. Es ist kein gegen aussen aufgehängtes Misstrauensvotum zu etwas, was sie ohnehin machen würden.

Regierungsrat Mächler: Diese Überlegungen, die jetzt gemacht wurden, dass man das auch anders interpretieren könnte, dass es eben durchaus ein Misstrauensvotum sein könnte – das ist gut möglich. Medial könnte das ganz anders aufgenommen werden, als wir jetzt hier diskutieren. Wenn ich jetzt aber auf eine Frage antworte, und Sie das als zu wenig empfinden, kann ich Ihnen versichern, dass ich das auch in meinem Eintretensvotum ausführe. Ich werde explizit diese Transformationsphase erwähnen und sagen, dass die Regierung will, dass die Olma Messen weiterhin durch jemand Drittes begleitet werden und diese auch das Controlling machen. Wenn man dann das Gefühl hat, das Votum sei zu vage, kann man immer noch eine Frage stellen. Ich kann Ihnen aber versprechen, dass ich das in ein Votum packen werde, wenn das das Ziel ist. Ich glaube, dadurch würden wir Ihrem Anliegen gerecht werden. Medial könnte das aber auch einen Dreh geben, dass die Kommission der Olma nicht traut. Das wäre das falsche Zeichen.

Kommissionspräsident: Ich verspüre hier Unterstützung für das Votum von Regierungsrat Mächler, dass wir das so handhaben.

4.4 Rückkommen

Kommissionspräsident: Ein Rückkommen wird nicht verlangt.

5 Gesamtabstimmung

Kommissionspräsident: Ich stelle fest, dass die Botschaft und der Entwurf der Regierung durchberaten sind. Wir kommen nun zur Gesamtabstimmung. Wer dem Kantonsrat Eintreten auf den «Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals der Genossenschaft Olma Messen St.Gallen sowie deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft», beantragen möchte, der bezeuge dies mit Handerheben.

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 15:0 Stimmen dem Kantonsrat Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.

Dürr-Widnau: Sie haben jetzt über Eintreten abgestimmt. Jetzt folgt noch die Schlussabstimmung, oder?

Kommissionspräsident: Es gibt kein Eintreten. Als vorberatende Kommission machen wir eine Empfehlung an den Kantonsrat.

Aline Tobler: Wenn es keine Anträge oder Aufträge gibt, kommt man, wie der Kommissionspräsident gesagt hat, zur Gesamtabstimmung. Dort hat die Kommission entschieden, dass sie dem Kantonsrat Eintreten empfiehlt.

Dürr-Widnau: In den Medien würde es dann heissen, dass die Kommission der Vorlage einstimmig zustimmt. Oder wie wäre dann die Kommunikation?

Kommissionspräsident: Es würde heissen, «die vorberatende Kommission empfiehlt dem Kantonsrat, auf die Vorlage einzutreten». Das ist die übliche Formulierung. Hätten Sie anders abgestimmt?

Dürr-Widnau: Ich nicht, aber ich bin etwas überrascht vom Resultat. Vielleicht haben alle ihre Meinung geändert, aber ich in der heutigen Beratung nicht nur Zustimmung gehört. Gibt es keine weitere Abstimmung mehr? Ich dachte, eintreten und beraten müssten wir sowieso.

Aline Tobler: Es geht darum, dass eine Kommission jede Vorlage sowieso beraten soll. Erst am Schluss entscheidet die Kommission, ob sie Eintreten empfehlen will. So kommt die Vorlage dennoch in den Rat und dieser kann entscheiden, ob er der gleichen oder anderen Meinung ist als die vorberatende Kommission. Der Kommissionspräsident wird an der Session Bericht über die Beratung erstatten und darin kann er auch erwähnen, dass es kritische Stimmen gab, aber schlussendlich entschied die Kommission, sie wolle dem Kantonsrat Eintreten empfehlen.

Dürr-Widnau: Wenn ich jetzt den Gruppenbericht erstelle und berichte, dass 15:0 Stimmen für Eintreten waren, meint man, das Geschäft sei unbestritten gewesen in der Kommission. Einzelne Personen könnten in der Fraktionssitzung eine gegenteilige Behauptung einwerfen.

Regierungsrat Mächler: Früher gab es eine Eintretensabstimmung. Wenn die Kommission nicht für Eintreten war, musste die Diskussion trotzdem geführt werden, falls nämlich das Parlament anderer Meinung ist, dass dann die vorberatende Kommission zumindest auch die Diskussion geführt hat.

Dann hat man sich aber entschieden, das nicht mehr so zu machen, sondern zu sagen, es gebe nur noch eine Allgemeine Diskussion und Eintreten müssen Sie an und für sich. Sie haben vorhin – und sonst müssen Sie das wiederholen – unter Ziff. 5 eine Gesamtabstimmung gemacht und nicht nur ein Eintreten. Wenn hier allenfalls jemand das Gefühl hat, er habe über etwas anderes abgestimmt, dann müsste die Abstimmung wiederholt werden. Mit diesem Resultat sagen Sie als Kommission einstimmig Ja zu dieser Vorlage. Wenn Sie das nicht wollen, bitte ich Sie, die Abstimmung zu wiederholen.

Kommissionspräsident: Ich wiederhole, was ich vorgelesen habe: «Wer dem Kantonsrat Eintreten auf den Kantonsratsbeschluss usw. beantragen möchte.»

Regierungsrat Mächler: Aber die Frage ist, stimmen Sie dieser Vorlage zu. Ziff. 5 ist eine Gesamtabstimmung. Darüber müssen Sie abstimmen. Ich will diese Klarheit.

Kommissionspräsident: Fordert jemand eine Wiederholung der Abstimmung?

Dürr-Widnau: Ich fordere eine Wiederholung der Abstimmung.

Sailer-Wildhaus-Alt St.Johann: Dass wir Eintreten, ist klar, aber wir wollen wissen, ob es eine Gutheissung gibt.

Aline Tobler: Die inhaltlichen Meinungen der Fraktionen sind in der allgemeinen Diskussion festgehalten sowie in der ganzen Debatte, die Sie heute geführt haben. Anschliessend war die Kommission offensichtlich einstimmig dafür, dass man Eintreten empfehlen will. Dann gibt es nicht nochmals eine Abstimmung. Weitere Abstimmungen gibt es nur, wenn ein Antrag gestellt wird. Da kann man dafür oder dagegen sein.

Regierungsrat Mächler: Gewisse Leute hatten das Gefühl, wir stimmen über ein Eintreten ab, aber das gibt es gar nicht. Ich will wissen, was Sie inhaltlich zu dieser Vorlage meinen. Es geht doch wirklich um die Essenz.

Kommissionspräsident: Wir stimmen nach Art. 60 GeschKR darüber ab, was wir dem Kantonsrat beantragen wollen.

Matthias Renn: In Art. 60 GeschKR steht: «Am Ende der Kommissionsberatungen wird gesamthaft abgestimmt, ob dem Kantonsrat Eintreten auf die bereinigte Vorlage beantragt wird.»

Die vorberatende Kommission beschliesst in der Gesamtabstimmung mit 12:1 Stimmen bei 2 Enthaltungen, dem Kantonsrat Eintreten auf die Vorlage zu beantragen.

6 Abschluss der Sitzung

6.1 Bestimmung der Berichterstatterin/des Berichterstatters

Der Kommissionspräsident stellt sich als Berichterstatter zur Verfügung. Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten, dem Kantonsrat mündlich Bericht zu erstatten.

6.2 Medienorientierung

Die vorberatende Kommission beauftragt ihren Kommissionspräsidenten und die Geschäftsführerin, eine Medienmitteilung am Mittwoch, 26. Oktober 2022 zu veröffentlichen und über das Ergebnis der Beratung zu informieren.

Der Kommissionspräsident weist nochmals auf das Kommissionsgeheimnis hin, das auch nach der Publikation der Medienmitteilung Geltung hat.

6.3 Verschiedenes

Kommissionspräsident: Ich bedanke mich für die aktive Mitarbeit und schliesse die Sitzung um 16.40 Uhr.

Der Kommissionspräsident:

Die Geschäftsführerin:

Ivan Louis
Mitglied des Kantonsrates

Aline Tobler
Parlamentsdienste

Beilagen

mit der Einladung bereits zugestellt:

1. 37.22.01 «Kantonsratsbeschluss über die Erhöhung des Eigenkapitals der Genossenschaft Olma Messen St.Gallen sowie deren Umwandlung in eine Aktiengesellschaft» (Botschaft und Entwurf der Regierung vom 16. August 2022); *mit dem Kantonsratsversand zugestellt*
2. Fragen SVP-Delegation vom 21. September 2022;
3. Fragen GRÜNE-Delegation vom 29. September 22;
4. Fragen Die Mitte-EVP-Delegation vom 5. Oktober 2022;
5. Strategiebericht 2020 -2021 Auszug und Einleitung und Olma; *Zu Frage 3 der GRÜNE-Delegation*
6. Antworten des FD und der Olma Messen auf die Fragen der Delegationen
6a: OLMA Belegungsprognose H1 Stand Oktober 2022
6b: OLMA Bericht PWC Zusammenfassung IST-06-2022-09-V2
6c: OLMA finanzielle Eckwerte
6d: OLMA Revisionsbericht 2020
6e: OLMA Revisionsbericht 2021
7. Präsentation FD
8. Präsentation Olma Messen

Beilagen gemäss Protokoll:

9. Antragsformular vom 24. Oktober 2022
10. Medienmitteilung vom 26. Oktober 2022

Geht (mit Beilagen) an

- Kommissionsmitglieder
- Geschäftsführung der Kommission
- Finanzdepartement (wie Seite 1)

Kopie (ohne Beilagen) an

- Fraktionspräsidenten/in (5)
- Parlamentsdienste (L PARLD)